

- 1 -

Hans Bardens

" Collage "

Bericht

Ludwigshafen am Rhein

"Was heißt es, wenn der Proletarier in seiner Welt des Mißtrauens sagt: Jesus war ein guter Mensch? Es heißt daß man zu ihm kein Mißtrauen zu haben braucht Der Proletarier sagt nicht: Jesus ist Gott. Aber mit dem Wort von dem guten Menschen Jesus sagt er jedenfalls mehr, als wenn der Bürger sagt: Jesus ist Gott. Gott ist für ihn etwas was der Kirche angehört. Aber in den Fabrikräumen kann Jesus gegenwärtig sein als der Sozialist; in der politischen Arbeit als der Idealist; im proletarischen Dasein als der gute Mensch. In ihren Reihen kämpft er mit gegen den Feind, den Kapitalismus.,,

(Dietrich Bonhoeffer, Gesammelte Schriften, 3. Band, 174)

1995

Ich habe nie Tagebuch geführt. Gelegentlich, so um 1948, habe ich bei Sartre eine Ausrede gefunden: Was Wesentlich sei, bleibe ohnehin im Gedächtnis, und das Unwesentliche sei daran erkennbar, daß es vergessen wird. So sicher bin ich mir nachträglich allerdings nicht, ob ich diesen Grundsatz auch andern empfehlen sollte.

Tatsache ist: ich habe keine Aufzeichnungen. Dazu kommt, daß ich mich auch nie um ein Archiv gekümmert habe. Was ich heute zum Beispiel an Aufsätzen, Redetexten und Zeitschriftenartikeln noch finde, wurde ohne mein Zutun von meiner Frau und meinen Mitarbeitern aufbewahrt. Ich kann also keinen lückenlosen Lebensbericht schreiben.

Andererseits erscheint es mir notwendig, einiges von dem, an das ich mich heute noch erinnere, aufzuschreiben und einige persönliche Entscheidungen zu erklären.

Immerhin war ich rund fünfzig Jahre lang in unterschiedlichen Funktionen im öffentlichen Auftrag tätig. Dabei wurde mein Verhalten später auch stark von meiner beruflichen Bindung und Erfahrung bestimmt.

»Die Medizin ist eine soziale Wissenschaft; die soziale Frage gehört deshalb in die Hand des Arztes« (Rudolf Virchow).

(Dabei ist mir klar, daß unsere heutigen Ausbildungs- und Auswahlverfahren kaum geeignet sind, junge Ärzte auf die Übernahme solcher Verantwortung vorzubereiten).

Daneben (und natürlich zuvor) haben die mitmenschlichen und gesellschaftlichen Wertvorstellungen meiner Eltern meine Orientierung weitgehend bestimmt.

Das Hören auf Lehrer, die Diskussion mit Freunden und Gegnern, die Auseinandersetzung mit Geschriebenem bedingen natürlich dauernde Überprüfung dieser persönlichen Werteordnung.

Im Rückblick kann ich aber feststellen, daß ich mich nicht verbiegen mußte, keine »Anpassung« nötig hatte.

1998

... je mehr ich stöbere und nachdenke desto mehr fallen mir Löcher und Lücken auf (übrigens auch in meinem Gedächtnis).

Mit dem Ordnen, ein wenig auch mit Schreiben, habe ich vor fast vier Jahren begonnen, als man mir eröffnete, daß das Karzinom, das ich im Rachen hatte, nicht im Gesunden operiert werden konnte, ich aber noch ein paar Monate Zeit vor mir hätte. Inzwischen geht es mir nach mehreren Bestrahlungsserien fast so gut wie vor vier Jahren. - Prof. Münker: »ein Wunder !«

Ich muß also nicht mehr unter dem scheinbaren Zeitdruck von damals arbeiten; andererseits kommt der fehlende Druck auch meiner Bequemlichkeit entgegen.

Machen wir's also wie es zusammenpaßt.

Es ist wenig hilfreich, nach dem eigenen »Herkommen« zu fahnden. Man kann sich nicht von sich selbst freisprechen, indem man seine Leistungen und Fehlleistungen mit dem Hinweis auf die Vorfahren begründet oder entschuldigt.

Die Identifizierung mit der »Heimat«, mit dem »Volk« oder mit einer »Weltanschauung« hat keine biologischen Wurzeln. Man wird nicht »Pfälzer« oder »Deutscher«, weil das durch eine Substanz in den Samen- oder Eizellen der Eltern und Großeltern so festgelegt gewesen wäre.

Die „Deutschen“ (zu denen ich mich natürlich zähle) müssen eigentlich stolz sein, daß sie »rassisch-ethnisch« das bunte Mosaik darstellen, das es in Europa gibt; (wollte man die biologische oder die mystische Wirkung des »Blutes« unterstellen, hätte man endlich eine Erklärung, weshalb sie im Guten wie im Bösen so produktiv sind).

Das alles soll nicht heißen, daß Eltern und Großeltern, daß die Familie keinen wesentlich gestaltenden Einfluß auf uns, auf unsere Einstellungen und Wertüberzeugungen hätten. Unsere Haltung wird wesentlich bestimmt durch Tradition, Übertragung von Erfahrung und Erkenntnis und durch unsere Umgebung, mit der wir leidend und gestaltend in Beziehung stehen. - Insoweit ist »der Mensch das Produkt seiner Umgebung«. (Also doch ein bißchen Marx ? natürlich!).

Warum ich das jetzt schreibe ?

Nun, auch in unserer Familie ist gelegentlich über ihr Herkommen geredet worden und auch »Stammbäume« (allerdings höchstens viergliedrig) sind notiert worden. Es gab dazu noch so eine schlimme Zeit, in der man so etwas machen mußte.

Unter den Papieren meiner Mutter fanden wir einen kleinen Brief eines katholischen Pfarramtes an unseren Onkel Erich B. mit Angaben über seine Großeltern mit dem Betreff: »zum Zwecke des Ariernachweises«. Der Onkel brauchte das, um sich als Zahnarzt (Dentist) niederlassen zu dürfen.

Aber: Dummheit beiseite:

Die Bardense haben hartnäckig und immer wieder behauptet, daß sie von Zigeunern abstammen würden.

Als während des »dritten Reiches« die Beschäftigung mit »Ahnenforschung« gewissermaßen »in« war, sorgte ich ungewollt für eine Auflockerung des Unterrichts. Unser Pauker beauftragte uns, doch nach dem Sinn und der Herkunft unserer Fa-

miliennamen zu fragen. Ich konnte ihm schließlich nur sagen, daß wir darüber nichts wüßten. Es sei nur überliefert, daß wir von Zigeunern abstammten.

Der edle Mann war entsetzt und behauptete, sicher zu sein, daß meine Ahnen etwas mit den alten Barden zu tun haben mußten. - Dabei war der Name in älteren Kirchenbüchern auch als Partens oder Badenz buchstabiert worden.

Was (vage) bekannt ist, ist daß sich im Verlauf des Dreißigjährigen Krieges Teile der Habsburgschen Armee in der Mittelpfalz aufgelöst hätten und daß sich die versprengten Landsknechte und ihr Anhang eine neue Existenz im Landstuhler Bruch schaffen mußten (Lichtenbruch hieß später die Ansiedlung). Möglich, daß die wenigen verbliebenen Einheimischen die Fremden Zigeuner nannten.

Was mir wirklich imponiert, ist, daß die Bardens (oder Badenz etc.) sich immer mal ungeniert als Zigeunersprößlinge bezeichnet haben.

Vor allem wegen unserer Kinder und Enkel (auch und vor allem für unsere Kinder und Enkel) will ich noch die jüngere Familiengeschichte betrachten, unseren »Stammbaum« über und durch das letzte Jahrhundert.

Unser Großvater väterlicherseits, Johannes Bardens (unter Kollegen hieß er Hans), geb. 1873, wurde verehrt und geliebt von uns Enkeln. Er hatte die Menschen wirklich gern, was auch daran zu erkennen war, daß er als wirklich guter Handwerker seinen Betrieb in Speyer aufgeben mußte, weil er die Außenstände bei seinen Kunden nicht eintreiben konnte. Er heiratete die Josefine Budell (ihre Vorfahren hießen Bouteille (!) - die auch wirklich lieb, aber deutlich strenger war als er.

Mütterlicherseits heiratete »Vadder« Konrad Schmidt, Steinhauer aus dem Fichtelgebirge, unsere Großmutter Katharina Helfrich aus Zotzenbach im Odenwald, die ein schweres Leben durchstand und nach meiner Erinnerung ihren vielen Kindern und Enkeln eine gute Übermutter war.

Alle vier waren übrigens - wie danach die Eltern - gute Demokraten, Sozialdemokraten.

Facit: Von Orleans (?) über die Pfalz, den Odenwald und Oberfranken bis nach Ungarn (?) - das ist ein tolles Gemisch, Ihr seht es an uns und an Euch selbst.

Karl Zuckmayer hat es richtig getroffen mit seinem Wort von der Völkermühle am Rhein.

Großvater Johann Bardens hat 1933 seine Stelle als Gewerkschaftssekretär verloren; gleichzeitig wurde ihm jeder Renten- und Versorgungsanspruch abgesprochen. Er lebte bis zu seinem Tod zusammen mit Großmutter von der „Fürsorge“. Da er auf Wiedergutmachung hoffte, bat er in seiner Not den Vorstand des DGB um eine finanzielle Unterstützung. „Ich habe von 1914 bis 1918 die Geschäfte des Deutschen Metallarbeiterverbandes ehrenamtlich geführt und war von 1919 bis 1933 hauptamtlich angestellt und habe in der damaligen Zeit Tag und Nacht meinen Posten richtig versehen.“ Ab Dezember 1955 erhielt er schließlich monatlich 120 Mark als Wiedergutmachung. Er blieb bettelarm bis zu seinem Tod.

Mein Vater Alfons und sein Bruder Erich mußten trotz ihres Alters (mein Vater war 1939 38 Jahre alt) vom ersten bis zum letzten Kriegstag Soldat sein. Typische Schikane: Alfons, der Installateur, diente fast 6 Jahre lang als Sanitäter, während Erich, der Zahnarzt, die ganze Zeit über bei den Pionieren sein mußte.

Die politische Haltung meines Vaters (und auch meiner Mutter) war immer klar gewesen; Er war unverändert Sozialdemokrat mit einigen Verbindungen, über die man nicht sprechen konnte. Im April 1943 haben wir uns in Darmstadt noch einmal getroffen. Damals machte er eine Bemerkung, die mich einiges ahnen ließ. Er sagte: «Versuche zu vermeiden, daß du in eine Situation kommst, in der die uns zwingen könnten, aufeinander zu schießen.» Schon 1919 hatte sich Vater entschieden und dabei blieb er.

Zur KPD. gingen: Fritz Baumgärtner, Max Frenzel,
Zur USPD gehörten noch die beiden Jacobshagen, Ludwigshafen.

Die Arbeiter-Jugend Ludwigshafen blieb von den Vorgängen nicht unberührt. (Herbert Müller, Vorsitzender! Wir bemühten uns um Orientierung. Ernst Lorenz u. Hermann Laub führen als Beobachter zum USPD-Parteitag nach Halle, Willi Stubenrauch u. Herbert Müller zu einer Konferenz der "Freien Sozialistischen Jugend" in Karlsruhe. Aber die Vorgänge in München gaben den Ausschlag. Schneppenhorst setzte gegen die eigenen Genossen die Reichswehr ein. Die AJ spaltete sich. Der größere Teil ging zur Freien Sozialistischen Jugend". Alfons Bardens führte die Arbeiter-Jugend " weiter.

Friedrich Jürgens
Herbert Müller

(Herbert Müller)

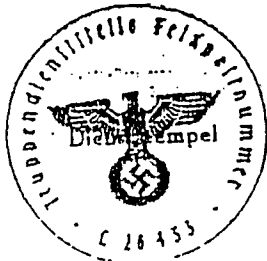
Wehrmacht
des
Deutschen Reiches



den 12. Jan. 19 45

Personalausweis Nr.: 199

Der San.-Uffz. Alfons B a r d e n s
geboren am 22. Mai 1901 in Speyer am Rhein
wird ausschließlich im Sanitätsdienst als San.-Dienstgrad
in der Pflege von Verwundeten verwendet.
Er ist berechtigt, das Genfer Abzeichen (gestempelte weiße Armbinde
mit rotem Kreuz) zu tragen und steht unter dem Schutz der Artikel 9,
12 und 13 des Genfer Abkommens vom 27. 7. 1929.



Unterschrift und Dienststelle
(nur Feldpost-Nr.)

Feldpost-Nr.: L. 26 433

Alfons Barden
Stabsarzt.

Leipzig 5. 4. 40

Liebster Peter!

Ich bin ist so gar, daß du am Sonn-
tag nicht kommen kannst. Dessen ist
jetzt aber nichts mehr zu machen.
Hoffen wir, daß du 8. u. 9. Oktober kommst!
Ab dem Oktober umgezogen sein, dar-
über bin ich dir nicht besorgt zu sein.
Die 1. Hälfte habe ich umgezogen.
Sogar schon eingepackt. Die Post hat
Mama mit Frau Leber zusammengepackt.

Liebes Peter weißt dich herzlich
dein
Hans

Meine Kindheit war licht und freundlich. Ich erinnere mich weit zurück; an das Reihenhaus im grünen Hof 10 in der Gartenstadt, in dem wenigstens 11 Menschen lebten, an die Sommersonne, die auf dem Dachfenster lag; an meine Mutter, die sich über mich beugte, an das Geräusch vieler durcheinander quakender Frösche im Bruch.

Ich habe deutliche Erinnerungen an die freundliche Geselligkeit in der Nachbarschaft (lauter arme, "einfache" Leute). - Und Hühner waren da und ein Schwein wurde gefüttert.

Einige Schatten auf diesem Bild idyllischer Armut kamen erst später in mein Bewußtsein.

Nachdem mein Vater wieder Arbeit gefunden hatte, zogen wir in eine Dienstwohnung in einem eher "bürgerlichen" Viertel. - Es sind nur Episoden, die ich festhalten kann.

Da ist das glückliche Gesicht meines Vaters, der mich eines morgens weckte und sagte: "Heute-Nacht hast du ein Schwesterchen bekommen".

Bereits damals drohte das Ende der Weimarer Republik. Mein Vater hatte eine Funktion beim "Reichsbanner". Gelegentlich, wenn er abends seine Karbidlampe für sein Fahrrad richtete (ein faszinierend stinkender Vorgang), bettelte meine Mutter: „Paß auf dich auf." Saalschlachten und Straßenschlägereien waren auch bei uns in Ludwigshafen keine Besonderheit mehr.

Dann kam das Jahr 1933. In unserer Straße hing plötzlich vor fast jedem Fenster eine Hakenkreuzfahne (manche, die sich noch genierten, versuchte es noch mit Schwarz-Weiß-Rot“) aus unserem Fenster im 5. Stock zeigte sich etwas ängstlich eine Fahne mit den 3 Pfeilen der "Eisernen Front".

Nach der "Machtübernahme" hielten die Eltern weiter Kontakt mit Genossen und Freunden. Wanderungen oder Familienfeiern ersetzten Sitzungen und Versammlungen.

Gelegentlich - und auch das gab es - wurde mein Vater von einem in der Nachbarschaft wohnenden Kriminalbeamten gewarnt: "Gehen sie morgen nicht zu..., wir müssen sie beobachten."

Dies alles war nicht dramatisch. Ich erzähle das nur, um zu zeigen, wie viel (oder wie wenig) sechs- bis zehnjährige Kinder von den Ereignissen mitbekamen.

Ab 1937 durfte ich die Oberrealschule besuchen. Dem waren lange häusliche Unterhaltungen wegen der Kosten vorausgegangen, weil für das Schulgeld schon ein halber Wochenlohn meines Vaters gebraucht wurde. Ich bin immer gern in die Schule gegangen, auch wenn gelegentlich der formale Erfolg nicht gar so glänzend war. An die meisten meiner Lehrer habe ich gute Erinnerungen.

1938 kam ich zum "Jungvolk" und zwei Jahre später zur Nachrichten-HJ. Die Beschäftigung mit der Nachrichtentechnik gefiel mir durchaus. Ein wochenlanger Arbeitseinsatz zum Telefonleitungsbau in Tirol (1942) war so recht nach unserem Geschmack. Wesentlich geprägt im Sinne ideologischer Indoktrination hat diese Gruppe nicht. Das war auch nicht "notwendig" in einer geschlossenen Gesellschaft, die total gleichgeschaltet war.

Im Februar 1943 wurden wir mit gerade 16 Jahren Luftwaffenhelfer. Erst bei einer Batterie schwerer Flak, dann bei der leichten Flak auf dem Dach eines Kaufhauses mitten in der Stadt. Wir mußten fast hilflos zusehen, wie unsere ganze Stadt zerbombt und verbrannt wurde.

Nach einer kurzen Episode Reichsarbeitsdienst in der Steiermark schloß sich der Militärdienst an. Ich war zunächst in Berlin, dann in Holland und kam schließlich im April 1945 in britische Gefangenschaft. Den Sommer 1945 verbrachte ich in Maria Ter Heide, einem Gefangenenlager bei Antwerpen. Held war ich keiner (allerdings habe ich auch sonst keine erlebt). Im Artilleriefeuer oder bei Panzer- und Tieffliegerangriffen hatte ich einfach Angst, so daß ich es auch deshalb als Befreiung und Erlösung erlebte, als ich in Gefangenschaft geriet.

Mit meinen Eltern hatte ich schon lange keinen Kontakt mehr. Ich wußte nur, daß mein Vater (er war vom ersten Kriegstag an Soldat) gegen Kriegsende in Oberschlesien war. Um so größer die Überraschung als bereits Ende 1945 die ganze Familie (die Eltern, meine Schwester Trudel und ich) in einer halb zerstörten Wohnung in Ludwigshafen sich wieder treffen konnte.

Die unmittelbare Nachkriegszeit mit all ihrem Elend zu beschreiben ist nicht nötig. Das ist vielfach geschehen. Nur soviel: Bei aller Not war die allgemeine Hilfsbereitschaft größer als je zuvor oder danach.

In meiner Generation war der Hunger nach all der Literatur, die uns vorher verschlossen war, so groß wie der physische Hunger.

Zeichen

1934 ging ich einmal mit meinem Vater über die Straße, in der wir wohnten. Auf dem Seitenstreifen der Allee waren etliche Männer mit Unkrautjäten beschäftigt. Da erkannte mein Vater einen der Männer. Es war Rudolf Hoffmann, gleichalt wie Vater, Spengler und Sozialdemokrat, der nach seiner Entlassung aus »Schutzhaft« »Notstandsarbeiten« verrichten mußte. Vater wollte sich mit ihm unterhalten, aber Rudolf sagte: »geh' weiter, Alfons, sonst holen sie dich auch noch !«

Ich erinnere mich noch unscharf an einen Nachmittag vor dem Krieg, als ich mit meinem Vater zum »Neuen Marktplatz« kam; wir sahen dort, daß Menschen auf Lastwagen »verladen« wurden. - 1943 war ich zu einem »Auswahllehrgang« in Bad Blankenburg. Spät abends am Beginn meiner Rückfahrt wartete ich in Erfurt auf meinen Zug. Da bemerkte ich auf einem Nachbargleis einen mit Menschen vollgepferchten Güterzug; hinter den mit Stacheldraht überspannten Lüftungsluken sah ich arme Gesichter.

Zwei Bilder, die bei allem Nichtwissen alles wissen ließen.

Ich bin mir sicher: kein in diesen Jahren aktiver Erwachsener war ohne solche Signale.

Luftwaffenhefterzeugnis.

Der Schüler Frederick Claus
 geboren den 26. 1. 1927 zu Wichardshausen
 Sohn des Paul Claus Wichardshausen Wichardshausen
 zuletzt Schüler der Klasse ka der Oberschule a. d. Ostmarktstrasse Ludwigshafen a. Rh.
 ist seit 1. 2. 43 als Luftwaffenhefter eingesetzt und hat an dem für Luftwaffenhefter
 angeordneten Unterricht mit folgendem Ergebnis teilgenommen.

Deutsch	Geschichte	Erldmunde	Mathematik	Physik	Chemie	Lateln
<u>ausw.</u>	<u>offen</u>	<u>offen</u>	<u>offen</u>	<u>offen</u>	<u>ausw.</u>	<u>offen</u>

Auf Grund der Leistungen und des Verhaltens im Unterricht und im Ersatz und in Anwendung
 des Erlasses des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 22. Januar 1943
 — E III a 3360 — wird der Schüler in die Klasse ka der Oberschule Wichardshausen versetzt.

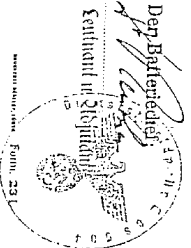
Ludwigshafen a. Rh. 14. 1. 43

Der Betreuungslehrer: W. Claus

Der Oberstudiendirektor: H. Claus

Der Erziehungsbeauftragte: H. Claus

Notenstufen: 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = befriedigend, 4 = ausreichend, 5 = mangelhaft, 6 = ungenügend.



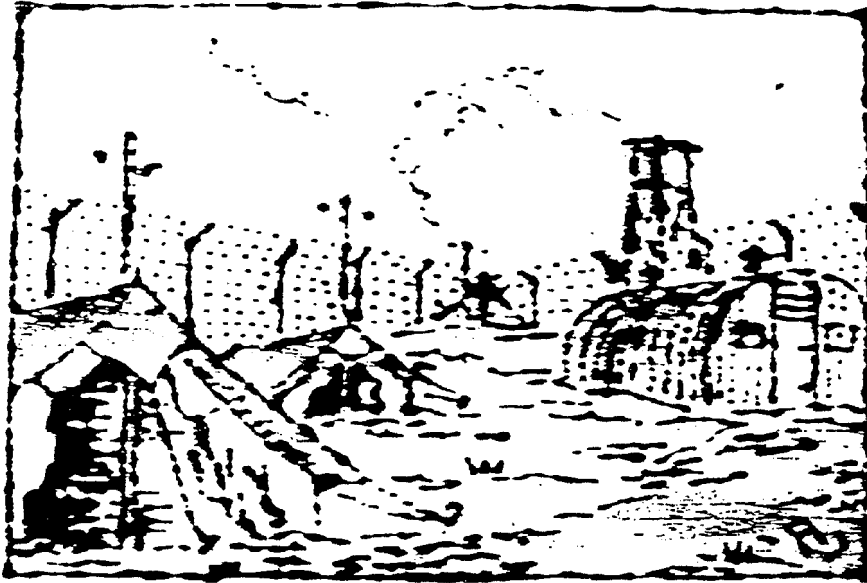
58 24

Hein Korf, 29. X. 44.

Liebe Mama!

Heute, nach 3 Wochen be-
komm ich glücklich die er-
ste Post aus Augsburg. Kapfen;
Die Hornträger kamen aller-
dings schon gestern. Wir
liegen hier am Ende der
Welt. Von der Pfalz, die für
mich ja der Mittelpunkt
der Welt ist, ist unser Stand-
ort weit über 1000 km entfernt.

P.O.W. Camp 2223



(Gefangenenlager bei
Antwerpen).

Marie ter Heide

Wir wurden in einem Güterzug von Antwerpen nach Bamberg transportiert, wo ich entlassen wurde. Es war ein unbeschreibliches Gefühl, als das Tor des Lagers geöffnet wurde. Plötzlich stand ich allein mit meinem selbstgebauten Holzkoffer auf einem großen Platz."

Da war nicht nur die Ahnung der neuen Freiheit. Nein: da war auch eine fast ängstliche Unsicherheit. Jahrelang hatte man nichts zu entscheiden. Der Tagesablauf war genau geregelt; von der Kaserne über den Fronteinsatz bis ins Gefangenenlager war immer jemand da, der angeordnet, befohlen, „geführt“ hat. Und jetzt war man allein! Das hat sich schnell gelegt. Man findet sich bald zurecht, wenn man sich selbst entscheiden muß.

„... kam ich an einem schönen Herbstabend am Rheinufer in Mannheim an. Vor mir lag die total zerstörte Stadt Ludwigshafen. Ein Trümmerhaufen vom Rheinufer bis nach Friesenheim.“

DISCHARGED UNDER AUTHORITY OF 12th U.S. ARMY GROUP
 RECEIVED LUNSMARK
 DISCHARGE PAY
 CONTROL FORM D.2
 Kontrollblatt D.2

ALL ENTRIES WILL BE
 MADE IN BLOCK LATIN
 CAPITALS AND WILL BE
 MADE IN INK OR TYPE-
 SCRIPT.

CERTIFICATE OF DISCHARGE
 Entlassungsschein

I
 PERSONAL PARTICULARS
 Personallbeschreibung

Dieses Blatt muss in folgender
 weise ausgefüllt werden:
 1. In lateinischer Druckschrift
 und in grossen Buchstaben.
 2. Mit Tiute oder mit
 Schreibmaschine.

SURNAME OF HOLDER BARDENS
 Familienname des Inhabers

DATE OF BIRTH 1.6.20.27
 Geburtsdatum (DAY/MONTH/YEAR)

CHRISTIAN NAMES HANS
 Vorname des Inhabers

PLACE OF BIRTH MUNICH, GERMANY
 Geburtsort

CIVIL OCCUPATION SCHOLAR
 Beruf oder Beschäftigung

FAMILY STATUS SINGLE 1 1 1
 Familienstand MARRIED Verheiratet
WIDOW(ER) Verwitwet
DIVORCED Geschieden

HOME ADDRESS Strasse MUNICH 111
 Heimatanschrift Ort MUNICH, GERMANY
 Kreis HO
 Regierungsbezirk/Land BAVARIA

NUMBER OF CHILDREN WHO ARE MINORS
 Zahl der minderjährigen Kinder

I HEREBY CERTIFY THAT TO THE BEST OF
 MY KNOWLEDGE AND BELIEF THE PARTI-
 CULARS GIVEN ABOVE ARE TRUE.
 I ALSO CERTIFY THAT I HAVE RE-
 AD AND UNDERSTOOD THE "INSTRUCTIONS TO
 PERSONNEL ON DISCHARGE" (CONTROL
 FORM D-1) 101-
 SIGNATURE OF HOLDER Hans Bardens
 Unterschrift des Inhabers

Ich erkläre hiernit, nach bestem Wissen und
 Gewissen, dass die obigen Angaben wahr sind.
 Ich bestätige ausserdem dass ich die "Anweisung
 für Soldaten und Angehörige Militär-
 Organisationen" u.s.w. (Kontrollblatt D-1) gelesen
 und verstanden habe.

II
 MEDICAL CERTIFICATE
 Ärztlicher Befund

DISTINGUISHING MARKS
 Besondere Kennzeichen

DISABILITY, WITH DESCRIPTION
 Dienstunfähigkeit, mit Beschreibung

MEDICAL CATEGORY
 Tauglichkeitsgrad

I CERTIFY THAT TO THE BEST OF MY KNOW-
 LEDGE AND BELIEF THE ABOVE PARTI-
 CULARS RELATING TO THE HOLDER ARE TRUE
 AND THAT HE IS NOT VERMINOUS OR
 SUFFERING FROM ANY INFECTIOUS OR
 CONTAGIOUS DISEASE.

Ich erkläre hiermit, nach bestem Wissen und
 Gewissen, dass die obigen Angaben wahr sind, dass
 der Inhaber ungezeffert ist und dass er keinerlei
 ansteckende oder übertragbar Krankheit hat.

SIGNATURE OF MEDICAL OFFICE
 Unterschrift des Sanitätsoffiziers

NAME AND RANK OF MEDICAL OFFICER
 IN BLOCK LATIN CAPITALS
 Zuname/Vorname/Dienstgrad des Sanitätsoffiziers
 (In lateinischer Druckschrift und in grossen Buchstaben)

DR. MEYER 4022

P.T.O.
 Bitte wenden

† DELETE THAT WHICH IS INAPPLICABLE
 Nichtzutreffen des durchstreichen

Oberrealschule an der Rupprechtsstraße Ludwigshafen a. Rh.

Reifezeugnis

Paul Bardens

Sohn des Bergmanns i. d. Luftkesselbauerei Herrn Alfred Bardens
geboren am 26. Januar 1921 zu Ludwigshafen a. Rh.
vorang. Bekenntnisses, der seit 14. April 1934 Schüler der
Oberrealschule an der Rupprechtsstraße Ludwigshafen a. Rh. war, hat den Sonderlehrgang
J. Klappa besucht und sich im Englischen 1940
der Reifeprüfung unterzogen.

Nach dem Ergebnis der Prüfung ist er als
befähigt zum Übertritt an die Hochschule
erklärt worden.

Die aus der umfangreichen naturwissenschaftlichen Arbeit
stark in der Bearbeitung herausgearbeitete gute Allgemeinbildung
zeigt sich mit regem Fleiß, zielgerichtetem Fleißgehalt
und sehr gutem Nachdenken.

Die Note in französisch zeigt sich mit ausgeprägtem
Nachdenken in der Bearbeitung.

Wenden!

Im einzelnen lassen sich seine Kenntnisse nach den bei der Prüfung und während des Schuljahres gegebenen Proben folgendermaßen bezeichnen:

Religion	<i>sehr gut</i>
Deutsch	<i>gut</i>
Französisch	<i>gut</i>
Englisch	<i>gut</i>
Latein	<i>gut</i>
Mathematik	<i>sehr gut</i>
Physik	<i>sehr gut</i>
Naturkunde	<i>sehr gut</i>
Chemie	<i>sehr gut</i>
Erdkunde	<i>sehr gut</i>
Geschichte	<i>gut</i>
Zeichnen	<i>gut</i>

Ludwigshafen a. Rh., den *4. Okt.* 194*6*

Regierungskommissar:

L. Meisel
Studienprofessor



Der kommissar. Leiter:

L. Meisel
Studienprofessor

Notenskala: 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = befriedigend, 4 = ausreichend, 5 = mangelhaft, 6 = ungenügend

Zusammen mit anderen Heimkehrern, die bei der veränderten Lage kein gültiges Abitur hatten, besuchte ich einen »Sonderlehrgang« zur Erlangung der Reifeprüfung für Kriegsteilnehmer. Das waren einige Monate intensiver Schule im besten Sinn.

Zu Hause bekam ich mit, wie Spießer aus der Nachbarschaft zu meinem Vater kamen und um »Persilscheine« bettelten, während sie gleichzeitig versuchten, andere Parteigenossen zu denunzieren.

Es kam bald die Zeit der Neugründung demokratischer Parteien, der Gewerkschaften und ehemaliger Arbeitervereine. Früh trat dann der SPD bei, war bei den Jungsozialisten engagiert, war Jugendleiter bei den Naturfreunden. Alles in Allem war es eine Zeit des allgemeinen Aufbruchs, der Hoffnung auf eine menschliche, demokratische Gesellschaft, die erst viele Jahre später, in einer Phase der Bürokratisierung, der Pfründenwirtschaft, einer Zeit der Ideenlosigkeit (die aber deshalb Ideologien gebiert) teilweise enttäuscht wurde. Namen (und was mit diesen Namen an Geist und Mitmenschlichkeit verbunden war) wie Kurt Schumacher, Carlo Schmid, Waldemar von Knöringen oder Arno Hennig haben uns stark geprägt.

Nach dem Abitur habe ich einige Monate lang als Aushilfslehrer an unserem Gymnasium wirken dürfen. Auch das war eine schöne Zeit, die manche neue Erfahrung brachte. Die Schüler haben mich offenbar angenommen, sonst wären nicht etliche von ihnen abends oder am Wochenende in meine Jugendgruppe gekommen (sie wurden später fast alle solide Sozialdemokraten).

Bei den Jungsozialisten diskutierten wir engagiert über Geschichte und Literatur und im wahrsten Sinn über Gott und die Welt. Es bildeten sich Freundschaften (ich erwähne nur Günther Janson), die bis heute hallen. Abends und Sonntags trafen wir uns oft in den Räumen der »Brücke«¹.

Es war objektiv schwer damals, einen Studienplatz zu finden (vier bis fünf Soldatenjahrgänge standen Schlange); und es war auch schwer - auch vor der Währungsreform etwas Geld zu beschaffen für die notwendigen Grundbedürfnisse im Studium und im Alltagsleben. Aber wir haben das nicht so empfunden, wir waren fröhlich bis zu einer Art Leichtsinn, der aber nicht geschadet hat.

¹ „Die Brücke, ein internationales Kulturinstitut wurde auf Anregung des französischen Kommandanten Colonel Mariaux in Zusammenarbeit mit der Stadt Ludwigshafen eingerichtet. Bürgermeister Dr. Reichert: „dank an die französische Militärregierung, die im besetzten Deutschland die Notwendigkeit empfindet. Zum kulturellen Neuaufbau beizutragen.“ Allein die Bücherei umfaßte 1000 Bände moderner Weltliteratur, davon die Hälfte in deutscher Sprache. In Zusammenarbeit mit dem Geschäftsführer der „pfälzischen Sezession“, Dr. Kranich, brachte sie u.a. die erste Matisse-Ausstellung nach Deutschland. Die Brücke war der Begegnungsort für die interessierten und engagierten Angehörigen meiner Altersgruppe, unabhängig von der konfessionellen und politischen Orientierung.

Ich klage übrigens nicht über diese Periode meines Lebens, den »Zeitverlust«. Ich lernte manches; unter anderem habe ich Menschen, auch und gerade in Ausnahmesituationen, kennengelernt; so daß ich nachträglich feststellen kann, daß diese Zeit mich auch bereichert hat: Vorgesetzte, die trotz der Gefahr für ihr Leben offen ihre politische, kritische Meinung vor uns jungen Soldaten äußerten; sehr einfache Menschen, die ihr Brot auch mit »Andersgläubigen« teilen; Für uns früher in böser Weise »ordentliche« Vorgesetzte, die im Gefangenenlager verdreckten und verkommen.

Den Studienplatz für Medizin in Mainz besorgte mir 1947 der immer Freundliche französische Stadtkommandant (der wohl auch wegen meiner politischen Aktivitäten verhindern wollte, daß ich außerhalb der Französischen Zone studiere). Eigentlich wollte ich ursprünglich Physik studieren, was meiner damaligen (und in veränderter Form noch vorhandenen) Neigung zur grundsätzlichen Auseinandersetzung mit den Naturwissenschaften und ihrer Philosophie entsprochen hätte.

Ich habe extra einige Monate im Beethovenchor gesungen; der Dirigent war nämlich Professor Poppen, der Leiter des musikwissenschaftlichen Instituts der Universität Heidelberg, der Zulassungen für die Universität Heidelberg besorgen konnte. Nun: ich bekam meine Zulassung, aber die Franzosen gaben mir keinen Pass.

In gewisser Weise kam mir diese Entwicklung sogar entgegen. Nach meinem zunehmenden Engagement in politischen Bereichen neigte ich jetzt doch eher dazu, im weitesten Sinne mich mit dem Menschen und den Menschen zu befassen. Dieser Zugang widerspricht zwar den klassischen, bürgerlichen Medizindenken, das den Menschen als materiell und individuell zu betrachtendes Objekt wissenschaftlicher Anstrengung sieht. Ich hingegen wollte die Menschen in ihren sozialen und geschichtlichen Bindungen sehen, gerade auch, wenn es um ihre Gesundheit geht. Solange es der Fortgang meines Hauptstudiums zuließ, habe ich nach Möglichkeit andere anthropologische Fächer gehört, von der Kriminologie (gelesen von dem belgischen Sozialdemokraten Professor Armand Mergen) bis zur Soziologie und Philosophie. - Es hat mir und meinen späteren Patienten offenbar nicht geschadet.

Bafög gab es noch nicht. Ich habe in dieser Zeit (bis 1949) von der schweren Akkordarbeit in der »Schwemmsteinfabrik« bis zur Kontenumstellung (Währungsreform) in der Stadtparkasse gearbeitet, um das Notwendigste zu verdienen, Sicher war diese Begegnung mit den Menschen in ihrer Arbeitswelt auch wertvoll für meine spätere berufliche und politische Arbeit.

Nach der Währungsreform bekam ich, wie auch einige meiner Freunde, keinerlei Unterstützung von der Friedrich-Ebert-Stiftung, vom Arbeitsamt und vom Studienhilfswerk. Natürlich machten wir zweimal im Jahr unsere Fleißprüfungen, um von den Studiengebühren befreit zu werden.

Gespräche bis in die Nacht

Bis wir uns begegneten, hatten wir sehr unterschiedliche Lebenswege hinter uns. Werner Ludwig mußte wegen der politischen Verfolgung seiner Eltern 1933 nach Frankreich flüchten. Nach Beginn des „Frankreich-Feldzuges“ mußte er erneut weiterfliehen nach Südfrankreich, wo seine Familie zusammen mit Freunden ein dauernd bedrohtes Asyl in teilweiser Illegalität fand. Seine entscheidenden Lern- und Lehrjahre erlebte er in einem zunächst fremden kulturellen Umfeld, in einer anderen (wenn auch nicht total fremden) Zivilisation: als „Asylant“. Dabei hat er ganz offensichtlich Zivilisation und Kultur seiner neuen Umwelt in hohem Maße assimiliert, ohne seine ursprüngliche Identität zu verlieren.

Ich selbst erlebte diese Jahre zu Hause, im „Reich“. Zunächst noch ordentliche Schulbildung, die erst allmählich von ideologischer Indoktrination durch die Nazi-Autoritäten deformiert wurde. Als Kind und Heranwachsender spürte ich am Rande wenigstens, wie groß die innere Spannung war, der meine Eltern in dieser Zeit ausgesetzt waren. Vorsichtige Treffen mit Freunden; geflüsterte Diskussionen. Daneben exzessive Machtdemonstrationen der neuen „Führer“.

Für kurze Zeit war ich noch Mitglied der Hitlerjugend (Staatsjugend!). Ich kam schon mit 16 Jahren zum Militär, noch an die Front und schließlich in Kriegsgefangenschaft. Da war man auch in anderen Ländern. Aber als „Besatzter“ und dann als Besiegter hatte man keine Chance, andere Kultur, Geschichte und Zivilisation kennenzulernen.

Nach meiner Rückkehr durfte ich meine bruchstückhafte Ausbildung in einer neuen Ordnung aufspäpeln und ergänzen, an dem faszinierenden Aufbruch im Elend teilnehmen, bis ich 1947 mein Studium in Mainz begann.

1948 trafen wir uns dann an der Universität in Mainz. Und schnell zeigte sich: bei allen Unterschieden in unserer Jugendbiographie hatten wir doch eine ganze Menge gemeinsam. Wir hatten rundumherbe Erinnerungen an das Ende der Weimarer Republik. Wir kamen beide aus sozialdemokratischen Familien, für die es nie politische Versuche gab, links oder rechts der Demokratie, der sozialen Demokratie. Und wir waren (und sind) schließlich Pfälzer, was auch unter Berücksichtigung der spezifischen Geschichte unserer Heimat und der Art, wie wir sie verstehen, für unsere gemeinsame Arbeit prägend war.

Auf dieser Grundlage begannen wir zu handeln. Schnell spürten wir, daß unsere Erfahrungen uns nicht abgrenzten, sondern sich ergänzten. Zusammengekommen waren sie die Last und die Chance der wachen Mitglieder einer Generation. In stundenlangen Diskussionen, oft nächtlich unterwegs von der Universität zu unserer Wohnung (und manchmal, wenn es sich ergab, auch wieder zurück), haben wir dieses Amalgam als Grundlage unserer weiteren öffentlichen Arbeit gemischt. Auf Werners Initiative ging die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Studenten in der SPD“ zurück (wir wählten diesen Namen, weil zu dieser Zeit noch politische Betätigung von Studenten an der Universität untersagt war). Diese Gruppe hatte (zeitweise zusammen mit der liberalen Hochschulgruppe und auch der evangelischen Studentengemeinde) großes Ansehen an der Universität. Und wir hatten auch gute Lehrer. Ich erinnere an Prof. Armand Mergen, den belgischen Sozialisten, der uns mit den Prinzipien eines offenen therapeutischen Strafvollzugs vertraut machte; oder an Prof. Zimmermann, den früheren Oberbürgermeister von Rotterdam, der als „Emigrant“ (er war gegen den holländischen Kolonialkrieg in Indonesien) den Lehrstuhl für Ökonometrie in Mainz übernahm.

Ludwig Metzger diskutierte mit uns über Probleme der Sozialisierung. Ganz engagiert haben wir uns an der Diskussion über das werdende Grundgesetz beteiligt. Für die demokratische Offenheit von Werner Ludwig spricht, daß er zu der ersten Konferenz des SDS in Mainz über Verfassungsfragen den CDU-Politiker Prof. Süsterhenn einlud.

Werner Ludwig hat mir und unseren Freunden die ersten internationalen Begegnungen vermittelt. Wir waren in Elmstein zu unserer ersten deutsch-französischen Studentenfreizeit beisammen (die Rechnung haben wir erst Jahre später bezahlt). Wir waren zusammen in Hamburg, wo wir Helmut Schmidt und viele britische und skandinavische Freunde kennenlernten, die in den nachfolgenden Jahren die Geschichte ihrer Länder und Europas gestaltet haben.

Als Delegierte auf Parteitag konnten wir den Prozess, der zum „Codesberger Programm“ führte, begleiten und beeinflussen.

Alles dies hat ihn, Werner Ludwig, und uns, seine Freunde, reif gemacht für die Aufgaben, die wir später übernommen haben. Soweit das irgend möglich war, haben wir in großem gegenseitigem Vertrauen gemeinsam gearbeitet.



Unsere "Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Studenten" hat uns doch alle mehr oder weniger geprägt - obwohl, oder gerade weil wir keinen besonderen Wert auf Organisation oder gar auf ideologische Doktrin legten.

Ich denke da an Werner Rauch, der mit mir zusammen Staatsexamen machte und Werner Wüst, den Theologen. Der Arzt und der Pfarrer gingen in den fünfziger Jahren für einige Zeit ins ärmste Brasilien, um dort den Menschen zu helfen. Oder unsere Freundin Ruth Pfau: sie ging als Ordensschwester nach Pakistan, wo sie seit 1962 die Leprabekämpfung organisiert und enorme soziale Arbeit leistet. "Ich liebe meine Patienten. Sie brauchen mich - und ich sie" (R.P.)

Falls eine der Wurzeln solchen Denkens und Empfindens aus unserer Freundschaft kommt: ein wenig dürfen wir stolz sein.

Öffnung

Einige erste Begegnungen (soweit nicht durch Krieg, Gefangenschaft oder Emigration bedingt) hatten wir 1948/50.

Werner Ludwig bereitete das erste Treffen der Mainzer SDJ-Gruppe mit der FNES (federation national des étudiants socialistes) vor, das wie so viele wichtige politische Begegnungen in dieser Zeit, in unserem Ludwigshafener Naturfreundehaus in Elmstein stattfand. Gründliche, lebhaft, z.T. streitige Diskussionen brachten uns zusammen und begründeten Freundschaften, die z.T. bis heute, bald 50 Jahre danach, noch bestehen.

Und: außer der aktuellen Politik in unseren Ländern, diskutierten wir u.a. auch mit Willibald Gänger über seine Wanderjahre in der frühen Sowjetunion und seine Emigration nach Chile und über die Lebenssituation der Menschen in der Welt. Geholfen hatte uns die Jugendabteilung der französischen Militärverwaltung in Neustadt, die uns auch täglich einen Wagen mit »Material zum kennenlernen der französischen Küche« schickte. Daneben waren die äußeren Umstände noch sehr einfach (wir schliefen auf selbstgestopften Strohsäcken), was uns wirklich nicht störte.

Im Jahr darauf trafen wir uns noch einmal in Hertlingshausen.

Im Juli 1948 fuhren wir beide (Werner Ludwig und ich) auf Einladung von Helmut Schmidt und des SDS-Vorstandes zu einer internationalen Begegnung im Jugendhof Barsbüttel nach Hamburg. Es war für uns, gerade weil wir aus der französischen Zone kamen, überwältigend, mit sozialdemokratischen Studenten aus England, Skandinavien und Amerika zu diskutieren und zu feiern. (Wir beide, die aus der lange Zeit völlig isolierten französischen Zone kamen, wurden schon bei der Reception mehrfach gefragt, zu welcher Nation wir gehörten).

Nachträglich, Jahrzehnte später, kann ich feststellen, daß solche Art Begegnungen junger aktiver Menschen für sich entwickelnde Verantwortungsstrukturen in der politischen Führung außerordentlich wichtig sind. Es entsteht national und international ein menschliches Netz, in dem sichere Einschätzung des Anderen, Respekt und Vertrauen eine große Rolle spielen.

Heute überwiegt eher eine technokratische Zufallsstruktur, die als einzige zwischenmenschliche Emotion Mißtrauen entstehen läßt. Wir waren damals meist

Freunde geworden, was uns sehr geholfen hat unserer öffentlichen Verantwortung gerecht zu werden.

Die gemeinsame Heimfahrt unterbrachen wir nachts in Hannover, um uns in der Odeonstraße (damals Sitz des Parteivorstandes der SPD) Fahrkarten für einen Dienst-D-Zug zu holen, der ohne Halt an der Zonengrenze nach Koblenz fuhr.

Am nächsten Morgen wurde ich von der Sûreté ins Büro (heute Amtsgericht) geholt. Mir wurde vorgehalten, daß ich ohne Erlaubnis in der britischen Zone gewesen sei und daß dies strafbar sei. Schließlich sagte man mir, ich könne wieder nach Hause gehen, wenn ich einen schriftlichen Bericht über die Tagung in Hamburg (an der zeitweise auch der britische Hochkommissar teilgenommen hatte) anfertigen würde. Ich tat das (ich konnte ja schreiben was ich wollte). Am nächsten Morgen kam M. Mancier, ein freundlicher, sehr gebildeter Zivilfranzose, über dessen Auftrag niemand von uns Bescheid wußte, gab mir meinen Bericht zurück mit der Bemerkung: »Sie können der Sûreté ruhig einen Bericht liefern, aber nie unterschreiben !«

So war das.

Eineinhalb Jahre später leitete ich eine Jungsozialistengruppe, die von der französischen Militäradministration eingeladen war, nach Paris, Versailles und Tours; wir kamen am 14. Juli in Paris an und waren beim Tanz auf den Straßen gern gesehene Gäste. Und wir hatten gute Begegnungen mit den sozialistischen Ortsvereinen in Suresnes und Versailles.

Nach dieser Zeit, als nicht nur in Deutschland das »Wirtschaftswunder« ausbrach, kam es (bis heute) zu einem Massenauslands-Tourismus, der aber die Beziehungen unter den aktiv und passiv beteiligten Menschen kaum verbesserte; die Xenophobie nimmt überall zu (bis in die höchsten Regierungsstellen) !

Buchungsbeleg über die Kosten, die beim deutsch-fanzösischen sozialistischen Studententreffen 1948 im Naturfreudehaus Elmstein angefallen sind.

7.9.48

Herrn Werner Ludwig
Zürich

Aug. 48. Aufwändig der 28. und 29. von
Studenten belegt

an 14 Tagen 20 Betten in der Jugendherberge à 0.50/10.-	140.-
an 12 Tagen 7 Betten in Jugend- herb. à 1.50/10.50	126.-
Für Herrn Ledel 1 Zimmer mit fl. Wasser	40.-

Die Preise verstehen sich
einschl. Licht, Wasserverbrauch,
Verköstigung bei den Vorarbeiten.

Telefon-Gebühren-Rechn. nach
Einlauf der Gebühren-Rechn. u.
nach Rücksprache mit der K.-S.

306.-

*58. - Unfall
m. 495. -*

FRIEDRICH HIRTH
HEINRICH HEINE
UND SEINE
FRANZÖSISCHEN FREUNDE

an Herrn Bardeus
in Erinnerung an eine
Frankreichreise, mit freundlichen
Abschiedsgrüssen,
W. v. v.
8. 10. 51

75 Jahre Naturfreundehaus Elmstein

Am 15. September 1996 feiern die Ludwigshafener Naturfreunde das 75jährige Jubiläum ihres Naturfreundehauses in Elmstein-Harzofen.

Die Geschichte des Hauses ist ein Abbild der Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Pfalz.

Hier einige Daten:

- 1921 Explosionskatastrophe im Werk Oppau der BASF;
101 obdachlose Kinder mit ihren Betreuern werden
im Haus aufgenommen.
- 1933 Enteignung durch die Nazis;
danach »Gaumütterheim«
und schließlich »Lebensborn«-Heim.
- 1945 Im Oktober noch illegale Wiedergründung
der pfälzischen SPD
Einleiter: Fritz Schött
gewählter Vorsitzender: Adolf Ludwig
- 1947 Erstes deutsch-französisches Jugendtreffen
der »Falken« auf Initiative des
Generalsekretärs Marcel Rousseau (Frankreich)
- 1948 Erstes deutsch-französisches sozialistisches
Studententreffen, organisiert von Werner Ludwig 
- 1949 Erste Zusammenkunft
der deutschen »Naturfreunde« nach 1933.
Freunde aus der damaligen
sowjetischen Besatzungszone
durften nicht kommen –
die Wiedergründung der Naturfreunde
war dort nicht erlaubt.
- 1970 Gemeinsame Trägerschaft des Hauses
durch die Arbeitsgemeinschaft
»Arbeiterwohlfahrt und Naturfreunde«.
Die Naturfreunde, Ortsgruppe Ludwigshafen
werden korporativ Mitglied der
Arbeiterwohlfahrt.
- 1992 Vollständige Modernisierung
zu einer der besten Einrichtungen
für Familien-,
Kinder- und Jugendfreizeiten
und für Bildungsarbeit.

Gesundheitspolitik (1)

Die Gesundheitspolitik hat in der Sozialdemokratie eine alte Tradition. Zu den Vorläufern muß man sicher Rudolf Virchow zählen, der sagte, die Medizin sei eine soziale Wissenschaft und der Arzt habe sich deshalb um die soziale Frage zu kümmern. 1919 trat Prof. Grotjahn dem Verein sozialdemokratischer Ärzte und der SPD bei, nachdem sich die Mehrheitssozialdemokraten eindeutig und endgültig revisionistisch orientiert hatten. Er war der Begründer der sozialhygienischen Schule, die inzwischen weltweit als medizinische Disziplin anerkannt ist. 1923 veröffentlichte er sein Lehrbuch der sozialen Pathologie, »Versuch einer Lehre von den sozialen Beziehungen der Krankheiten des Menschen«. Andere sozialdemokratische Ärzte (u. a. Moses, Kollwitz und Glaser) haben diese Entwicklung wesentlich mitgeformt. Nach 1945 versuchten Wilhelm Hagen, Elinor Huber, Hermann Karl, Erwin Jahn und Ludwig von Manger die Arbeit fortzusetzen.

Übrigens hatte Grotjahn während seiner Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter ähnliche Schwierigkeiten mit Teilen der Fraktion und der Partei wie 40 Jahre später ich selbst. So hielt er eine Milderung des Impfzwangs durch Einführung einer Gewissensklausel nach englischen Muster für unumgänglich: »In einer Epoche zunehmender Sozialisierung und wirtschaftlicher Bindung muß eine gewisse Individualsphäre sorgfältig geschont werden«. Die Fraktion ist ihm damals leider nicht gefolgt.

Grotjahn und der Verein sozialdemokratischer Ärzte hatten ganz wesentlichen Einfluß auf das (von Marie Juchacz und dem Reichsausschuß für Arbeiterwohlfahrt initiierte) Jugendwohlfahrtsgesetz. Grotjahn berief im Juni 1921 in die Charité einen Fürsorgetag ein, auf dem die Gesundheitspflege als Aufgabe besonderer, neben den Wohlfahrts- und Jugendämtern zu errichtender Gesundheitsämter anerkannt wurde.

Die Reformansätze der Weimarer Zeit versiegten ab 1928. Die Republik wurde, von links und rechts mißachtet und mißbraucht, zunehmend handlungsunfähig bis zum schließlichen Ende 1933.

Nach dem Krieg war der Neuanfang recht schwierig. Die Nationalsozialisten hatten sozialhygienische Vorstellungen aus den zwanziger Jahren für ihre Zwecke umgedeutet und für ihre rassehygienischen Ziele und zur Begründung der Euthanasie mißbraucht.

Ein gewisser Teil der deutschen Ärzte war (mehr oder weniger freiwillig) an der menschenvernichtenden Praxis der Nationalsozialisten beteiligt (siehe Mitscher-

lich: »Medizin ohne Menschlichkeit«) und versuchten sich möglichst unauffällig zu verhalten; Betroffene Juristen waren da schon etwas »mutiger«. Die große Mehrheit der Ärzte war entsetzt, als der volle Umfang der durch Mediziner zu verantwortenden Verbrechen bekannt wurde.

Gesundheitspolitik wurde deshalb lange von vielen Kollegen als die unzulässige staatliche oder ideologische Einmischung in das zu schützende Verhältnis zwischen Patient und Arzt betrachtet. Viele sozialdemokratisch orientierte, meist jüdische Ärzte waren emigriert; nur wenige, wie zum Beispiel Kurt Glaser, kamen zurück.

Es war nötig, daß eine neue, relativ unbeschädigte Generation, gerade aus Krieg und Gefangenschaft zurückgekehrt, an den Universitäten begann mit Hilfe etlicher guter Lehrer ihre eigene Orientierung zu finden. Dabei war es für viele ein Bedürfnis, durch interdisziplinäres Lernen das Fachstudium zu ergänzen. Ein guter Ort übrigens für anspruchsvolle fachübergreifende Diskussion waren Ende der vierziger Jahre die Gruppen des SDS (bei uns in Mainz die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Studenten).

Hermann Karl, damals im Hessischen Sozialministerium für Gesundheitsfragen zuständig, hat in dieser Zeit die sozialhygienische Gesellschaft und die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Ärzte aufgebaut (um die Bezeichnung »sozialistisch« oder »sozialdemokratisch« gab es bis in die sechziger Jahre immer wieder Diskussion, aber nie ideologischen Streit).

Ein väterlicher Freund, der uns mit seiner großen beruflichen und politischen Erfahrung half, war Professor Wilhelm Hagen.

„Während des Krieges gab es vielfach Gelegenheit für solche ärztliche Widerspenstigkeit. So schlug Dr. Wilhelm Hagen, einem deutschen Gesundheitsbeamten im besetzten Warschau, im Dezember 1942 das Gewissen, als er erfuhr, daß 71.000 Polen – alte Menschen und Kinder unter zehn Jahren – genau wie die Juden getötet werden sollten, und er schrieb einen Protestbrief an Hitler.“²

Ich selbst bekam erst später direkten Kontakt mit den sozialdemokratischen Ärzten. Zunächst mußte ich nach Staatsexamen und Promotion unter schwierigen materiellen Umständen meine Pflichtassistentenzeit hinter mich bringen und beruflich weiterlernen. Ich hatte früh fast ohne eigenes Einkommen mit meiner damaligen Frau, die berufstätig war, für eine Familie zu sorgen. Nach 2 Jahren war ich der erste Assistenzarzt in der Bundesrepublik, der gegen seinen Arbeitgeber klagte (ich

²Michael H. Kater: „Ärzte als Hitlers Helfer“, S. 145 Wilhelm Hagen: „Auftrag“, S. 197.

verlor in zweiter Instanz, weil mein gewerkschaftlicher Prozeßvertreter einen Termin versäumte).

Beruflich und sozial hat mich vor allem meine Arbeit in einem Tuberkulosekrankenhaus geprägt. Das monatelange Zusammensein mit den Kranken, die Beschäftigung mit ihren sozialen und privaten Problemen: dies war eine Zeit intensiver, erfüllender Ausbildung zur sozialen Medizin. Ende 1960 gründete ich eine Allgemeinpraxis in einer neuen Flüchtlingssiedlung in Ludwigshafen.

1956 nahm ich zum ersten Mal an einer Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Ärzte (ASÄ) in Stuttgart teil. Ich war beeindruckt vom wissenschaftlichen Ernst und der kollegial-freundschaftlichen Atmosphäre. Aktuelles Hauptthema waren die damaligen amerikanischen Großversuche zur Impfung gegen Kinderlähmung (SALK) - nach Stuttgart konnte ich in der Programmkommission und im erweiterten Bundesvorstand der ASÄ mitwirken.

Die ASÄ hat dabei nie in der Art, wie es spätere Arbeitsgemeinschaften taten, durch öffentliche Manifestationen Parteientscheidungen zu präjudizieren versucht. Sie wollte und konnte für lange Zeit den Vorständen der Partei fachlichen Rat bieten. Es ging dabei in erster Linie um ein neues Verständnis von Gesundheit und Krankheit in der industriellen Massengesellschaft. Recht umstritten (aber nicht von uns in Frage gestellt) war damals die neue Definition der WHO: »Gesundheit ist das völlige körperliche, geistig-seelische und soziale Wohlbefinden des Menschen«.

Die jeweiligen Vorstände der ASÄ hatten auch wegen ihrer fachlichen Kompetenz trotz mancher politischer Kontroversen immer hohes Ansehen bei den ärztlichen Verbänden und Körperschaften (was ihnen später gelegentlich vorgeworfen wurde). Einer, der die Zusammenhänge immer erkannte und die Zusammenarbeit mit uns pflegte, war Herbert Wehner. Im Übrigen darf ich auf die Protokolle der gesundheitspolitischen Kongresse und Bundeskonferenzen der ASÄ verweisen.

Die sozialdemokratischen Ärzte haben in den fünfziger und sechziger Jahren richtungweisende, wissenschaftlich fundierte Angebote formuliert, die im Ganzen reife Vorlagen für Gesetzentwürfe waren (z.B. Impfgesetzgebung, ärztliche Ausbildung, Krankenhausfinanzierung). Auf dem Kongreß in Bad Reichenhall 1966 (auf dem übrigens Bruno Kreisky das politische Referat über eine mögliche zukünftige Ostpolitik hielt) wurde unter Mitwirkung von Ernst Schellenberg die Idee der flexiblen Altersgrenze in der Rentenversicherung erstmals öffentlich dargestellt. Allerdings unter sozial- und individualhygienischen, nicht in erster Linie unter versicherungstechnischen oder arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten.

In Bad Reichenhall haben wir übrigens in bester Absicht einen bedenklichen Beschluß gefaßt, dessen Folgen bis heute noch nachwirken. Ich darf an die Vorgeschichte des Bundesgesundheitsministeriums erinnern. Nach der Bundestagswahl 1961 gab es in der Union erhebliche Kritik an Kanzler Adenauer, weil es in seiner Kabinettsliste keinen Platz für eine Frau gab. Als er nachgab und ein für diesen Zweck zu schaffendes Gesundheitsministerium für eine Frau vorsah, präsentierten ihm die Unionsfrauen Frau Dr. Schwarzhaupt als Kandidatin für dieses Alibiministerium (er soll damals gesagt haben: »Meinetwegen; muß es aber ausgerechnet diese Tiefkühltruhe sein?«). 1965 sollte das Gesundheitsministerium wieder abgeschafft werden. Die sozialdemokratischen Ärzte forderten die Mehrheit auf, doch das Ministerium zu erhalten und durch die Ressorts Jugend und Familie aufzuwerten. Das ist geschehen und hat sich später als Fehlentscheidung erwiesen.

1964 war für die gesundheitspolitische Orientierung ein entscheidendes Jahr. Nach einigen Fachkonferenzen (zum Beispiel »Mensch und Verkehr«; s. u. den Text meiner Berichterstattung) wurde auf dem SPD-Parteitag in Karlsruhe das erste vollständige (und in wesentlichen Teilen noch heute gültige) gesundheitspolitische Programm der SPD beschlossen. Die »Gesundheitspolitischen Leitsätze« waren das Ergebnis achtjähriger gründlicher Arbeit der ASÄ. Auch Fragen der Umwelthygiene wurden dabei so grundlegend untersucht und dargestellt, daß man sich heute fragen muß, warum sich die SPD die politische Kompetenz für den Umweltschutz von einer neu entstehenden Partei stehlen ließ. - 1974 schrieb ich auch einen ersten Beitrag zur Gesundheitspolitik in einem Bundesland.



Dr. med. Hans Bardens

wurde 1927 in Ludwigshafen, Rhein geboren, wo er heute als praktischer Arzt tätig ist. Er ist Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorsands der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Ärzte und Mitglied des Gesundheitspolitischen Ausschusses im Parteivorstand der SPD.

Zwei wichtige Teilgebiete

der Gesundheitspolitik behandelt Dr. med. Hans Bardens in dieser 2. Heft der von der SPD-Landtagsfraktion herausgegebenen Schriftenreihe „Beiträge zur Landespolitik in Rheinland-Pfalz“: Luftreinhaltung und Krankenhauswesen. Auf beiden Gebieten wird das Land Rheinland-Pfalz sich künftig zu größeren Anstrengungen aufraffen müssen, wenn den Verantwortlichen nicht eines Tages der Vorwurf gemacht werden soll, sich an Leben und Gesundheit der Menschen folgeschwer vergangen zu haben.

Der Autor zeigt in dieser Schrift Wege und Möglichkeiten für eine intensiviertere, wirkungsvollere Gesundheitspolitik auf. Seine Vorschläge und Forderungen sind mehr als ein Diskussionsbeitrag. Im Interesse der davon betroffenen Menschen unseres Landes sollte ihre Verwirklichung ohne große Verzögerung in Angriff genommen werden.

Mainz, im Juni 1964

I. Reinhaltung der Luft Seite 4

II. Krankenhauswesen Seite 10

Denkschrift

des SPD-Unterbezirks Ludwigshafen zur Besserung der Luftverhältnisse im Raum Ludwigshafen-Mannheim Seite 16

ARBEITSGEMEINSCHAFT C

Dr. med. HANS BARL-ENS, Ludwigshafen: Meine Damen und Herren! Es ist mir ein Bedürfnis, zunächst Herrn Dozent Dr. Günther noch einmal recht herzlich für seine Mühe zu danken. Er hat nicht nur auftragsgemäß über den aktuellen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse im Rahmen seines Themas berichtet, sondern – und das stellte sich besonders im Laufe des Diskussionsnachmittags heraus – er war auch offensichtlich innerlich engagiert. Seine Ausführungen im Rahmen des Einführungsvortrags waren von einer gewissen Skepsis durchsetzt. Er zitierte einen amerikanischen Wissenschaftler, der meinte:

„Die Summe der Gutachten von Sachverständigen, die nicht nur genau so wenig wissen wie jeder andere, sondern noch weiteren Schaden anrichten, indem sie sich auf ihre Theorien versteifen“,

erzeugten zu den Gefahren der Landstraße weitere Gefahren. Herr Dr. Günther sagte dazu, daß dieser Satz auch sinngemäß für unsere Erkenntnisse über die gesundheitsschädigenden Wirkungen heutiger Verkehrsformen gelte.

In einer privaten Unterhaltung nach der Diskussion am gestrigen Nachmittag bestätigte mir Herr Dr. Günther eine Erfahrung, die die Ärzte heute allgemein bei der Beobachtung der Krankheitsentwicklung machen. Offensichtlich nehmen die Schäden im Bereich psychonervös gesteuerter Organsysteme dauernd zu. Die Ärzte haben den Eindruck, daß sich die daraus resultierenden gesundheitlichen und sozialen Gefahren rapide verstärken; aber es liegt bis heute noch kein ausreichend sicheres statistisches Material vor. Insbesondere trifft dies zu für gesundheitliche Schädigungen, die aus heutigen Verkehrsformen resultieren. Wenn wir mit den Gefahren, die für den Menschen aus der Entwicklung des modernen Verkehrs kommen, fertig werden wollen, ist unbedingt noch eine umfangreiche wissenschaftliche Arbeit zu erledigen.

Wir können aber offensichtlich auf den Abschluß dieser notwendigen Arbeiten nicht warten. Wir sind aufgerufen, jetzt schon alles zu tun, um dem Menschen, der mehr Objekt als Subjekt des modernen Verkehrs ist, zu helfen.

In dem Hauptreferat zum Thema wurden alle bisher gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse zusammengefaßt. Es wurde klar, daß der Einfluß der Geschwindigkeit auf den Menschen nur im Zusammenhang mit der Schwierigkeit der jeweiligen Verkehrssituation – Herr Dr. Günther sprach von der Wirkung des Risikoerlebnisses – medizinische Bedeutung hat. Es ist zu erwarten, daß der dichte Stadtverkehr bei niedrigen Geschwindigkeiten etwa gleichartige Kreislaufreaktionen auslöst wie der Verkehr bei hohen Geschwindigkeiten auf guter Fahrbahn. Die Pulsfrequenz als Indikator für die Reaktion des dem Verkehr ausgesetzten Menschen ist nachweislich abhängig von plötzlichen Veränderungen der Verkehrssituation. Die Unsicherheit der bisherigen wissenschaftlichen Unterlagen geht allerdings daraus hervor, daß andere Autoren besondere Einflüsse auf Herz und Kreislauf – abhängig von Fahrpraxis, Fahrerfahrung und Fahrerlebnis – ableugnen; aber die Aussagen des Referats und vor allem die anschaulichen Diagramme machten doch deutlich, daß eben diese Kreislaufwerte, Pulsfrequenz und Blutdruck, in gewissem Umfang von der psychischen Belastung des Verkehrsteilnehmers abhängig sind. Die Internisten sind sich heute weitgehend darüber einig, daß vegetative Kreislaufregulationsstörungen eben doch als Vorfeld für Organerkrankungen bezeichnet werden müssen. Die Zunahme aller einschlägigen Symptome in der täglichen ärztlichen Praxis weist ebenfalls in diese Richtung.

Die von dem Kraftfahrer geforderte dynamische Arbeit kann sicher vernachlässigt werden. Von entscheidender Bedeutung dagegen ist, wie in dem Referat ausgeführt wurde, die statische Arbeit, die sogenannte Haltearbeit. Diese Haltearbeit beim Gasgeben und Spurhalten führt zu Verspannungen und Verkrampfungszuständen der Muskulatur der Beine und des Rückens.

Von erheblicher Bedeutung sind sicher auch die Stauungserscheinungen an den Beinen, die bei fehlender Muskelbetätigung, durch ungünstige Sitze sowie zusätzliche Abknickung in Hüft- und Kniegelenk gefördert werden.

Bei der Beurteilung der Fahrzeugkonstruktion müssen auch durchaus die mechanischen Einwirkungen auf den Fahrer berücksichtigt werden, die sich bei ungünstiger Federung durch Vertikalstöße, durch Beschleunigung und Abbremsung, durch Zentrifugalkraft beim Kurvenfahren und durch die Eigenschwingungen des Fahrzeugs ergeben. Besonders schwache Stellen im menschlichen Körper stellen dabei die Hals- und Lendenwirbelsäule dar. Die Folgen kennt jeder Arzt und leider wohl auch ziemlich jeder der hier anwesenden Zuhörer.

Ein Stichwort verdient noch besondere Beachtung: Erhebliche Störungen aller möglichen Organfunktionen ergeben sich aus der Mangelbewegungssituation, die fast zwangsläufig die Folge des Gebrauchs eines Kraftfahrzeuges ist.

Gesichert erscheint jedenfalls, daß die Teilnahme am modernen Straßenverkehr für den Fahrer einen psychischen und damit auch vegetativ-organischen Dauerstreß darstellt. Wenn nicht ganz entscheidende Abhilfen gefunden werden, wird die erkennbare Weiterentwicklung des modernen Straßenverkehrs in den nächsten Jahren sicher zu massiven Schädigungen aller Beteiligten führen. Die Diskussion in der Arbeitsgemeinschaft befaßte sich deshalb auch naturgemäß in erster Linie mit Anregungen für eine Verbesserung der Situation des dem Verkehr ausgesetzten Menschen. Es wurde unter anderem besonders hervorgehoben, daß die tägliche, oft mehrstündige Belastung im Berufsverkehr durch die Anspannung durch das Berufsleben potenziert wird. Hier kann nur eine Städte- und Raumplanung mit einer völlig neuen Konzeption heraushelfen. Nicht nur der Techniker, sondern auch der Verkehrsfachmann und der Arzt müssen bei der Planung wesentlich mitwirken können. Wohn- und Industriegebiete müssen einander sinnvoll zugeordnet werden. Leistungsfähige Nahverkehrsmittel müssen so attraktiv gestaltet werden, daß sie ohne äußeren Zwang den bisherigen Individualverkehr in den Innenstädten zu entlasten vermögen. In der Diskussion wurde der für unsere Verhältnisse sicher etwas problematische Vorschlag einer Sperrung der Innenstädte für den Individualverkehr gemacht. Immerhin darf darauf hingewiesen werden, daß man sich in England mit der Neuplanung einer großen Industrie- und Wohnregion befaßt, in der zur Verbindung der Wohn- und Arbeitsstätten überhaupt keine Straßen mehr vorgesehen sind. Die geplanten modernen Nahverkehrsverbindungen zwischen Wohn- und Arbeitsplatz sollen der Bevölkerung kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Wir sollten daraus wenigstens so viel für unsere Situation lernen, daß man bei dem Versuch, unsere Nahverkehrsmisere zu beheben, nicht von Rentabilitätsbetrachtungen ausgehen darf.

Sehr wesentlich schien mir auch die Anregung, bei der Verkehrsplanung und beim Bau von Nahverkehrsmitteln auf die vielen Körperbehinderten in unserer Bevölkerung Rücksicht zu nehmen.

Der vorhin erwähnte Bewegungsmangel des Kraftfahrers wie des modernen Menschen überhaupt kann im Grunde nur über einen Appell an den Einzelnen behoben werden. Die Erziehung zu vernünftiger körperlicher Ausgleichsbelastung muß selbstverständlich in unseren Schulen schon beginnen. Aber auch auf die Erwachsenen muß in ihrem Interesse eingewirkt werden, damit sie mit Freizeit und Urlaub vernünftigen Gebrauch treiben und Schäden auszugleichen versuchen, die durch den alltäglichen Bewegungsmangel entstehen. Im Referat von Herrn Dr. Günther war auch darauf hingewiesen worden, daß man längere Autofahrten unbedingt durch häufigere Kurzpausen unterbrechen müsse, während deren man für Bewegung sorgen müsse.

In der Diskussion wurde der Forderung von Herrn Dr. Günther nach einer ununterbrochenen Urlaubsdauer von mindestens drei Wochen lebhaft zuge-

stimmt, weil erfahrungsgemäß die meisten gefährlichen Anpassungsstörungen im Laufe der dritten Urlaubswoche auftreten.

Schon im Referat, aber auch in der Diskussion wurde mehrfach die Forderung erhoben, Federung, Sitz- und Lenkradkonstruktion der Kraftwagen physiologischen Bedingungen insoweit anzupassen, daß die vorhin erwähnte statische Arbeit des Kraftfahrers auf ein Minimum reduziert werden kann.

Zum Schluß noch einige mir wesentlich erscheinende allgemeine Bemerkungen:

Wir wollen hier keiner romantischen Maschinenstürmerei das Wort reden. Der moderne Straßenverkehr ist zu einer Lebensnotwendigkeit für uns alle geworden. Jeder soll seinen Kraftwagen fahren dürfen. Wir müssen aber dafür sorgen, daß er das ohne schlimmere Schäden für seinen Körper tun kann. Wir müssen die Verkehrseinrichtungen so gestalten und so ordnen, daß sie dem Menschen dienen bei Vermeidung aller vermeidbaren Schäden.

Der technische Fortschritt soll den Menschen freier machen. Wirklich frei sein aber können wir nur, wenn wir gesund bleiben.

(Starker Beifall.)

Versammlungsleiter Walter KRAUSE, MdL.: Ich danke auch Herrn Dr. Bardens für den Bericht der Arbeitsgemeinschaft C. Das Wesentliche scheint mir, daß bei dieser Thematik bestimmte Vorschläge technischer Art im Vordergrund stehen; es war von der Stadtplanung die Rede, von Empfehlungen für die Verbesserung der Nahverkehrsmittel. Aber hier nun auch ganz unüberhörbar der Appell an den Einzelnen deutlich ausgesprochen. Die Bewegungsarmut unserer Zeit, die das moderne Leben für viele Menschen mit sich bringt, für den Kraftfahrer im besonderen, ist sicherlich nur auszugleichen durch den eigenen Entschluß, einen Ausgleich zu suchen durch Sporttreiben, durch Pausen beim Autofahren, durch Ausgleichsbewegungen, die der moderne Mensch, und der Kraftfahrer im besonderen, nun einmal nötig haben.

Dieser Appell an jedermann war auch das Thema der vierten Arbeitsgemeinschaft. Die Arbeitsgemeinschaft D behandelte das Thema: „Jeder ist mitverantwortlich!“ Ihrer Arbeit lag der Vortrag von Prof. Hirschmann zugrunde: „Verkehrsgesinnung, Verkehrsdisziplin, Verkehrseignung.“ Diskussionsleiter war Herr Dr. Jahn, Wissenschaftlicher Rat aus Berlin; Berichterstatter ist Herr Bundestagsabgeordneter Stefan Seifriz.

Darf ich um den vierten Bericht bitten.

1965

Unser Freundeskreis, die Nachkriegsjungsozialisten, hatte schon seit Ende der vierziger Jahre aktiv an der Parteidiskussion, aber auch an der Wahlkampfarbeit nach außen teilgenommen. Ich selbst hatte schon manche Versammlung hinter mir. Damals ging es oft noch recht lebhaft zu in den Dorfgasthäusern. Einmal konnte ich in Waldfischbach den Versammlungsraum gerade noch durch ein Fenster verlassen, weil die aufgebrachten CDU-Anhänger nur noch schrien und mich verprügeln wollten (eingeladen hatte mich damals Pfarrer Heiner Wilhelmi, der sich aber auch nicht mehr durchsetzen konnte). Zusammen mit Rudolf Kaffka und Mitgliedern der KTA (Kirchlich Theologische Arbeitsgemeinschaft) haben wir uns im von der SPD mitgetragenen »Kampf dem Atomtod« engagiert. Dabei habe ich Freunde gewonnen, die mir viel an politischer Überzeugungstreue vermitteln konnten. Damals haben wir immer auch viel gelesen und gearbeitet in unseren Gruppen: Die sozialistischen Utopisten; Bebel, Bernstein und Braunthal; Theologen des Widerstandes, Paul Tillich (»Die sozialistische Entscheidung«); schließlich auch Richard Löwenthal (»Jenseits des Kapitalismus«) und James Burnham.

Eine sehr offene, anspruchsvolle, tolerante Diskussion führte hin bis zur Entscheidung über das Godesberger Programm 1959. Ich vergesse nie die vielen Vorträge und Diskussionen mit Carlo Schmid, Adolf Arndt, Fritz Erler und Arno Hennig. Die krampflose Abkehr von jeder Ideologie³ machte uns frei für eine neue Art politischer Auseinandersetzung. Wir waren so vorbereitet auf die Herausforderung, die nun an uns herankam: Die Zeit um das Wahljahr 1965 war auch eine Zeit des Generationenwechsels in der politischen, der öffentlichen Verantwortung. Werner Ludwig, der inzwischen Sozialdezernent in Ludwigshafen war, sollte mit der Ludwigshafener SPD in den Kommunalwahlkampf gehen und sich um die freiwerdende Stelle des Oberbürgermeisters bewerben (die er schließlich auch mit großer Zustimmung gewann). Der Kommunalwahlkampf in diesem Jahr war mit das Unfairste, was ich je erlebte: ganz haben wir das Helmut Kohl, der damals in Ludwigshafen Vorsitzender der CDU war, nie vergessen.

Im gleichen Jahr war auch das Abgeordnetenmandat für den Bundestag neu zu besetzen. Der Wahlkreis (und seine Vorläufer) war seit dem Ende des 19. Jahrhunderts immer von Sozialdemokraten politisch geführt worden. Zuletzt hatte

³ »Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der Freiheit des Geistes. Sie ist eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen.« (Godesberger Programm).

Friedrich Wilhelm Wagner das Direktmandat 1961 mit 46,9 % gewonnen; verloren ging die dann folgende absolute Mehrheit erst 1983 und das Direktmandat 1990.

Damals, 1965, war der Wahlkreis verwaist. Friedrich Wilhelm Wagner war als Vizepräsident zum Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe gegangen; Adolf Ludwig, der über die Landesliste nachgerückt war und sich intensiv um Ludwigshafen kümmerte, verstarb wenige Monate später. - Der Landeslistenvertreter der Union Dr. Fritz, war schon früh in die Verwaltung gewechselt.

Nach Diskussionen mit Freunden bewarb ich mich um die Bundestagskandidatur und bekam den Auftrag. Gegenkandidat war für die CDU der Ludwigshafener Industrielle Dr. Udo Giulini. Nach einem munteren, aber recht fairen Wahlkampf, in dem sich alle Gruppen der Sozialdemokraten in der Stadt und im Landkreis kräftig engagierten, erhielt ich 51,1 % der Erststimmen (Giulini 37,8 %).

Die SPD hat 1965 etwas geleistet, was Orientierung für künftige politische Auseinandersetzungen hätte sein können. Nachdem einige Monate vor der Wahl die Mehrheit des Bundestages gegen die Stimmen der SPD die staatliche Parteienfinanzierung eingeführt hatte, verwendeten wir die uns danach zustehenden Mittel für eine großzügige Bücherspende. Alle Schulen im Wahlkreis erhielten daraus je ein großes Bücherpaket; die Titel waren von den Lehrern ausgewählt worden. Leider sind solche Denkansätze verloren gegangen. »Geld regiert die Welt« ist wohl die allgemeine Überzeugung und in allen Parteizentralen gehen die Manager davon aus, daß ohne »Wahlkampfkostenerstattung« ihr Job nicht mehr finanzierbar wäre.

Der ständige Kontakt mit allen Gruppen im Wahlkreis, die Beratung und Unterstützung der Bürgermeister und Gemeinden wurde zum Vorbild. Die Verwaltung und die Kommunalpolitiker in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen hielten allerdings deutlich weniger Kontakt, fühlten sich offenbar immer selbst stark genug (bis 1994, aber da war kein Partner mehr da).

Von meiner vorhergehenden Arbeit kannte ich ganz gut Herbert Wehner, Ernst Schellenberg, Elinor Hubert und Helmut Schmidt. Herbert Wehner hatte nie eine gesundheitspolitische Konferenz versäumt; mit Ernst Schelllenberg hatte ich am »Sozialplan für Deutschland« mitgearbeitet.

Bei der Konstituierung der Fraktion wurde ich stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises für Sozialpolitik und Obmann der Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik (womit damals auch die Zuständigkeit für die beginnende Umweltschutzgesetzgebung verbunden war).

Meine erste Plenarrede durfte ich zur Einbringung des Deutschen Weingesetzes halten; eine CDU-Kollegin gratulierte mir herzlich zu meiner Jungferrede und meinte: Natürlich mußte man zum Deutschen Weingesetz pfälzisch reden.

In der Fraktion fand ich mich relativ schnell zurecht. Das lag einmal daran, daß der Umgangston sehr freundschaftlich, zum Teil auch in natürlicher Weise respektvoll war. Ich habe nie sonst eine politische Gruppierung erlebt, in der so offen diskutiert wurde. Den vielbeschriebenen „Fraktionszwang“ gab es so nicht. Es wurde erwartet, daß man abweichende Meinungen auch offen äußerte und begründete. Wer im Plenum des Bundestages nicht mit der Mehrheit der Fraktion stimmen wollte oder konnte, sollte das sagen um die Fraktion vor Überraschungen zu schützen.

Ich selbst habe mehrfach, teilweise fraktionsintern, teils im Plenum abweichend von der Fraktionsmehrheit abgestimmt (z.B. „große Koalition“, „Notstandsverfassung“, „Parteienfinanzierung“, „§ 218 StGB“) ohne dass mir das je übelgenommen worden wäre.

Ich kam auch nicht als ganz Fremder in die Fraktion; immerhin war ich schon fast 20 Jahre Parteimitglied und war Delegierter auf einigen Parteitagengewesen. Herbert Wehner war ich wohl auf Fachkongressen aufgefallen. Helmut Schmidt kannte mich aus dem Bundesvorstand des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund).

Bis zum Ende der Regierung Erhard 1966 gab es im sozial- und gesundheitspolitischen Feld eigentlich nur kleine Gefechte; gegen eine fehlende Konzeption läßt sich schlecht kämpfen; Käte Strobel schrieb später darüber: »Unsere Leute, Elinor und Hans Bardens, haben Frau Schwarzhaupt schon das Leben sauer gemacht. Sie haben sie in der Fragestunde ständig mit medizinischen Fragen attackiert«.⁴

Mich einer der „Fraktionen in der Fraktion“ anzuschließen hatte ich keine große Neigung und meistens auch keine Zeit. Die Sitzungen des Arbeitskreises Rechtswesen fanden nach Abschluß der Tagesarbeit abends (bis nachts) in der Parlamentarischen Gesellschaft statt. Auch die fraktionsübergreifenden Absprachen für den nächsten Ausschußtag mussten abends (auch in der „Parlamentarischen“) stattfinden. Trotzdem wurde natürlich gemutmaßt. Anfangs haben mich manche als

⁴ Frauenpolitik als Beruf, Verlag Hoffmann und Campe

„Linken“ gesehen. Bei meiner ersten und einzigen Kandidatur für den Fraktionsvorstand (der damals noch viel kleiner war als heute) unterlag ich mit einer Stimme, eben mit der Begründung aus *einer* Ecke, ich ließe mich von links unterstützen. Einer meinte, ich brauchte mich nicht zu wundern, ich sei ja ein „Wehner-Jünger“. Später, Ende der 70er Jahre hat sich manches so verändert, daß ich mich zunehmend in der Gruppe fand, die sich heute „Seeheimer Kreis“ nennt.

Die mich später auf dem Parteitag in Hannover als „Reaktionär“ verurteilten, sind ja keine „Linken“. Eher würde ich diese nach 1986 nach vorn gedrückte Gruppe als anarcho-liberal bezeichnen, eine Gruppierung, deren Haltung sich zur Zeit in der Gesellschaft breit macht: Den Staat abschaffen, aber alles von ihm verlangen.

In all dieser Zeit war Herbert Wehner mir gegenüber ein kritischer, anregender, auch tröstender väterlicher Freund. Dabei hatten wir nie längere Aussprachen; oder es lief recht einseitig, indem er mich bat, zur Sache vorzutragen und sich dann einfach bedankte. Als ein neugewählter Vorstand einen Antrittsbesuch machen und seine Vorstellungen vortragen wollte, bat mich Herbert, das Gespräch zu führen und hörte aufmerksam zu. Mehr Zwiegespräch zwischen uns ergab sich bei den gelegentlichen Frühstücksbegnungen bei Bischof Kunst in der Vertretung der EKD: aber wohl auch um unsere gemeinsame Position in einer wichtigen Frage darzustellen.

Als der damalige Chefredakteur des „Vorwärts“ Gründer in einem Leitartikel meinen Vater und unsere Familie mies machte, schrieb Herbert Wehner an den Parteivorstand: „Hiermit lege ich mein Mandat als Herausgeber des „Vorwärts“ nieder. Begründung: „Bardens H.W.“

Er nahm mich mit an das Sterbebett seiner Frau Lotte – Herbert nahm aber auch seine Fürsorgepflicht gegenüber Mitarbeitern sehr ernst. So bat er mich gelegentlich nach Niedersachsen zu fahren um mich um einen Parteiangestellten zu kümmern, der gelähmt im Pflegebett lag.

Herbert Wehner kam ziemlich regelmäßig in den Wahlkreis, sprach auch auf Wahlkreiskonferenzen, auf denen meine Wiederwahl anstand. Er war wiederholt, auch zusammen mit Greta, zu Gast in unserem Haus. SO auch nach dem Mannheimer Parteitag. Er klagte, daß es in der Spitzengruppe der Partei so sehr (destruktiv) „menschle“. Am Nachmittag fuhren wir nach Elmstein (dort besuchte er auch unser Naturfreundehaus), wo ihn eine vielhundertköpfige Versammlung von Bürgern erwartete, die ihn offensichtlich feierte und verehrte. Ich konnte die Versammlung schließlich mit den Worten schließen: „Sieh nur Herbert: So menscht es bei uns.“

Noch einmal vor seinem Tod kam Herbert mit Greta zu uns, weil er noch einmal in Deidesheim in der „Kanne“ essen wollte. Er konnte kaum mehr reagieren, freute sich aber sichtlich, als Leute auf der Straße ihn erkannten und ansprachen. - Greta hält heute noch engen Kontakt.

Mit Herbert Wehners Tod war auch eine Stück Geschichte der Arbeiterbewegung abgeschlossen. In ihm hatte sich vieles harmonisch gelöst, damit wir neu beginnen konnten. Wie nötig wäre seine Gegenwart für das Zusammenwachsen in Deutschland gewesen.



Mit Dank für Dein Wirken, lieber Hans Bardens
gemeinsam mit Herbert im Bundestag.

Greta Wehner
1. Februar 1991

und viele gute
Wünsche für Dein begonnenes 65. Lebensjahr

Greta und
Herbert Wehmer

Weißdornweg 124
5300 Bonn? 29.5.81

Lieber Hans,

In der Anlage erhältst Du die Bitte -
sehr herzliche Bitte - um Herbert in
Deinen Arbeitsplan einzufügen
einen Berner bei Herbert ~~Wetter~~.

Herbert war der langjährige Bezirks-
geschäftsführer der SPD in Nord-Nie-
dersachsen.

Er ist an einer ihn ganz lähmen-
den Krankheit erkrankt, die dem
Körper aber nicht den Geist befallen
hat. Er ist jünger als ich und
lebt jetzt neuerdings in einem
Pflegeheim der Arbeiterwohlfahrt.

Offenbar keineswegs ein Haus, geplant
für Menschen, die geistige Regsamkeit
und Schaffenskraft besitzen und
...

An den
Fraktionsvorsitzenden der
SPD
Herrn Herbert Wehner
Bundeshaus
5300 Bonn

Lieber Herbert Wehner,

am 6. Juli hatte ich endlich Gelegenheit, unseren
Genossen Herbert ~~Gewerk~~ in Bremervörde aufzusuchen.
Ich will Dir jetzt nur einen kurzen Zwischenbescheid
geben und werde mich im Übrigen im Rahmen des Mög-
lichen bemühen, mich weiter um Herbert ~~Gewerk~~ zu
kümmern.

Ich fand ihn in recht guter psychischer aber doch
entsprechend seiner Krankheit recht eingeschränkter
körperlicher Verfassung vor. Wir haben uns lange unter-
halten wobei Herbert vor allem seine Sorgen über den
inneren Zustand der Partei ausgedrückt hat.

H.G. ist in dem Pflegeheim recht gut untergebracht und
die Atmosphäre ist auch sehr freundliche. Was fehlt
ist offenbar die Möglichkeit ausreichender palliativer
medizinischer Betreuung.

Ich habe mit einem recht kompetenten Neurologen Ver-
bindung aufgenommen, der mir empfehlen will, was man
evtl. zusätzlich noch tun könnte.

Es handelt sich um eine amyotrophe Lateralsklerose, eine
Nervenkrankheit, über deren Natur wir noch nicht viel
wissen und die kaum beeinflussbar ist.

Was H.G. als großen Mangel empfindet, ist, daß er kaum
mehr schreiben kann und im Liegen nicht mehr lesen
kann, weil er ein Buch oder anderen Lesestoff nicht mit
den Händen halten kann. Er möchte noch viele seiner Ge-
danken und Anregungen für die Partei zu Papier bringen.

Wahlkreis

Die Wahlkreisabgrenzung war zunächst recht günstig: Die Grenzen des Stadt- und Landkreises, des Wahlkreises und des Parteiunterbezirks waren identisch. Später fiel das alles auseinander. Die Verwaltungsreform änderte alle diese Grenzen. Mancher vermutete, daß die CDU-Landtagsmehrheit bei der „REFORM“ auch an andere Mehrheiten in den Gebietskörperschaften und in den Wahlkreisen dachte. Falls es so gewesen sein sollte: Die Methode hatte keinen Erfolg. Aus meinem Wahlkreis wurde das „rote“ Fußgönheim herausgenommen, und das „schwarze“ Rödersheim kam hinzu. Die Ergebnisse wurden für mich und die SPD nur noch besser.

Die Gegenkandidaten der CDU waren nicht unfair (Dr. Giuliani sogar ausgesprochen fair). Giuliani nahm ich gelegentlich mit in Mitgliederversammlungen der SPD um die Diskussion anzuregen (z.B. bei der Notstandsgesetzgebung). Mit Norbert Blüm führte ich im „Wahlkampf“ 1972 rund 10 Podiumsdiskussionen von der kleinen Landgemeinde bis zum Abschluß im Pfalzbau. Er war in seinen Diskussionsbeiträgen eher plakativ, auch etwas unerfahren. Als das Wahlergebnis am Sonntagabend feststand sagte er nur: Ich versteh`die Welt nimmeh!“

Mit Helmut Kohl gab es in Vorwahlzeiten keinen persönlichen Kontakt. Ich selbst hatte schon lange vor meiner Bundestagskandidatur Begegnungen im Wahlkreis; ich sprach bei Landjugendseminaren, hielt Vorträge im Rahmen der Kreisvolkshochschule und agierte in den 40er Jahren für die „christliche Gemeinschaftsschule“. Vorallem aber habe ich früh gute Beziehungen zu den Bürgermeistern und den Gemeinderäten gepflegt. Nach meiner ersten Wahl wurde ich bei dieser Kontaktpflege immer intensiver und wirksamer durch unseren damaligen Unterbezirksgeschäftsführer Josef Kaduk unterstützt.

Bei mindestens jährlichen Gemeindebesuchen (unabhängig von der „Farbe“ der jeweiligen Gemeinde) stellte sich ein gutes offenes Vertrauensverhältnis ein, das auch sicher die Grundlage für die Zustimmung bei Wahlen war.

Dabei geht es nicht darum, konkrete aktuelle Anliegen der Gemeinden gegenüber Behörden zu vertreten; deren Verhandlungs- und Vertragspartner ist in aller Regel das Land. Nein: Der Abgeordnete muß, gerade auch wenn er entschieden für die repräsentative Demokratie eintritt, ständig Kontakt mit den Wählern, mit den von der Gesetzgebung betroffenen halten, um den demokratischen Boden unter den Füßen nicht zu verlieren.

Der Bundestagsabgeordnete hat im Parlament seine Pflicht zu erfüllen, indem er vor allem in Arbeiterkreisen und Ausschüssen an der Gesetzgebung mitwirkt. Alles andere ist meist vordergründige Popularitätshascherei und spielt sich manchmal in

Formen ab, die mit dem Ernst und der Bedeutung des Auftrages nicht vereinbar sind.

Dem widerspricht nicht, daß ich mich doch im Rahmen meiner Möglichkeiten für die Entwicklung der Region einsetzte. Zusammen mit den Gewählten Vertretern des Unterelsaß, zu denen ich immer guten Kontakt hatte, setzte ich mich für Grenz-überschreitende Verkehrsplanung ein. Zusammen mit dem damaligen Straßburger Oberbürgermeister Pierre Pflimlin brachte ich im Europarat ein Memorandum ein, das von der Parlamentarischen Versammlung mit großer Mehrheit angenommen wurde. In dem Memorandum wurden Vorschläge gemacht, wie die Straßen- und Schienenverbindungen auf dem linken Rheinufer zwischen Ludwigshafen und Straßburg verbessert werden könnten (gesehen ist bis heute noch herzlich wenig). Ich war mit Werner Ludwig im Verkehrsministerium um nach Bildung der großen Koalition noch einmal über die Finanzierung der Bahnstiftungsverlegung in Ludwigshafen zu reden (mit einem gewissen Erfolg). - Aber das alles hat mit dem herkömmlichen Lokallobbyismus nichts zu tun.

Etwas anders muß die regelmäßige Sprechstundentätigkeit gewertet werden. Sie darf nie den Charakter einer Werbeveranstaltung annehmen. Aber der Politiker, dem Menschen vertrauen, muß einfach für viele Einzelne da sein, und wo er kann, muß er auch helfen. Mir hat über all die Jahre sehr geholfen, daß ich auch Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt war. Der Weg in die Sprechstunde des Wohlfahrtsverbandes ist doch viel leichter gefallen, als der ins Abgeordnetenbüro, zu einer Art „Obrigkeit“. Neben meinen selbstverständlichen beruflichen Pflichten, meinen Funktionen in der SPD, der Arbeiterwohlfahrt und den Naturfreunden waren mir so nach und nach eine Reihe sehr unterschiedlicher Aufgaben anvertraut worden. Ich hatte sie nicht alle von mir aus angestrebt; aber ich habe aus allen gelernt.

Früh hatte ich mit der Hygiene zu tun: Im Gefangenenlager war ich zuständig für die Fäkalienbeseitigung (Verbrennung) in meinem Cage.

Ich war später Betriebsrat, Arbeitsrichter und Leiter einer Einigungsstelle in einer Tarifaufeinandersetzung.

Man hatte mich in den Deutschen Rat für Landespflege berufen (Graf Bernadotte). Für einige Jahre war ich Sekretär der parlamentarischen Gruppe im Rat der Europäischen Bewegung.

Und schließlich war ich stellvertretendes Mitglied der Synode der EKD.

Da meint vielleicht mancher, das würde alles nicht so recht zusammenpassen. Aber eben doch: Es gibt keine feinen oder unfeinen Ämter. Wenn uns andere bitten, eine Arbeit zu übernehmen, haben wir zu folgen – wenn wir nicht den Eindruck haben ungeeignet zu sein.

„Begegnungen" mit Helmut Kohl.

Obwohl wir beide im Ludwigshafener Stadtteil Friesenheim aufwuchsen und die gleiche Schule besuchten, hatten wir bis nach dem Ende des Krieges keinen persönlichen Kontakt (man sah sich gelegentlich von weitem, wie 40 Jahre später auch).

Ich habe noch vage in Erinnerung, daß ich einmal in seiner Klasse aushilfsweise zu unterrichten hatte (nach dem Abitur war ich für einige Monate als Aushilfslehrer an unserer Schule beschäftigt).

In diese Zeit fiel auch die erste Kommunalwahl in der französischen Zone. In der immer noch absolut unbeleuchteten, finsternen Stadt zogen Grüppchen junger Leute herum, um Plakate zu kleben für Parteien, die sie selbst zum großen Teil noch nicht richtig kannten. In einer solchen Nacht begegnete ich mit meinen jungen Freunden auch einer Gruppe Kohl (Helmut Kohl war damals in Friesenheim Vorsitzender der katholischen Jugend und hatte von dort seine Helfer).

Sie waren gerade dabei, das Schaufenster der Buchhandlung Wolf von oben bis unten mit CDU-Plakaten zu bekleben.

Ich herrschte sie energisch an, worauf sie Leimeimer und Plakate fallen ließen und davon liefen (mit Helmut Kohl, der im Weglaufen noch sagte: 'das war der Bardens'). Wenig später wurde Helmut Kohl mit Hilfe seiner jungen Freunde, die alle der CDU beitraten, zum Ortsvereinsvorsitzenden in Friesenheim gewählt.

In jenem Winter war es auch, daß wir uns im alten Kaufhof in der "Brücke"⁵ trafen, um die "Arbeitsgemeinschaft Europäische Wirklichkeit" zu gründen. Wir waren beide gleichberechtigt im inoffiziellen Vorstand; mit unserer Europa-Orientierung war es uns beiden ernst.

Trotzdem: nach unserer ersten öffentlichen Veranstaltung zog sich Helmut Kohl aus der Gemeinsamkeit zurück. Unser erster Gastredner war Arno Hennig, damals Kulturreferent beim Parteivorstand der SPD. Er sprach über "Christentum und Sozialismus, zwei Seiten einer Münze". Seine Darstellung war so eindrucksvoll, daß in Ludwigshafen noch lange darüber diskutiert wurde. Das war ein Erfolg für die "Soze" (kohlsche Ausdrucksweise).

An eine andere Begegnung aus dieser Zeit erinnere ich mich noch. Wir diskutierten über die von Kohl vertretene Forderung an die Politik, alles zu tun, um die Men-

⁵"Die Brücke", war der Begegnungsort für die interessierten und engagierten Angehörigen meiner Altersgruppe, unabhängig von der konfessionellen oder politischen Orientierung.

schen zufrieden zu machen. Ich vertrat entschieden die gegenteilige These, nämlich, daß Demokratie und Freiheit Menschen brauchen, die auch kritisieren und fordern können und wollen.

Dabei half mir sehr Paul Tillichs⁶ 1933 verbotene Arbeit "Die sozialistische Entscheidung", in der er schrieb, Konservative seien an ihrem rückwärts gewandten, ursprungsmythischen Denken erkennbar, während Sozialisten und Liberale etwas anderes wollen als das, was sie vorfinden.

Danach verlor ich Helmut Kohl fast ganz aus den Augen, auch, weil ich aus beruflichen Gründen einige Jahre in Pirmasens und Kaiserslautern war.

Nachdem er Ministerpräsident und ich Abgeordneter geworden war, lud er die rheinland-pfälzischen Abgeordneten zu einem Abendessen in die Landesvertretung ein. In einer kurzen, "launigen" Tischrede sagte er, er wolle zunächst mich begrüßen; ich sei einer der gebildetsten Männer, die er kenne, aber ein schlechter Politiker. - Möglichkeit zum Antworten gab es keine, sodaß ich auch bald die Runde verließ.

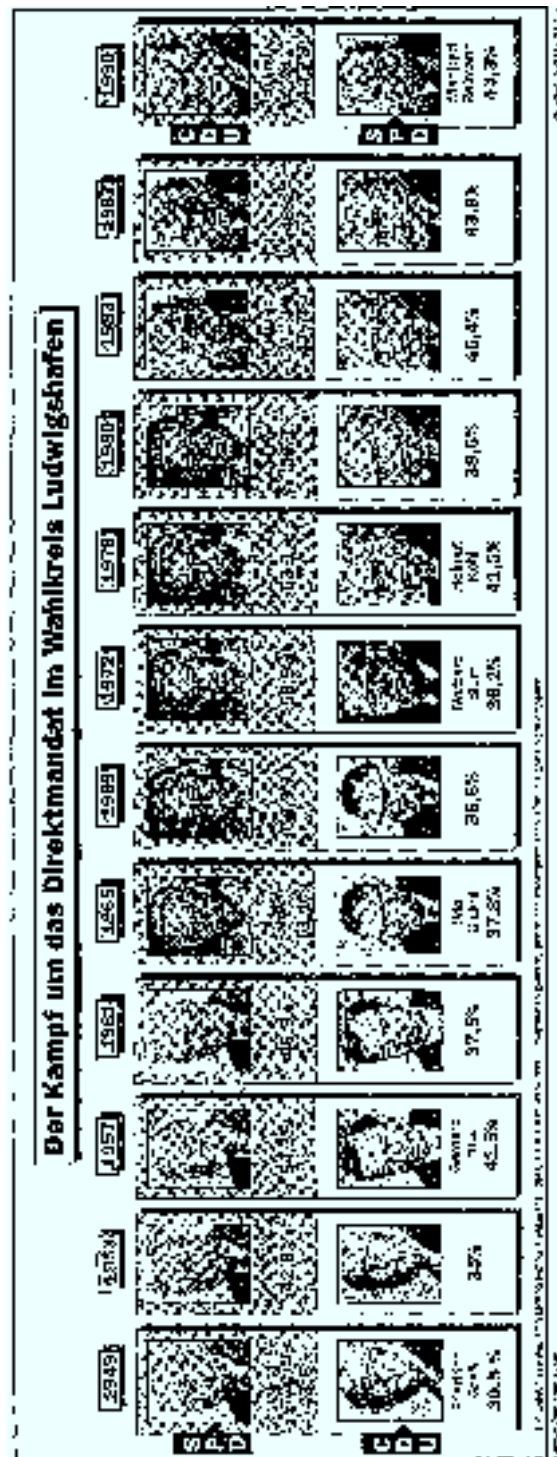
Helmut Kohl hat danach zweimal versucht, mir den Wahlkreis abzunehmen; die Wähler gaben mir aber immer die absolute Mehrheit der Erststimmen. Auffällig war, daß Helmut Kohl auch während der Wahlkämpfe jede persönliche Begegnung oder gar öffentliche Auseinandersetzung mit mir peinlich vermied, ganz im Gegensatz zu seinen beiden Vorgängern (Udo Giulini und Norbert Blüm), mit denen ich immer den Spaß eines lebhaften Dialogwahlkampfes hatte.

Durch seine "Zurückhaltung" ging bedauerlicherweise ein Stück demokratischer Lebhaftigkeit in unserer gemeinsamen Heimatregion verloren.

Ich will hier nicht nach den Ursachen für dieses Verhalten suchen; sicher spielt die primäre Persönlichkeitsstruktur eine Rolle. - Wir beide sind in völlig unterschiedlichem Milieu aufgewachsen: er in einer streng katholisch-konservativen Beamtenfamilie - ich, soweit das materiell möglich war, in einer recht liberalen Arbeiterfamilie mit völlig anderen sozialen Kontakten.

Helmut Kohl ist gerade gut drei Jahre- jünger als ich; aber dieser "kleine Unterschied" bewirkte auch, daß er die Welt nicht mehr aus der Perspektive des jungen Soldaten und Kriegsgefangenen betrachten konnte (kommt vielleicht daher der ominöse Satz von der "Gnade der späten Geburt" ?).

⁶Paul Tillich, evangelischer Theologe, Ordinarius für Philosophie in Frankfurt/M., Sozialdemokrat, emigrierte 1933 in die USA. Sein letztes Buch in Deutschland "Die sozialistische Entscheidung", wurde gleich 1933 verboten, - 1962 erhielt er den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels,



Wir meinen

Der Erdrutsch blieb aus

Von Ulrich Zink

Ludwigshafen bleibt eine Hochburg der Sozialdemokraten. Man kann es sicherlich nicht allein damit begründen, daß die SPD in der Chemiestadt eine überaus starke Stammwählerschaft besitzt. Die Super-Ergebnisse von 1972 wurden freilich nicht mehr erreicht, aber daß die Sozialdemokraten in Ludwigshafen bei den Erststimmen auf 54,6 Prozent kamen, ist ohne Zweifel auch auf die Person von Dr. Hans Bardens zurückzuführen. Ihm liegt es nicht, ständig auf die Pauke zu hauen, er macht seine Politik im Stillen. Er ist da, wenn der Bürger den Abgeordneten braucht, er hilft in Alltagsfragen. Dies hat sich in weiten Kreisen der Bevölkerung herumgesprochen. Hans Bardens ist kein Mann, der Schlagzeilen liebt. Für Journalisten mag er nicht der bequemste Partner sein, aber die Bevölkerung legt andere Maßstäbe an. Sie honorierte erneut seine Anständigkeit, seinen Fleiß und seine verbindliche Art, zu helfen, wenn Not am Mann ist. Vor allen Dingen muß auch dies klar betont werden: Hans Bardens ist in Ludwigshafen in all den Jahren stest präsent gewesen, er war (und wird es natürlich auch in den kommenden vier Jahren sein) für die Ludwigshafener der Mann in Bonn. Für Hans Bardens ist es ein persönlicher Erfolg, daß ihm die Bevölkerung von Ludwigshafen einen so großen Vertrauensbeweis entgegengebracht hat.

"Die Rheinpfalz"

4. 10. 76.

Bardens hat den Kanzlerkandidaten der Union, Dr. Helmut Kohl, in dessen Heimatstadt klar hinter sich gelassen. Für Helmut Kohl mag es ein wenig enttäuschend sein, daß es auch ihm nicht gelungen ist, wenigstens ein bißchen die absolute SPD-Mehrheit in der Chemiestadt ins Wanken zu bringen. Aber immerhin glückte es ihm, das überaus schwache Abschneiden von Dr. Norbert Blüm im Jahr 1972 zu übertreffen. Beachtlich ist auch dies: Die Union hat das Landtagswahlergebnis von 1975 mit 43,1 Prozent (es war das beste, das sie je bekommen hatte) in Ludwigshafen nicht erreichen können. Es wurde auch diesmal wieder deutlich: Einen Wahlkampf kann man nicht fern der Heimat erfolgreich bestreiten. Man muß sich vor Ort sehen lassen, man muß mit den Menschen sprechen, man muß ihnen beweisen, daß man ständig für sie da ist, daß man ihr Partner ist. Helmut Kohl hatte viele Verpflichtungen auswärts, das mag manches entschuldigen. Aber: Der Wähler läßt dies offensichtlich nicht gelten. Er sieht manches anders.

Dem Kanzlerkandidaten der Union ist es jedenfalls nicht gelungen, in einer sozialdemokratischen Hochburg einen Erdrutsch zu bewirken. Auch der Slogan: „Ein Ludwigshafener Kanzler für Deutschland“ hat in Ludwigshafen nicht gezogen.

Gesundheitspolitik (2)

Mit Beginn der großen Koalition und erst recht in der sozialliberalen Koalition ab 1969 begann eine Phase der schrittweisen Verwirklichung all dessen, was in vielen Jahren vorgedacht war.

Die ernstliche Arbeit an einer wirksamen Umweltschutzgesetzgebung setzte 1970 auf Grund des damaligen Umweltschutzberichts der Bundesregierung ein.

In der Debatte begann ich meinen Beitrag mit folgenden Feststellungen, zu denen ich auch heute noch stehe:

»Wir haben in der Bundesrepublik eine Periode der Entwicklung hinter uns, die ganz der Sicherung des wirtschaftlichen Fundaments unseres Staates, ... und der Mehrung auch des privaten Wohlstands diene. Es war verständlich und nach dem totalen Zusammenbruch gerechtfertigt, daß dies im Vordergrund stand, denn die meisten von uns mußten ohne Besitz und zunächst auch scheinbar ohne große Chancen neu beginnen. Unser Volk hat unter schwierigsten Umständen diese enorme Aufbauleistung vollbracht. Dabei ist aber ein bedenklicher Rückstand an öffentlichen Investitionen eingetreten, soweit sie nicht unmittelbar der wirtschaftlichen Infrastruktur dienten. Das gilt für Teile des Gesundheitswesens ebenso wie für Bildungseinrichtungen. Besonders gravierend aber macht sich bemerkbar, daß jahrzehntelang zu wenig für die Sicherung einer menschenwürdigen Umwelt getan wurde. Ich sage ausdrücklich »menschenwürdig«, weil ich von anderen Umweltschutzmotiven, die nicht am Menschen orientiert sind, nicht viel halte. Auch Umweltschutz muß auf den Menschen mit seinen gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse bezogen sein. Anders dient er dem Ziel nicht. Der Mensch hat von einer auch juristischen Ansprüchen genügenden Umwelt nichts, wenn er in dieser Umwelt verhungert oder wenn er die Möglichkeiten der Technik in dieser Umwelt nicht mehr *vernünftig* nutzen kann.«

Am Schluß meiner Rede sagte ich:

»Auf einen Aspekt unseres Anliegens will ich am Schluß noch eingehen. Umweltschutz ist nicht eine Aufgabe, die von staatlichen Instanzen oder der Industrie allein bewältigt werden könnte. Wenn nicht alle Bürger diese Aufgabe als ihre, in diesem Sinne als eine wirkliche Gemeinschaftsaufgabe begreifen, wird vieles von dem, was wir hier beschließen, unzulänglich bleiben.

Erst neulich machte ich einen Spaziergang in einem rekultivierten Braunkohlegebiet hier ganz in der Nähe. Dort hat man die Schäden an der Landschaft in vorbildlicher Weise korrigiert. Mitten in dieser Wald- und Erholungsland-

schaft liegt ein kleiner See. Er ist inzwischen nach 2 Jahren schon zu einem der übelsten und ekelerregendsten Schuttabladeplätzen geworden, die ich je gesehen habe.

Ich glaube, daß noch viel Erziehungsarbeit zu leisten ist, um unsere Mitmenschen zum rechten sozialen und demokratischen Verhalten gegeneinander und gegenüber ihrer Umwelt zu bewegen.

Das ist eine Aufgabe, die wir vor uns haben, die nicht mit Geld allein zu lösen ist, sondern die auch die Mitarbeit aller erfordert. Vielleicht erreichen wir dann, daß wenigstens die nächste Generation ein vernünftigeres Verhältnis zu ihrer Umwelt entwickelt, als wir selbst es zustande gebracht haben.

Der biblische Auftrag an uns, uns die Erde untertan zu machen, darf, so meine ich, nicht dahin verstanden werden, unsere Umwelt zu vergewaltigen, sondern heißt, sie für den Menschen zu gestalten. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe.«

In der Folge hatte ich mich vor allem auf drei Arbeitsbereiche zu konzentrieren, die aber in engem innerem Zusammenhang zu sehen sind:

1. Gesundheitspolitik im engeren Sinn (Hygiene, Lebensmittel- und Arzneimittelrecht, Heilberufe, Krankenhäuser);
2. Umweltschutz (Wasser, Boden und Luft); und
3. Strafrechtsreform (die für mich mit dem Kastrationsgesetz begann und über die Reform des § 218 StGB bis hin zu den Vorschriften über die Zwangsernährung von Gefangenen reichte.)

In diesem Prozeß war es mein ganz persönlicher Erfolg, eine moderne Krankenhausgesetzgebung, die Reform der ärztlichen Ausbildung und die gesetzliche Regelung Berufszulassung für die „medizinischen Assistenzberufe“ durchgesetzt zu haben.

Dabei gab es bis zur Wahl 1972 immer eine nahtlose Zusammenarbeit mit Käthe Strobel und Ludwig von Manger-König.

Zunehmend schwieriger wurde die Auseinandersetzung mit Angriffen aus der eigenen Partei, die überwiegend von ideologischen Gruppen in Südhessen und Baden-Württemberg kamen. Friedel Läßle versuchte sich mit „gesundheits“-politischen Vorschlägen bekannt zu machen (Ziel inzwischen erreicht: Er ist Minister): Sein Texteschreiber war Dr. Schölmerich, der im Streit die DDR-Gesundheitsverwaltung verlassen hatte; aber das war wohl kein Streit in der Sache. Herbert Wehner sagte mir einmal als ich ihm vortrug, daß Sch. um Aufträge der Partei bitte:

„Laß die Finger von ihm; der Mensch ist nicht von dieser Welt.

Ständige Öffentlichkeitsarbeit war notwendig, auch um die überwiegend unpolitisch verängstigte Ärzteschaft von unserer sachlichen Kompetenz und unserem Willen zu einer menschlichen Erneuerung zu überzeugen.

Während meiner ganzen Arbeit im Rahmen der Gesundheitsreform habe ich einige Grundsätze strikt beachtet, die ich auch für die Zukunft als unabdingbar ansehe:

1. Die Verantwortung des Arztes für Leben und Wohlbefinden der ihm anvertrauten Menschen ist nicht delegierbar. Er ist für die Diagnosestellung verantwortlich, das heißt er hat Risiken und Chancen therapeutischen Handelns abzuwägen und schließlich zu entscheiden (Indikation).
2. Ein Arzt darf nie ohne wirksame Einwilligung des kranken oder hilfesuchenden Patienten handeln. Dazu ist es erforderlich, daß der Patient voll informiert ist. Bei einwilligungsunfähigen Patienten muß ein Richter die Einwilligung ersetzen.
3. Ein Arzt darf nie gegen seine Überzeugung auf Anordnung einer Behörde oder einer anderen mächtigen Instanz handeln. Ich sehe noch Krankenblätter aus den Kriegsjahren vor mir, auf denen lapidar vermerkt war: Sterilisierung aus eugenischen Gründen auf Anordnung der Gauleitung (Städtischen Krankenhaus Ludwigshafen, Frauenklinik).

Auf diese Grundsätze habe ich bei der einschlägigen Gesetzgebung immer geachtet, bis hin zum Zentralregistergesetz, in dem die Juristen auch gern (lebenslang!) registriert hätten, wenn ein psychisch Kranker auf Grund einer richterlichen Entscheidung in klinische Behandlung eingewiesen worden war.

Ich war für unsere Juristen deshalb oft ein hinderlicher Störenfried. Aber sie haben mich respektiert. Sie haben mich sogar (Herbert Wehner war Fraktionsvorsitzender) zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Arbeitskreises für Rechtswesen und zum Obmann für den Strafrechtsausschuß gewählt. Damit war auch die Voraussetzung geschaffen, daß ich Berichterstatter für das Gesetz zur Reform des §218 wurde und die Rede zur Einbringung des Gesetzes zur 3. Lesung halten konnte.

Auf dem deutschen Ärztetag 1969 (kurz vor Wahlkampfbeginn) sollte Helmut Schmidt für die Partei sprechen. Im Parteivorstand wollte man wahrscheinlich, daß uns jemand vertritt, der politisch potent genug aber gleichzeitig von dem ideologischen Krach noch unberührt war. An diesem Dienstag ließ mich Helmut Schmidt um 12 Uhr rufen, weil er bis über beide Ohren in Arbeit steckte und bat mich, für ihn eine Rede zu diktieren. 1 ½ Stunden später ließ er mir sagen, daß er nicht nach Hannover könne, ich solle das machen. Und so packte ich zusammen und flog mit der Bundeswehr nach Hannover, wo ich um 15 Uhr zu den Kollegen sprach:

Sonderdruck
„DEUTSCHES ARZTEBLATT – ÄRZTLICHE MITTEILUNGEN“

66. Jahrgang / Heft 37, S. 2501–2503 / 13. September 1969 / Postverlagsort Köln

Nachdruck – auch auszugsweise – photomechanische Wiedergabe und Übersetzung
nur mit Genehmigung des Deutschen Ärzte-Verlages, Köln-Berlin, Köln-Braunsfeld,
Max-Wallraf-Straße 13

Rede des SPD-Bundestagsabgeordneten
Dr. med. Hans Bardens

Herr Präsident, meine Damen und Herren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe erst eine knappe Stunde vor dem Abflug der Maschine erfahren, daß ich für unseren Fraktionsvorsitzenden einspringen muß, und ich hatte deshalb leider keine Gelegenheit, Ihnen eine literarisch ebenso wertvolle Einleitung vorzubereiten, wie das Herr Kollege Barzel am Sonntag tun konnte. Ich bitte deshalb um Entschuldigung, ich bitte auch um Entschuldigung wegen meiner Aufmachung. Eine Journalistin meinte gerade vorhin draußen, ich hätte etwas von APO an mir, aber das liegt eben auch daran, daß ich direkt vom Arbeitsplatz hierher kam.

Die Ärzteschaft hat vor vier Jahren, vor der letzten Bundestagswahl, auf dem Ärztetag die Parteien gefragt, wie die Gesundheitspolitik in den nächsten Jahren laufen wird, wenn die oder die Mehrheit im Bundestag eine Regierung bilden könnte. Und ich glaube, daß Sie jetzt ein Recht darauf haben, von den Parteien zu erfahren, was sie auf diesem Gebiet tun wollen. Man könnte zwar sagen, die Parteien – für meine Partei kann ich es ganz genau sagen – haben vor Jahren schon ihre gesundheitspolitischen Programme beschlossen, aber in der Politik gibt es immer wieder aktuelle Entscheidungsnotwendig-

keiten, so daß man immer wieder die Politiker danach fragen muß, wie sie nun in der oder der konkreten Einzelfrage handeln wollen. Für uns Sozialdemokraten ist die Gesundheitspolitik seit einigen Jahren ein autonomes, wichtiges, selbständiges Gebiet der Politik geworden. Wir Gesundheitspolitiker aller Parteirichtungen mußten lange genug darum kämpfen, bis diese Eigenständigkeit der Gesundheitspolitik allgemein anerkannt wurde. Aber seit einigen Jahren ist das in unserer Partei eine Selbstverständlichkeit. Wir haben uns auf dem Parteitag in Karlsruhe die gesundheitspolitischen Leitsätze gegeben, an denen ich mitarbeiten durfte, und alles, was an weiterer politischer Programmatik entwickelt wurde, ist auf diesen Leitsätzen aufgebaut. Nun werden Sie vielleicht fragen, was ist von diesem gesundheitspolitischen Programm der Sozialdemokratie in der Zeit, in der sie an der Regierung beteiligt ist, realisiert worden.

Die Große Koalition mußte zunächst einmal wieder die finanziellen und wirtschaftspolitischen Grundlagen sichern, um Sozialpolitik und Gesundheitspolitik in vernünftiger Weise treiben zu können. Diese Arbeit ist abgeschlossen. Darüber hinaus ist ein Gesetzgebungszeitraum von zweieinhalb Jahren nicht allzulang. Wer die Gesetzgebung in unseren Parlamenten, die sicher in mancher Hinsicht kritikwürdig ist, kennt, weiß, wie wenig wesentliche große Reformen in dieser Zeit möglich sind. Es sind immerhin in dieser Zeit einige Berufsgesetze, vor allem für die sogenannten Heilhilfsberufe, verabschiedet worden und zum Teil auch noch welche in Arbeit. Das ist die Bundesärzteordnung, die wir, wie Herr Dr. Barzel bereits sagte, in dieser Legislaturperiode noch verabschieden wollen; es sind meines Erachtens sowohl in der allgemeinen Politik, in der Finanz- und Wirtschaftspolitik als auch in der Gesundheitspolitik Grundlagen gelegt worden, die es möglich machen, daß man ganz entscheidend an die Aufgaben herangehen kann. Über die wirtschaftliche Bedeutung auch der Gesundheitspolitik ist schon gesprochen worden.

Wir haben festgestellt, daß eine vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik Grundlage für eine moderne Gesundheitspolitik sind, andererseits aber glaube

ich, daß eine moderne Gesundheitspolitik, die allen wissenschaftlichen Forderungen entspricht, auch eine wesentliche Grundlage dafür ist, daß man in Zukunft überhaupt noch Wirtschaftspolitik treiben kann.

Ich will auf einige strittige Fragen, die zwischen der Ärzteschaft und der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion auf Grund von Mißverständnissen entstanden, eingehen. Zunächst zum Thema Lohnfortzahlung und Krankenversicherungsreform: Im sozialdemokratischen Gesetzentwurf steht zu diesem Komplex nichts über Kostenbeteiligung der Versicherten im Bereich der Krankenversicherung. Das bedeutet nicht, daß diese Ablehnung der Kostenbeteiligung eine dogmatische Festlegung wäre, es heißt einfach, daß man erst dann über solche Stichworte reden kann, wenn das Gesamtkonzept einer Krankenversicherungsreform auf dem Tisch des Bundestages zur Beratung liegt. Wir wollten jetzt an der Krankenversicherung nicht mit so detailliert-punktuellen Einzelaktionen herumflicken. Ein weiterer wesentlicher Punkt unseres Gesetzentwurfs ist eine wesentliche Anhebung der Pflichtversicherungsgrenze und der Beitragsberechnungsgrenze für krankenversicherte Angestellte. Ich weiß zwar, daß das im Kreis der Ärzteschaft umstritten ist, aber wenn Sie überlegen, daß die Pflichtversicherungsgrenze zur Zeit bei 900 DM liegt, dann werden Sie mir zustimmen, daß es im Grunde heute nicht mehr zumutbar ist, daß nur der Angestellte — der Arbeiter ist in einer völlig anderen Situation — mit diesem Einkommen auf den Arbeitgeberanteil zum Krankenversicherungsbeitrag verzichten sollte.

Ich will nur noch einmal darauf hinweisen, daß die Lohnfortzahlung selbst für uns eine gesellschaftspolitische Aufgabe darstellt, die überfällig ist und unbedingt gelöst werden muß, die Reform der Krankenversicherung scheint uns eine Sache zu sein, die viel zu umfangreich und viel zu diffizil ist, als daß man sie jetzt nebenbei mit der linken Hand angreifen könnte. Zum Stichwort ärztliche Ausbildung nur einige Bemerkungen: Wir werden versuchen, die Bundesärzteordnung und die Approbationsordnung, auf die wir einigen Einfluß haben werden, so zu gestalten, daß sie draußen möglichst flexibel angewandt wer-

den kann. Es wird, im Gegensatz zur bisherigen Ausbildung, wesentliche Änderungen im Stoffkatalog für die ärztliche Ausbildung und in der Art der Vermittlung des Stoffes geben müssen. Und solche Änderungen müssen elastisch gehandhabt werden können, daß einmal der Übergang möglich wird, zum anderen, daß die weitere Anpassung an neue Anforderungen möglich bleibt. Wir werden also für diese Elastizität, vor allem in der Gestaltung des klinischen Studiums, plädieren. Ich bin vielen Kollegen außerordentlich dankbar, daß sie uns bei der Vorbereitung dieser Arbeit so sehr geholfen haben.

Und nun zum Thema Staatsmedizin: Ich habe mich im Bundestag, auf ärztlichen Veranstaltungen und in Versammlungen draußen immer wieder mit dem unerschweligen Vorwurf vieler Ärzte auseinandersetzen müssen, die Sozialdemokraten strebten eine staatsmedizinische Versorgung der Bevölkerung an, sie strebten eine Sozialisierung der Medizin an. Ich selbst war praktischer Arzt, bevor ich in den Bundestag kam. Ich bin deshalb in die Politik gegangen, um zu verhindern, daß der Staat allzusehr in das Verhältnis zwischen Arzt und Patient hineinregiert. Ich habe in meiner Partei und in der Bundestagsfraktion der Sozialdemokratie einen Kreis von Freunden gefunden, überwiegend die Gesundheitspolitiker in dieser Fraktion, die sich immer für die ärztliche Freiheit eingesetzt haben und auch weiter einsetzen werden.

Wir wissen, daß es unmöglich ist, eine moderne fortschrittliche Gesundheitspolitik zu treiben ohne die Zustimmung der Ärzteschaft. Und wir wissen, daß die Freiheit der ärztlichen Entscheidung auch ihre materielle Basis haben muß. Aber Sie sollten auch daran denken, daß der Gesetzgeber immer noch andere Dinge mit berücksichtigen muß. Ich halte es für falsch, Ihnen kurz vor der Bundestagswahl nur Dinge zu sagen, die angenehm und schön sind.

Ich meine, Sie sollten wissen, daß der Gesetzgeber auch finanzpolitische und allgemein sozialpolitische Notwendigkeiten bei seinen Überlegungen zur Gesundheitspolitik berücksichtigen muß. Ich wäre dankbar, wenn die-

ses Mißtrauen, das zum Beispiel auch aus dem Bericht zum diesjährigen Ärztetag spricht, so schnell wie möglich abgebaut werden könnte. Die Gestaltung einer wirklich modernen Gesundheitspolitik hat erst begonnen. Ich bin überzeugt, wir werden diese Arbeit nur leisten können, wenn wir tatsächlich vertrauensvoll miteinander reden.

Etwas Mißtrauen ist sicher angebracht, aber zuviel an Mißtrauen macht das Gespräch unmöglich. Um allen eventuellen Mißdeutungen noch einmal vorzubeugen, möchte ich hier wiederholen, was unser toter Freund Fritz Erler auf dem 68. Deutschen Ärztetag in Berlin herausgestellt hat. Er sagte dort, und das gilt für unsere Partei und unsere Fraktion und wird in Zukunft richtig sein, die freie Arztwahl muß auch für die präventive Medizin gelten.

Zum Schluß noch vier Punkte, die wir auf unserem Godesberger Sonderparteitag vor wenigen Wochen als gesundheitspolitisches Kurzprogramm für die nächsten vier Jahre beschlossen haben:

1. Die wachsenden Möglichkeiten des technischen Fortschritts müssen für den Schutz der Gesundheit des Menschen eingesetzt werden.
2. Vorbeugende Gesundheitspflege und die Frühdia-
gnose von Krankheiten werden durch gezielte Vorsorge-
untersuchungen intensiv weiterentwickelt werden. Die
Erkenntnisse der modernen Arbeitsmedizin müssen über-
all zugunsten des Arbeitnehmers angewandt werden.
3. Für die Bekämpfung der weitverbreiteten Krank-
heiten unserer Zeit, wie Krebs, Herz-Kreislauf-Schäden,
Stoffwechselkrankheiten, werden alle Möglichkeiten
der medizinischen Wissenschaft mobilisiert werden müs-
sen.
4. Ein bedarfsgerecht gegliedertes System leistungs-
fähiger Krankenhäuser muß den gleichberechtigten An-
spruch aller Bürger auf eine Krankenhausversorgung si-
chern, die den heute gegebenen Möglichkeiten der Wie-

derherstellung von Gesundheit und Leistungsfähigkeit entspricht. Für diese Versorgung muß die Finanzierung sichergestellt werden.

Bei der Durchsetzung dieser Ziele, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wird die deutsche Ärzteschaft stets ein willkommener Weggenosse sein.

Deutscher Bundestag 5. Wahlperiode - 183 Sitzung. Bonn, Mittwoch, den 26. Juni 1968

Präsident D. Dr. Gerstenmaier: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir fahren in der Aussprache fort. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Bardens.

Dr. Bardens (SPD) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Gesundheitspolitik war in den letzten zwei Jahren im Bewußtsein der Öffentlichkeit, aber auch wohl in der Meinung eines, Teiles dieses Hauses etwas in den Hintergrund verschwunden, etwas in den Schatten der großen Politik, der Außen- und Wirtschaftspolitik, getreten. Wer gesundheitspolitische Anliegen zu vertreten hatte, wurde doch immer so etwas als Außenseiter betrachtet, als jemand, der ein Randgebiet der Politik bearbeitet. Sicher, vor einiger Zeit war es ja so, daß für manche Mitglieder dieses Hauses gewissermaßen plötzlich und unerwartet die materielle Basis für die Sachpolitik geschwunden war und daß man zunächst einmal wieder versuchen mußte die Grundlage zu erarbeiten, auf der die Alltagsvorsorge für die Bürger in unserem Staat möglich wird. Aber jetzt ist es eben an der Zeit, sich wieder um diese Dinge zu kümmern.

Wir meinen, daß die Gesundheitspolitik gewissermaßen die menschliche Infrastruktur für die Industriegesellschaft der Zukunft mit sichern soll. Es hat keinen Sinn, zu glauben, daß es ausreicht, die rein materielle Infrastruktur zu sichern. Verkehrswege und Energieversorgung allein machen uns das Überleben und das vernünftige Leben in der Zukunft nicht möglich. Wir müssen die Menschen in unserem Lande in die Lage versetzen, körperlich, geistig und seelisch die Belastungen auszuhalten, die auf sie zukommen werden. Auch noch so weitgehende Rationalisierungen in der Industrie und in der Wirtschaft werden eben die Wirtschaft und die Industrie nicht frei machen von der Notwendigkeit menschlicher Leistung. Die Menschen müssen diesen Prozeß tragen und ertragen, und wir müssen sie dazu in die Lage versetzen.

Wir haben in letzter Zeit häufig darüber gesprochen, daß wir die Gesellschaft, daß wir die Menschen in unserem Lande mobil und adaptionsfähig machen müssen für die Aufgaben und Belastungen, die auf sie zukommen. Das muß in zwei Bereichen geschehen - darüber ist heute morgen schon gesprochen worden -, im Bereich der Ausbildung und beruflichen Weiterbildung des Bildungswesens überhaupt, aber daneben gleichwertig auch im Bereich der Gesundheitspolitik, der Gesundheitsvorsorge für diese Menschen. Wir hatten in dieser ersten größeren - ich meine das jetzt gar nicht quantitativ, wenn ich in den Saal sehe - gesundheitspolitischen Debatte in diesem Hause die Chance, unseren anderen Kollegen, den Verantwortlichen in den Ländern, und der Öffentlichkeit die Notwendigkeiten und Zusammenhänge darzustellen. Ich habe aber den Eindruck, daß diese Chance heute morgen etwas

verfehlt wurde. daß im Rahmen dieser Debatte damit begonnen wurde, einen vorzeitigen Wahlkampf im Bereich der Gesundheitspolitik zu starten, und das sollte doch nicht sein Es sind so wenige, die wirklich um das Anliegen wissen,

um das es uns allen gehen sollte und das hier zunächst einmal vorgetragen werden sollte. Es ist ja eine ganze Menge, was wir gemeinsam vertreten können und was nach unserer gemeinsamen Auffassung notwendig ist.

Frau Heuser hat heute früh versucht, die Sozialdemokraten wieder in einer Art anzuschwärzen, die einfach nicht angeht Nicht nur meine Partei ist hier angegriffen worden. ganz besonders ich persönlich fühle mich betroffen, wenn behauptet wird. die Sozialdemokraten wollten die Medizin verstaatlichen, seien daran, die Ärzte zu sozialisieren In dieser Richtung sind doch diese Anwürfe gegangen. Ich selbst komme aus der Praxis eines Kassenarztes. Ich habe jahrelang bis zum Beginn meiner Tätigkeit hier den Beruf eines praktischen Arztes ausgeübt. Der Grund, warum ich mich um Gesundheitspolitik zu kümmern begonnen habe liegt in meiner Erfahrung als praktischer Arzt, liegt darin, daß ich spüren mußte daß das Verhältnis zwischen Arzt und Patient von sehr vielen Einflüssen, die auch von außen, von der Politik, herkommen. gestört wird; aber nicht nur von der Politik her gestört wird, sondern häufig auch von Selbstverwaltungseinrichtungen im Bereich der Kassen und im Bereich des Berufsstandes. Ich selbst bin deshalb zur Gesundheitspolitik gegangen, habe mich um Gesundheitspolitik gekümmert, weil ich eben die Freiheit dieses Verhältnisses besser gewahrt sehen wollte, als sie bis dahin gewahrt ist. Deshalb habe ich mich seit über zehn Jahren intensiv darum bemüht, das gesundheitspolitische Programm meiner Partei mitzugestalten. Ich habe wesentlich dabei mithelfen dürfen.

Wenn Sie, Frau Heuser, so freundlich sein wollten, in Zukunft, wenn Sie unsere Gesundheitspolitik beurteilen wollen, zunächst einmal dieses Programm, das für uns verbindlich ist, zu lesen, dann wäre das besser, als irgendwelche obskuren Äußerungen. in irgendeinem Pressedienstartikel zur Grundlage des Angriffs auf uns zu machen.

(Abg. Frau Dr. Heuser: Entschuldigen Sie bitte, den können Sie doch nicht als obskur bezeichnen! - Weiterer Zuruf von der FDP: Das war der Pressedienst der SPD!)

Das wird bei Ihnen gelegentlich genauso passieren. Das ist durchaus denkbar, und ich würde es Ihnen nicht einmal vorwerfen. Kompetent für die Interpretation unserer Gesundheitspolitik sind die Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion hier im Hause die diese Gesundheitspolitik gestalten.

(Zustimmung bei der SPD.)

Frau Dr. Heuser, so manches, was Sie heute morgen gesagt haben, hat zu der Parole »Keine Experimente!« gepaßt, und das ist eigentlich doch für jemanden, der als liberal anerkannt sein will, etwas peinlich. Auch die Kombination - Frau Blohm hat ja später in ähnlicher Weise etwas gegen uns vorgebracht, aber mit etwas abgerundeten, weniger harten Formulierungen - dieses Angriffs - es war so etwas Ähnliches wie »flexible response« gegen diejenigen, die in der Gesundheitspolitik denken und in die Zukunft hinein handeln wollen - müßte vielleicht aus ganz verschiedenen Gründen beiden Damen peinlich sein, wenn sie hernach noch einmal lesen, was da gesagt worden ist. Aber ich will jetzt nicht in den gleichen Fehler verfallen wie die Kollegen heute morgen und will versuchen, noch einiges zu Sachpunkten, die mit unserer Anfrage zusammenhängen, zu sagen.

Zunächst zum Stichwort Vorsorge nur ein paar Bemerkungen. Ich meine, daß die Gesundheitsvorsorge im wesentlichen das ist von uns schon oft betont worden, auch in Gesprächen mit der Ärzteschaft - von der frei praktizierenden Ärzteschaft getragen werden muß. Das ist ganz selbstverständlich. Das wichtigste Instrument der Vorsorge wird in der Zukunft die vorsorgende Beratung sein, und diese kann von niemand anderem getragen werden als eben von den Hausärzten, von den Ärzten, denen die Patienten mit ihrem Vertrauen begegnen.

Daß es daneben aber auch noch Einrichtungen geben muß, die frei praktizierende Ärzteschaft gar nicht von sich aus tragen muß, ist doch logisch. Nur ein Beispiel. Meines Erachtens gehört die Gründung dieser neuen Abteilung im Bundesgesundheitsamt eben auch mit zu dem Gesamtbereich der Vorsorge. Diese Einrichtung muß ja im Grunde eine Hilfseinrichtung für die Praxis der Vorsorge draußen sein. Ich bin außerordentlich dankbar und zufrieden, daß es gelungen ist, dieses Institut jetzt zu gründen oder wenigstens den Beginn der Gründung dieses Instituts zu machen. Ich verspreche mir von einer intensiven Arbeit dort sehr viele Erkenntnisse, die für die Vorsorge draußen, für die praktische Vorsorge, genutzt werden können.

In der letzten Woche haben wir ja hier in diesem Saal über Möglichkeiten, Berlin zu helfen, diskutiert. Ich meine, dazu gehört auch, daß man die bundeseigenen Forschungseinrichtungen in Berlin verstärkt, daß man den berechtigten Wünschen der Wissenschaftler, die z. B. im Bundesgesundheitsamt tätig sind, nach Ergänzung ihrer Einrichtungen, eventuell auch nach personeller Ausweitung, entgegenkommen sollte. Auch das wäre eine gewisse Form eines Vertrauensbeweises dieses Hauses gegenüber Berlin, und ich meine, man sollte sich darum kümmern.

Zur Vorsorge kann ich nur noch einmal betonen, daß wir überzeugt sind, daß sie überhaupt nur in enger Zusammenarbeit mit der frei praktizierenden Ärzteschaft möglich sein wird, und wir werben hier ausdrücklich um das notwendige Vertrauen, das die Grundlage dieser Zusammenarbeit sein könnte.

Nun noch einiges zur Krankenhausfinanzierung, zu dem Problem, das uns ja auch schon heute früh beschäftigt hat. Unser Krankenhauswesen im ganzen hat durch die medizinisch-wissenschaftliche Entwicklung und die medizinisch-technische Entwicklung in den letzten Jahrzehnten einen erheblichen Funktionswandel mitgemacht. Es hat immer größere Bedeutung erlangt als wesentlichstes Instrumentarium für die Therapie schwerer Erkrankungen. Von dem Siechenhaus im 19. Jahrhundert, das von den meisten als Sterbeplatz angesehen wurde, wurde es jetzt doch zu einer Einrichtung, die von den meisten unserer Mitbürger sehr positiv beurteilt wird, zu einer Einrichtung, die in ihrer heutigen Leistungsfähigkeit ausgenützt wird. Wir meinen, daß man diesem Funktionswandel des Krankenhauswesens auch bei der Gesetzgebung Rechnung tragen muß.

Wie sieht es denn in unserem Krankenhauswesen aus? Wir haben in Deutschland relativ - im Vergleich zur Einwohnerzahl - fast die gleiche Bettenzahl wie andere, ähnlich weit entwickelte Industrieländer. Trotzdem gibt es bei uns immer noch die Klage über fehlende Betten, über fehlende Bettenreserve. 1964 hatten wir im Bundesgebiet 70,9 Krankbetten auf 10 000 Einwohner. Über die Funktionstüchtigkeit dieses Systems allerdings sagt die Bettendichte allein nichts aus. Es gibt schon Beispiele in einigen Bundesländern, die das sehr deutlich machen. In Rheinland-Pfalz z. B. liegt die Bettendichte in den nördlichen Landesteilen dicht beim Bundesdurchschnitt, während im Süden des Landes die Bettendichte wesentlich geringer ist. Trotzdem ist offensichtlich die Krankenhausversorgung in beiden Landesteilen einigermaßen gleichmäßig. Das liegt wohl in der Hauptsache daran, daß es im Norden des Landes Rheinland-Pfalz verhältnismäßig viele Klein- und Kleinstkrankenhäuser gibt während es im Süden bei der größeren Zusammenballung und bei den größeren Städten, die wir dort haben, mehr große, moderne Schwerpunktkrankenhäuser gibt, die ihrer Aufgabe besser gerecht werden können. Diese Kleinkrankenhäuser, die lange Zeit gut ihre Funktion erfüllt haben, gut den Menschen in ihrem Raum gedient haben, sind heute modernen Anforderungen oft nicht mehr gewachsen.

Für eine ausreichende Krankenhausversorgung in der Bundesrepublik wären ungefähr 80 Betten für akut Kranke und etwa 15 Betten für chronisch Kranke pro 10 000 Einwohner ausreichend. Auf das Thema chronisch Kranke müssen wir wahrscheinlich noch einmal kommen, Frau Dr. Heuser. Voraussetzung ist dabei allerdings eine richtige funktionelle und regionale Verteilung dieser Krankenhäuser. Außerdem haben wir im Augenblick noch einen Nachholbedarf wegen eines stark überalterten Krankenbettenbestandes von etwa 25 % der Gesamtkapazität. Diese Betten sind im Schnitt sogar mehr als 50 Jahre alt. Hier muß also nachgeholt und ergänzt werden, bevor wir auf einen vernünftigen Stand gelangt sind. Nach einer Berechnung der

Deutschen Krankenhausgesellschaft wären für diesen Nachholbedarf und für die Unterhaltung der Betten heute ungefähr 1,2 Milliarden DM pro Jahr erforderlich. Bisher haben die Bundesländer als verlorene Zuschüsse pro Jahr zwischen 500 und 600 Millionen DM gezahlt. Die Betriebskostenzuschüsse der Krankenhausträger, die der Größenordnung nach grob ungefähr 80 % der laufenden Vorhaltekosten ausmachen, werden ungefähr 750 Millionen DM betragen haben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß dieser Betrag überwiegend von den Kommunen und von den Gebietskörperschaften getragen wurde, soweit sie Krankenhausträger sind oder Zuschüsse an Krankenhausträger bezahlen müssen.

Die finanzielle Last ist dabei sehr ungleichmäßig verteilt. Die Mittel, die von den einzelnen Bundesländern aufgebracht werden, sind je nach Finanzkraft und gesundheitspolitischer Orientierung des jeweiligen Landes recht unterschiedlich hoch. Dadurch entsteht ein Gefälle zwischen verschiedenen Bundesländern. Die großen Städte tragen die Hauptlast der Krankenhausversorgung, häufig sogar für Nachbarstädte mit, die sich um die Belastung herummogeln, einfach deshalb, weil es keinerlei rechtliche Verpflichtung zur Vorhaltung von Krankenvetten gibt. Die Krankenhausträger in den Städten, überhaupt in den Ballungsräumen, tragen in der Regel die Belastung für ein sehr weites Umland mit, ohne daß in jedem Fall ein ausreichender Ausgleich gewährleistet wäre.

Wie das im Einzelfall aussehen kann, möchte ich an einem Beispiel aus meiner näheren Umgebung darstellen. Die Stadt Ludwigshafen hat z. B. jetzt eine neue medizinische Klinik gebaut, die der Größe und Ausstattung nach in den Bettenbedarfsplan des Landes Rheinland-Pfalz eingefügt ist. Die Klinik, die in der nächsten Woche eröffnet werden wird, hat 46 Millionen DM gekostet. Dazu hat das Land Rheinland-Pfalz bei Beginn des Baus in Ludwigshafen ungefähr 10 % Zuschuß zu den Baukosten zugesagt. Jetzt, nachdem der Bau fertig ist, kam von der Landesregierung die Mitteilung, daß leider, weil keine Mittel zur Verfügung stünden, vorerst an die Realisierung dieses Versprechens nicht gedacht werden könne. In der Nachbarstadt Mannheim - das ist ein anderes Bundesland - sind die Verhältnisse schon völlig anders. Das Land Baden-Württemberg zahlt in solchen Fällen 50 % oder mehr der Baukosten und auch 50 0/0 der Einrichtungskosten eines solchen Hauses. Nur durch einen Kilometer sind die beiden Krankenanstalten voneinander getrennt. Das sind Unterschiede, die auf Dauer große Uneinheitlichkeit in der Krankenhausversorgung der Bevölkerung in der Bundesrepublik bewirken, die ein erhebliches Gefälle in der Versorgung und damit auch ein soziales Gefälle in der Bundesrepublik auslösen.

Ich will einzelne Beispiele über die finanzielle Belastung der Krankenhausträger aus den laufenden Kosten beiseite lassen. Ich will Ihnen nur sagen, daß im Augen-

blick der Zuschußbedarf zu den Nettogesamtkosten bei den meisten großen Krankenhäusern ungefähr ein Drittel dieser Kosten ausmacht. Das bedeutet für manche Gemeinde doch 5 bis 6 Millionen DM Zuschuß pro Jahr für ein Schwerpunktkrankenhaus. Das sind Belastungen, die den Krankenhausträgern aller Art auf die Dauer einfach nicht mehr zugemutet werden können.

Im Februar 1966 mußte sich der Bundestag schon einmal mit der finanziellen Situation der Krankenhäuser befassen. Damals bestand die Absicht der Bundesregierung, die Krankenhäuser über eine Änderung der Pflegesatzverordnung wirtschaftlich zu sichern. Damals waren, wenn ich es recht in Erinnerung habe, alle Bundestagsfraktionen diesem Versuch gegenüber kritisch eingestellt, ich glaube, auch die FDP-Fraktion. Die Krankenkassenverbände haben damals behauptet, daß sie durch eine solche Erhöhung der Pflegesätze - wenn sie kostendeckend würden - um etwa 1,8 Milliarden DM pro Jahr mehr belastet würden. Die Krankenhausgesellschaft hat nur einen Betrag von ungefähr 500 Millionen DM

ausgerechnet. Aber ganz gleich, wie das auch sei, in beiden Fällen wäre die Mehrbelastung den Benutzern der Krankenhäuser in diesem ganzen Umfang nicht zumutbar gewesen. Wir müssen vernünftigerweise nach anderen Regelungen suchen. Alle Parteien dieses Bundestages haben in den letzten Jahren draußen betont, daß die Krankenhausversorgung der Bevölkerung eine öffentliche Aufgabe sei, allerdings ohne jeweils im einzelnen zu präzisieren, was darunter zu verstehen ist und wer diese Aufgabe finanziell tragen soll. Bei dem Versuch einer Reform der Krankenversicherung ist in einer früheren Legislaturperiode auch einmal angeboten worden, die Krankenhauspflege zu einer Pflichtleistung der Krankenkasse zu machen, jedoch ohne gleichzeitig zu sagen, wer für die Vorhaltung der Krankbetten finanziell verantwortlich sein soll. Beides geht, glaube ich, nicht.

Wir müssen versuchen, in einer vernünftigen Zusammenarbeit mit den Ländern dieses Problem zu regeln. Es muß sichergestellt werden, daß wir in Zukunft Krankenhäuser in ausreichender Zahl, in richtiger regionaler Verteilung, in richtiger fachlicher Gliederung und in einem regional abgestuften System zur Verfügung haben. Nur dadurch kann gesichert werden, daß die hohen Kosten, die beim Krankenhausbau und Krankenhausunterhalt entstehen, ökonomisch und sozial richtig platziert werden. Es ist doch so, daß auch das Personal heute häufig unökonomisch, unordentlich und auch in falscher regionaler Verteilung eingesetzt wird. In Zukunft müssen wir dafür sorgen, daß dieses hochqualifizierte Personal in den Krankenhäusern ebenfalls am richtigen Ort eingesetzt ist. Es geht deshalb nicht nur darum, die Finanzierung der Krankenhäuser sicherzustellen, sondern auch darum, zu sichern, daß in vernünftiger Weise ordnend und planend in das Krankenhauswesen eingegriffen werden kann. In diesem Bereich wird es nach menschlichem Ermessen nie einen freien Markt geben, der von sich aus reguliert, wo Krankenhauskapazitäten neu wachsen sollen oder schrumpfen sollen. Gerade deshalb, weil es diese Re-

gulierung am Markt nicht gehen wird, müssen wir nach Möglichkeiten suchen, möglichst sachgerecht ordnend hier mitzuwirken.

Die schönsten gesundheitspolitischen Planbogen für die Zukunft sind wertlos, wenn nicht zwei Voraussetzungen erfüllt sind: 1. Die Ärzte und ihre Mitarbeiter müssen schon von ihrer Ausbildung her in die Lage versetzt werden, im Rahmen eines modernen Systems mitzuwirken. 2. Jegliche Gesundheitspolitik muß davon ausgehen, daß sie nur in positiver Zusammenarbeit mit den Ärzten gestaltet werden kann.

Wir sind deshalb dankbar, daß bereits Vorstellungen für die künftige Ausbildung der Ärzte entwickelt worden sind. Mein Kollege Meinecke wird nachher noch auf dieses Gebiet näher eingehen. Mich drängt es nur, noch folgendes zu sagen. Es hat keinen Sinn, einfach zusätzliche Fächer in die Ausbildung einzuführen wie z. B. das Fach Sozialmedizin, ohne daß diese Fächer wirklich in den Kern der ärztlichen Ausbildung integriert werden. Ich erinnere mich mit Schaudern an das Fach »ärztliche Standes- und Berufskunde«, das ich während einer Ausbildung als Pflichtfach hören mußte. Wir haben alle versucht, uns um diese Belastung möglichst bald zu drücken, und ich muß sagen, daß wir alle von diesem Fach nicht sehr profitiert haben. An die Stelle eines solchen Faches einfach etwas anderes zu setzen, wäre keine Reform der ärztlichen Ausbildung. Darauf müßte geachtet werden.

Es ist sicher vernünftig, daß daran gedacht ist, in Zukunft auch große, qualifizierte Kliniken außerhalb der Universitäten für die ärztliche Ausbildung mit heranzuziehen, so genannte »teaching hospitals«. Aber ich muß an der Stelle noch einmal im Zusammenhang mit der Krankenhausfinanzierung sagen: man muß diese Häuser dann aber auch finanziell so ausstatten, daß sie ihrer Ausbildungsaufgabe in vernünftiger Weise nachkommen können. Es hat keinen Sinn, in diesen »teaching hospitals« einen Ersatz für eine schlechte Form der Famulatur zu praktizieren. Es muß wirklich ein echter Unterricht am Krankenbett möglich werden. Dazu ist es notwendig, daß man in diesen Häusern auch einige materielle Voraussetzungen schafft.

In der Antwort der Bundesregierung auf unsere Große Anfrage steht, daß in Zukunft die beiden Medizinalassistentenjahre wegfallen sollen. Das ist wahrscheinlich in mancher Hinsicht eine große Hilfe für die jungen Mediziner. Aber man muß daran denken, daß jetzt schon Übergangslösungen für die Kollegen, für die Ärzte und jungen Mediziner gesucht werden, die ihre Ausbildung jetzt nicht abschließen können, weil es die erforderlichen Ausbildungsplätze nicht gibt. Wir haben dieses Problem jahrelang nicht mehr gehabt. Jetzt steht es unmittelbar vor uns. Auf dem Ärztetag in Wiesbaden haben zum ersten Mal junge Medizinalassistenten und Kandidaten der Medizin demonstriert und diese Sorgen vorgebracht. Sie haben uns

nachgewiesen, daß junge Mediziner heute tatsächlich oft zwei bis drei Jahre warten müssen, bis sie einen Ausbildungsplatz in dem Fach bekommen, das sie unbedingt absolvieren müssen, um ihre Approbation zu erlangen. Für diese jungen Leute muß man auch nach Übergangslösungen suchen, und ich meine, da sollten wir vor allem die Länder ansprechen und bitten, hier so schnell als möglich etwas zu tun, damit Abhilfe geschaffen wird.

Mein letzter Appell soll auch noch einmal in anderem Zusammenhang an die Länder gehen. Die Verfassungsänderungen, die von der Bundesregierung erstrebt werden, sind meines Erachtens und nach Meinung meiner Fraktion notwendig. Man kann möglicherweise am einen oder anderen Platz über das Ausmaß, über die Modalitäten reden. Aber ich meine, die Länder sollten sich einer vernünftigen modernen Gesundheitspolitik nicht in den Weg stellen. Es geht darum, jetzt abzugrenzen, wie die Verantwortlichkeiten in der Zukunft verteilt sein sollen. Die Länder sollten nicht schließlich dastehen und sich den Vorwurf anhören müssen, daß sie verzögert hätten, als andere versuchten, ein vernünftiges, modernes gesundheitspolitisches System aufzubauen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

DIE UMWELTHYGIENE IN DER POLITISCHEN DISKUSSION ^x

Im Jahre 1946 veranstaltete die evangelische Studentengemeinde an der Universität, an der ich studierte, eine Diskussion über die Frage, ob der Wissenschaftler auch für die Folgen verantwortlich sei, die durch die Anwendung seiner Forschungsergebnisse durch den Staat und durch die Wirtschaft entstünden. Ein bekannter Physiker vertrat damals den Standpunkt, der Naturwissenschaftler sei lediglich der wissenschaftlichen Wahrheit verpflichtet. Was mit seinen Erkenntnissen in anderen Bereichen geschähe, müsse von den Verantwortlichen dieser anderen Bereiche vertreten werden. Die Ergebnisse seiner Arbeit hätten sich dann, wenn sie z. B. für Zwecke der industriellen Produktion oder für militärische Zwecke verwendet würden, gewissermaßen von ihm losgelöst, so daß er nichts mehr damit zu tun habe.

Dieser Physiker ist heute Politiker und setzt sich leidenschaftlich für das Verbot militärischer Massenvernichtungsmittel und für einen wirksamen Umweltschutz ein. Er tut das alles mit der ausdrücklichen Begründung, daß seine wissenschaftlichen Kenntnisse und die Konsequenzen seiner früheren wissenschaftlichen Arbeit in besonderem Maße verpflichten.

Ähnliche Wandlungen haben sich in den letzten 25 Jahren auch im Bewußtsein der Allgemeinheit vollzogen und haben damit auch die Argumentation in der Debatte über die Fragen der Umwelthygiene verändert. Diese Veränderung kann ich nur an wenigen Beispielen darstellen. Daraus wird allerdings auch hervorgehen, daß das notwendige Maß an Einsicht durchaus noch nicht überall bei den führenden Vertretern der wichtigen Gruppen erreicht ist.

Die Diskussion über die Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes für die Wassergesetzgebung.

Schon der Entwurf einer Reichsverfassung von 1849, wie auch die Reichsverfassungen von 1871 und 1919 haben dem Zentralgesetzgeber nie ausdrücklich die Zuständigkeit für die Wassergesetzgebung gegeben. Daraus sind aber nicht immer die gleichen Schlüsse gezogen worden.

In der amtlichen Begründung zum preußischen Wassergesetz von 1913 heißt es zum Beispiel: „Die vielfach gehegte Hoffnung, das Bürgerliche Gesetzbuch werde eine einheitliche Reichsrechtliche Regelung wenigstens des gesamten Privatwasserrechts bringen, erfüllte sich nicht. Nach

^x Referat Leibnitz-Kolleg, Tübingen 1972.

dem Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch sind die landesgesetzlichen Regelungen . . . unberührt geblieben.“

Daraus geht hervor, daß der preußische Gesetzgeber durchaus dem Reichsgesetzgeber Vorrang geben wollte. Für eine eigentlich notwendige reichsgesetzliche Regelung führte die Begründung unter anderem an: die zunehmende Industrialisierung, die Rechtszersplitterung und die Zerschneidung zusammenhängender Stromgebiete durch die Grenzen der Länder mit verschiedener Rechtsordnung.

Welche Einsichten vor 60 Jahren!

Die Bemühungen um eine Vereinheitlichung des Wasserrechts wurden schließlich in den zwanziger und dreißiger Jahren fortgesetzt: der Entwurf eines Reichswassergesetzes scheiterte im Jahre 1944 wegen der Kriegsereignisse.

Wäre dieses Reichswassergesetz noch zustande gekommen, dann wäre es sicher 1949 als fortgeltendes Bundesrecht übernommen worden, da es keinen nationalsozialistischen Unrechtscharakter hatte.

So aber mußte auf der Grundlage des Grundgesetzes neu begonnen werden.

Nach Artikel 74 GG hat der Bund die Zuständigkeit für die konkurrierende Gesetzgebung für die Bundeswasserstraßen und für die Seewasserstraßen; nach Artikel 75 GG hat der Bund das Recht, Rahmenvorschriften über den Wasserhaushalt zu erlassen.

Unter diesen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen hat der Bundestag 1957 und 1960 zwei wichtige Gesetze beschlossen, die bei laufender Anpassung an neue Bedingungen und loyaler Kooperation der Länder eine brauchbare Grundlage für das Wasserrecht in der Bundesrepublik hätten bilden können: das Wasserhaushaltsgesetz und das Gesetz zur Reinhaltung der Bundeswasserstraßen. Das erste Gesetz, ein Rahmengesetz nach Art. 75 GG, wurde nur teilweise wirksam, weil bisher kein einziges Bundesland die darin geforderte Wasserreinhaltungsordnung erlassen hat. Das Gesetz zur Reinhaltung der Bundeswasserstraßen wurde auf Antrag einiger Länder 1962 vom Bundesverfassungsgericht als mit dem GG nicht vereinbar und daher nichtig erklärt. Der Bund hat nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nur die Gesetzgebungszuständigkeit für die Erhaltung der Schiffbarkeit der Bundeswasserstraßen.

In der vorletzten Legislaturperiode haben sowohl die CDU-CSU im Bundestag als auch der Bundesrat einer Verfassungsänderung widersprochen, die dem Bund die konkurrierende Kompetenz für die Wasserreinhaltung geben sollte. Ein erneuter, entsprechender Antrag der Bundesregierung wurde erneut im ersten Durchgang vom Bundesrat abgelehnt.

Die CDU-Fraktion des Bundestages wird diesmal möglicherweise zustimmen.

Gegen eine entsprechende Grundgesetzänderung wird von einigen Ländern und vor allem auch von der CSU eingewandt, daß dadurch die Länderzuständigkeit so stark ausgehöhlt würde, daß die föderalistische Ordnung in Gefahr gerate; daneben sei es besser, wasserrechtliche Vorschriften an den regionalen Bedingungen zu orientieren, als sie einheitlich und schematisch für das ganze Bundesgebiet zu regeln.

Zu dem ersten Argument, nämlich der Gefährdung der föderalistischen Ordnung, muß eingewandt werden, daß diese Ordnung auf Dauer viel eher an Ansehen und Tragfähigkeit verlieren muß, wenn wegen nicht mehr sachgerechter Kompetenzabgrenzungen und mangelnder Kooperation der Glieder der Gesamtstaat funktionsuntüchtig wird. Wenn diese Generation keine wirksame staatliche Ordnung für die Existenzsicherung der Menschen innerhalb des föderalistischen Verfassungsprinzips schaffen kann, wird mit großer Wahrscheinlichkeit die nächste Generation das ganze Prinzip beseitigen. So ungünstig es in mancher Hinsicht ist, wenn in jeder Legislaturperiode erneut einzelne Bestimmungen unseres Grundgesetzes verändert werden müssen, muß doch dagegen immer abgewogen werden, welche Anpassungsschritte im Interesse der gesamtstaatlichen Gemeinschaft notwendig werden.

Die Verwendung verfassungsrechtlicher, verfassungspolitischer Argumente erscheint dabei ohnehin gelegentlich etwas vordergründig; dahinter scheinen manchmal auch parteipolitische und ideologische Motive auf:

Als in der vorletzten Legislaturperiode Bundesgesundheitsminister Käte Strobel die Zuständigkeit des Bundes für die konkurrierende Gesetzgebung für das Gesundheitswesen anstrebte, wurde dieser Versuch schon im Bundestag von CDU-CSU und FDP abgelehnt mit der Begründung, man wolle Sozialdemokraten daran hindern, mit Hilfe dieser neuen Zuständigkeit einen umfassenden staatlichen Gesundheitsdienst aufzubauen. – Dabei wäre eine moderne Umwelthygienegesetzgebung wenigstens teilweise auch auf einer gesundheitspolitischen Vollkompetenz des Bundes aufzubauen gewesen, die es jetzt nicht gibt.

Notwendigkeit internationaler Vereinbarungen.

Immer mehr wird eingesehen, daß zur Sicherung lebensfreundlicher Umweltbedingungen internationale Vereinbarungen notwendig sind. Für diese Notwendigkeit sprechen zunächst natürliche Gegebenheiten. Betrachten wir zum Beispiel den Rhein als internationales Gewässer, so

wird uns deutlich, daß nur einheitliche Vorschriften und Maßnahmen in allen Abschnitten seines Einzugsgebietes ermöglichen werden, seinen Gesamtzustand zu verbessern; auch Belastungen der Atmosphäre machen nicht an Staatsgrenzen halt. Für erträgliche lufthygienische Bedingungen kann nur auf der Grundlage moderner internationaler Rechtsnormen gesorgt werden.

Auch die Industrie fordert in letzter Zeit verstärkt internationale Vereinbarungen, um Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche Belastungen zu vermeiden.

Aber auch hier zeigt die Erfahrung der letzten Jahre, daß ein modernes nationales Recht Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen mit den Regierungen anderer Industrieländer ist.

Ein politisches Sonderproblem taucht in diesem Zusammenhang noch auf. Ich sprach vor einiger Zeit mit dem Umweltschutzbeauftragten der Regierung eines der bedeutendsten Industrieländer. Er meinte, man solle eine wirksame nationale Gesetzgebung betreiben; internationale Regelungen seien eher schädlich, weil sie die Industrialisierung der Entwicklungsländer behindere. Dieses Argument klingt zunächst ganz altruistisch. Mir ist nur der Verdacht gekommen, es könnte sich eine neue Form von Neokolonialismus hinter diesem Argument verbergen. Will man neben Kapital und Investitionsgütern auch die ganze Folgelast der Industrialisierung in unterentwickelte Länder exportieren, um das eigene Haus einigermaßen sauber zu halten, aber draußen umso ungestörter die Expansion fortsetzen zu können, an der man zu Hause ersticken würde?

Zur Haltung der Industrie.

Vor einigen Jahren noch wurden die umwelthygienischen Probleme von Vertretern der Industrie häufig bagatellisiert. Wer den Zustand unserer Gewässer und der uns umgebenden Luft beklagte und Änderungen forderte, wurde leicht als Romantiker abgewertet. Mir wurde gelegentlich öffentlich entgegengehalten, man könne nur eines von beiden: entweder Gewerbesteuer oder Kurtaxe kassieren; als ob das die Alternative wäre! Allzulange galt in der Wirtschaft das Prinzip des kurzfristigen Nutzens, dem allerdings fast alle gehuldigt haben.

Inzwischen hat sich bei den meisten Industrievertretern die Einstellung geändert. Auf der Jahrestagung des BDI 1970 in Hamburg wurde nachdrücklich eine bundeseinheitliche Gesetzgebung zur Reinhaltung der Luft und des Wassers gefordert. Sicher spielt dabei eine erhebliche Rolle, daß der Rohstoff Wasser für die industrielle Produktion immer schwieriger zu gewinnen ist, seine Aufbereitung immer teurer wird, so daß heute

häufig die Reinhaltung des Wassers billiger und technisch einfacher ist als seine Wiedergewinnung aus nassem Schmutz.

Vielleicht spielt bei den Überlegungen der Industrievertreter auch die Einsicht eine Rolle, daß auch der Produktionsfaktor „menschliche Arbeitskraft“ in der Zukunft mehr gepflegt werden muß. Aber die Motive für die geänderte Einstellung können uns gleichgültig sein, wenn diese Änderung für alle Beteiligten hilfreich sein kann.

Schwierig genug bleibt in einem Zusammenhang die Position des Politikers ohnehin. Als ich im Dezember 1970 im Bundestag über die Finanzierung des Umweltschutzes sprach, sagte ich, daß alle mehr bezahlen müßten und daß man deshalb auch möglicherweise die Industriegewinne nicht unangetastet lassen könne, wurde ich wenige Tage später in einem Pressedienst als Klassenkämpfer bezeichnet, der sich den Umweltschutz zum Kampfplatz ausgesucht habe.

Öffentliche Meinung.

Seit einiger Zeit beschäftigen sich die publizistischen Medien verstärkt mit Fragen der Umwelthygiene. Man kann kaum eine Zeitung aufschlagen, ohne einen Artikel zu einschlägigen Fragen zu finden; auch in Fernsehen und Rundfunk ist Umweltschutz ein häufiges Thema.

Man kann diese Entwicklung durchaus begrüßen. Sie hat sicher dazu geholfen, daß politisch die Aufgabe Umweltschutz ernster genommen wird. Andererseits wird leider in fast all diesen Publikationen die wirtschaftliche und soziale Problematik außer Acht gelassen oder nur am Rande diskutiert. Dadurch sind in der Bevölkerung Erwartungen geweckt worden, die kaum kurzfristig befriedigt werden können.

Während der letzten 20 Jahre hat sich, bei gelegentlicher öffentlicher und offizieller Förderung dieser Tendenz, eine allgemeine Haltung herausgebildet, die notwendige Reformen behindert, wenn nicht verhindert. Die Ergebnisse kräftiger wirtschaftlicher Expansion sollten möglichst dem privaten Verbrauch zugute kommen. Steuern und Abgaben an die öffentliche Hand werden als eine unangenehme Sache angesehen und die Steuerschmälerung wird als Kavaliersdelikt betrachtet.

Erinnern wir uns doch an die pseudoliberalen These, daß staatliche Aktivität freiheitswidrig sei und die Demokratie gefährde. Wir sind dadurch in eine Lage geraten, die der amerikanische Volkswirt und Soziologe Galbraith treffend kennzeichnet: In den westlichen Industriegesellschaften wächst privater Wohlstand bei zunehmender öffentlicher Armut. Wenn das so bleiben sollte, werden wir in wenigen Jahren auch die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum und privaten Wohlstand verlieren.

Die Insuffizienz staatlicher Leistungen wird zur Ursache rapider Verarmung im privaten Bereich werden.

Dazu kommt, wenn wir uns wieder ausschließlich den Aufgaben des Umweltschutzes zuwenden, ein anderer Zielkonflikt: Die Investitionen, die zum Ausgleich der Versäumnisse der letzten 20 Jahre erforderlich sind (der Größenordnung nach rund 100 Mrd. DM), sind überhaupt nur zu finanzieren, wenn beträchtliche Steigerungsraten des wirtschaftlichen Wachstums überwiegend der Allgemeinheit über die öffentlichen Haushalte zugute kommen. Andererseits bringt jedes weitere wirtschaftliche Wachstum neue belastende Folgen für unseren Lebensraum, deren Behebung die Kraft der Gemeinschaft überfordern könnte. Schließlich findet wirtschaftliches Wachstum seine Grenze in den natürlichen Ressourcen eines Wirtschaftsraumes, die nicht vermehrt werden können.

Es genügt deshalb nicht, wenn wir für die Diskussion um die Sicherung der Umwelthygiene nur naturwissenschaftliche, finanzielle und juristische Bedingungen beachten; ich meine, daß eine gesellschaftspolitische Neuorientierung notwendig ist, wenn wir mit den Aufgaben der nächsten Jahre zurecht kommen wollen.

Die modernen Industriegesellschaften bewegen sich offenbar auf eine krisenhafte Entscheidungssituation zu; für den kritischen Beobachter wird zunehmend erkennbar, daß diese Gesellschaften (sowohl die „sozialistische“ als auch die „kapitalistische“) durch Steigerung der Produktion gleichzeitig die Gegensätze steigern, durch die sie selbst radikal infrage gestellt werden.

Das bedeutet im jeweiligen Innenverhältnis: trotz steigendem Massenwohlstand (in gewissem Umfang auch in sog. sozialistischen Ländern) ändert sich nichts an den Verteilungsquoten wirtschaftlicher Machtausübung. Die gleichen begrenzten Gruppen verfügen über einen ständig wachsenden Produktionsapparat (wiederum in ähnlicher Weise in „sozialistischen“ und „kapitalistischen“ Industrieländern). Der Mißerfolg des Versuchs, durch aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften eine Umverteilung der Anteile am Produktionsvermögen und damit an wirtschaftlicher Macht zu erzielen, ist dafür nur symptomatisch. Sozialisieren werden nur die Kosten für Voraussetzungen und Folgen wirtschaftlichen Wachstums: die Kosten für die Entwicklung der Infrastruktur (Verkehr, Energie, Forschung und Ausbildung) und für die Beseitigung des wachsenden Abfallberges in jeder Form. Nach meiner Überzeugung werden dadurch die Dispositionsmöglichkeiten der Konsumenten mit der Zeit so eingeschränkt, daß sich allein daraus Grenzen für den Umfang der Konsumgüterproduktion ergeben können.

Noch deutlicher wird die Problematik, wenn man das Verhältnis der Industrieländer zu den Entwicklungsländern betrachtet: trotz aller Entwicklungshilfe hat sich der Abstand zwischen den Industrieländern und den

Ländern der sog. Dritten Welt rasch vergrößert, sind die Menschen in Teilen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegenüber uns ärmer geworden, die Spannungen haben sich vergrößert. Und diese Spannungen könnten, wenn wir sie nicht beherrschen lernen, im letzten Viertel dieses Jahrhunderts zu den blutigsten Auseinandersetzungen der neueren Geschichte führen.

Einfache Lösungen helfen hier nicht mehr. Der Versuch, die Menschen in Indien etwa auf unser Verbrauchsniveau zu heben, ist völlig untauglich. Kann sich jemand eine Mrd. Kraftfahrzeuge in Indien und Pakistan vorstellen?! Diese Länder sind allein durch die maßlose Übervölkerung an den Rand einer tödlichen Erosion aller natürlichen Möglichkeiten geraten. Geburtskontrolle dort? Natürlich! Aber dadurch wäre, wenn sie schnell genug praktiziert werden könnte, nur eine Verschlechterung der Situation zu vermeiden, eine Verringerung des sozialen und wirtschaftlichen Gefälles in dieser Welt aber nicht. Alle Lösungsversuche, die z. Z. diskutiert werden, haben entweder palliativen Charakter, sind auf partielle, symptomatische Therapie angelegt. Oder aber sie sind formelhaft ideologisch bestimmt und gehen am praktischen Menschen und seinen Verhaltensmöglichkeiten vorbei. Denn was sollte uns die Abschaffung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln für den Schutz des Menschen nützen, wenn nur der Egoismus und das Unvermögen, im Interesse der Betroffenen zu urteilen, von Kapitalisten auf Staatsplaner übergingen. Der Betriebsegoismus und der Zwang zur Planerfüllung verhindern in kommunistischen Ländern einen vorausschauenden Umweltschutz oft noch mehr als bei uns.

Was wir brauchen, sind neue Maßstäbe für unser politisches und ökonomisches Handeln. Produktions- und Konsumrekorde bewirken nicht selbstverständlich auch Leistungen für die Gesellschaft, für die Menschen. Sie sind nur wertvoll, wenn sie Bedürfnisse befriedigen, ohne dabei andere vitale Ansprüche des Menschen zu verletzen.

Konsumfreiheit ist ein essentieller Bestandteil der allgemeinen Freiheit; aber diese allgerneine Freiheit muß auch die Möglichkeit des Verzichts im Interesse der eigenen Zukunft und im Interesse des Anderen einschließen. Die Spannungen dieser Welt sind nicht mehr zu lösen, indem wir einen Teil unserer Überproduktion verschenken oder vernichten. Alles dem Ausgleich Dienende muß den Charakter eines bewußten Verzichts auf kurzfristige materielle Chancen haben. Sonst ersticken wir nicht nur am physikalisch meßbaren Abfall, der durch unser „modernes Leben“ entsteht, sondern die Freiheit wird erdrosselt durch die sozialen Spannungen in dieser Welt, die wir selbst laufend verschärfen.

Zur Zeit herrscht noch ein Denken vor, das die Schuld für Schäden und Mängel jeweils beim anderen sucht: „die Industrie, der Staat, der Nachbar ist schuld“, nicht: „wir alle tragen die Verantwortung“ für das Überle-

ben einer menschlichen, d. h. einer sozialen und demokratischen Gesellschaft.

Im Godesberger Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands heißt es:

„Das ist der Widerspruch unserer Zeit,
daß der Mensch die Urkraft des Atoms entfesselte und sich jetzt vor den Folgen fürchtet;
daß er die Produktivkräfte aufs Höchste entwickelte, ungeheure Reichtümer ansammelte, ohne allen einen gerechten Anteil an dieser gemeinsamen Leistung zu verschaffen.“

Man könnte heute noch hinzufügen: daß der Mensch in einigen Teilen der Welt durch industrielle Anstrengungen den allgemeinen Wohlstand zu heben vermag, ohne sich um die negativen Folgen für seine Umwelt zu kümmern.

Es heißt weiter im Godesberger Programm:

„Diesen Widerspruch aufzulösen, sind wir Menschen aufgerufen. In unsere Hand ist die Verantwortung gelegt für eine glückliche Zukunft oder für die Selbstzerstörung der Menschheit.“

Dieser Aufruf hat neue Bedeutung auch unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes erlangt. Er muß ernst genommen werden!

Die ärztliche Versorgung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland.

Das Thema enthält zwei Fragen, die sich aber nicht völlig getrennt voneinander beantworten lassen. Einmal die Frage nach der ausreichenden Zahl von Ärzten und nach der Zahl von Einrichtungen, in denen Ärzte für die Versorgung der Bevölkerung wirken; die Frage also, ob die ärztliche Versorgung der Bevölkerung in quantitativer Hinsicht sichergestellt ist. Daneben aber stellt sich für uns in der Bundesrepublik die noch wichtigere Frage nach der Qualität ärztlicher Versorgung im weitesten Sinn.

Zur ersten Frage kann zunächst festgestellt werden, daß die Bundesrepublik mit der Zahl der Ärzte, mit der sogenannten Arztdichte, in der Spitzengruppe aller vergleichbaren Länder liegt. Das darf nicht heißen, daß wir in jeder Hinsicht zufrieden und deshalb untätig sein dürfen. Es gibt sicher unterhalb dieses Globalurteils eine Reihe von Unstimmigkeiten, die behoben werden müssen. Wir haben uns nur zu fragen, ob die bestehenden Unzulänglichkeiten systembedingt sind und deshalb nur durch eine Änderung des Systems abgestellt werden können, oder aber ob sie durch Korrekturen innerhalb des Systems selbst in Ordnung gebracht werden können. Ich selbst neige dazu, den zweiten Weg zu gehen und will im folgenden versuchen, anhand weniger symptomatischer Beispiele diese Einstellung zu rechtfertigen.

Die Klagen über unzulängliche Versorgung in einigen ländlichen Gebieten sind sicher berechtigt. Immerhin muß anerkannt werden, daß die Ärzte selbst Anstrengungen unternehmen, diesem Mangel abzuhelpen und in neuerer Zeit wird auch erkennbar, daß die zuständigen Gebietskörperschaften damit beginnen, auch ihren Teil beizutragen, um hier Verbesserungen zu ermöglichen. Die Gewährung von Einkommensgarantien durch die kassenärztlichen Vereinigungen sowie finanzielle und planerische Hilfen des Staates für Ärzte, die bereit sind, sich in bisher unterversorgten Gebieten niederzulassen, sind Maßnahmen, die zunächst einmal versucht werden müssen, und die wahrscheinlich auch erfolgreich sein werden, wenn sie konsequent angewendet werden. Dabei sollte die Gruppen- und Gemeinschaftspraxis gerade für ländliche Bezirke besonders gefördert werden. Immerhin kann auch geprüft werden, ob nicht eine neue verfassungskonforme Zulassungsordnung hilfreich sein könnte; diese Ordnung dürfte allerdings nicht so aussehen, wie sie gelegentlich gefordert wird. Wer Ärzte befristet, mit indirektem Zwang aufs Land schicken will, degradiert auch deren mögliche Patienten. Der Aufbau einer ärztlichen Praxis ist eine langfristige, wenn nicht eine Lebensaufgabe, und nur unter dieser Voraussetzung wird der Arzt neben der medizinischen auch seine soziale Funktion wirklich erfüllen können.

Andere Mängel sind im öffentlichen Gesundheitsdienst zu beklagen. Viele Planstellen für Ärzte können dort in den letzten Jahren nicht mehr besetzt werden. Das Ansehen des öffentlichen Gesundheitsdienstes hat leider abgenommen. Hier wird man die Einkommensverhältnisse verbessern, aber auch neue Aufgaben und neue Inhalte geben müssen. Neben der bisher vorherrschenden gesundheitspolizeilichen, mehr restriktiven Aufgabe des Arztes im öffentlichen Gesundheitsdienst muß die sozialärztliche und gesundheitsfürsorgerische Tätigkeit ausgebaut werden. Eine Übernahme auch nur von Teilfunktionen der freien ärztlichen Praxis durch den öffentlichen Gesundheitsdienst würde dagegen diesen Dienst denaturieren und neue Spannungen zwischen verschiedenen Ärztegruppen auslösen, die der gemeinsamen Aufgabe nur schaden könnten.

Ein ernstes Problem für die ärztliche Versorgung könnte in den nächsten Jahren auftreten, wenn es uns nicht gelingt, den numerus clausus für den Zugang zum Medizinstudium aufzuheben, bzw. dessen Ursachen zu beseitigen. In manchen Bereichen wird eine Überalterung der Ärzte erkennbar; die Ausbildungskapazität der Fakultäten reicht nicht aus, um rechtzeitig den Zugang junger Ärzte zum Beruf zu sichern. Wir benötigen deshalb für die nächsten Jahre zwischen 1 500 bis 2 000 neue Plätze für Studienanfänger; aber nicht nur die fehlende Zahl von Arbeitsplätzen und Studienplätzen ist bedenklich; mir macht mehr Sorgen, daß die Auswahl für die Zulassung zum Studium nach Kriterien erfolgen muß, die nichts mit den Anforderungen zu tun haben, die später einmal an den Arzt gestellt werden. Viele junge Menschen, die bereit und geeignet wären, eine der gesellschaftlich wichtigsten Arbeiten zu übernehmen, gehen so für diesen Beruf verloren.

Die Gesellschaft, in der wir leben und wirken, ist ständigen Veränderungen unterworfen. Die Belastungen für den Einzelnen nehmen zu. Daraus ergeben sich auch für die Gesundheitssicherung neue Aufgaben. Gleichzeitig entwickeln sich die medizinische Technik, vor allem im diagnostischen Bereich, und die therapeutischen Möglichkeiten immer schneller. Die neue Approbationsordnung versucht die Ausbildung den daraus sich ergebenden Notwendigkeiten anzupassen. Sie legt verstärkt Wert auf praktische und auch auf sozialbezogene Ausbildung. Das ist gut so. Aber ebenso wichtig ist es, dem approbierten Arzt einen Platz in der Gesellschaft zu erhalten oder zu geben, an dem er auch seiner Aufgaben wirklich gerecht werden kann. Die notwendige Zahl der Studienplätze und der Inhalt der Ausbildung können mit den finanziellen und organisatorischen Mitteln des Staates bestimmt und gesichert werden. Die medizinische und soziale Qualität ärztlicher Leistung ist dadurch allerdings nur teilweise bestimmt. Sie wird vielmehr von einer Reihe ganz anderer Faktoren wesentlich mitgeprägt. In diesem Zusammenhang muß zunächst einmal betrachtet werden, wie heute das gesellschaftliche und politische Selbstver-

ständnis der Ärzte aussieht, zumal organisierte Äußerungen durchaus nicht immer mit der Haltung der in der Alltagsarbeit stehenden Kollegen übereinstimmen müssen.

Vorweg darf gesagt werden, daß die Ärzteschaft in den letzten Jahren etwas stärker als früher sich an der allgemeinen gesundheitspolitischen Diskussion beteiligt hat. Die Themen der letzten Ärztetage - Ausbildung, Weiterbildung und Fortbildung, Gemeinschaftspraxis und Praxisgemeinschaft, Früherkennung und Gesundheitsaufklärung - weisen daraufhin. Dabei ist allerdings immer wieder eine gewisse Aggression gegen die Sozialdemokraten und neuerdings gegen die sozial-liberale Koalition spürbar geworden, als ob nur oder auch nur überwiegend von dort aus Angriffe auf die ärztliche Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit ausgingen. Daß die Ärzte in ihrer überwiegenden Zahl kein Gespür für die richtige Bewertung von Forderungen einiger linker Grüppchen und einiger isolierter Theoretiker haben, liegt sicher auch an der weitverbreiteten politischen Abstinenz der Ärzte, die natürlich auch zu einem Informationsdefizit führt. Zu fragen haben allerdings auch wir uns in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte, ob wir unsre Aufgabe immer erfüllt haben; haben wir unsere vernünftigen Arbeitsergebnisse immer wirksam publiziert und in der politischen Diskussion auch wirksam gemacht? Sind wir mit dem notwendigen Nachdruck sog. »gesundheitspolitischen« Forderungen ideologisch bestimmter Grüppchen mit fundierter sachlicher Begründung entgegengetreten? Sicher nicht immer!

Da gibt es die Forderung nach der Verstaatlichung des ärztlichen Dienstes, um damit eine »Verobjektivierung« des Patient-Arzt-Verhältnisses zu erreichen. Diese Forderung stammt z. B. von einer sog. Basisgruppe Medizin an der Universität Freiburg, die eine intensive publizistische Aktivität entwickelt. Aber solche Formulierungen tauchen nun immer häufiger in der allgemeinen politischen Diskussion auf. Wir, die sozialdemokratischen Ärzte müssen uns auch öffentlich und vernehmlich mit solcher Programmatik auseinandersetzen, um eine optimale Kooperation zwischen Praxis und Gesetzgebung möglich zu machen. Reformpolitik, die realistisch angelegt und an den Bedürfnissen des praktischen Menschen orientiert ist, hält sich an die gleichen Kautelen, an die sich der Arzt in der Therapie hält: nil nocere. Es gibt im Grunde kein natürlicheres Team in der Gesellschaftspolitik, als das, das aus sozialverantwortlichen Ärzten und Politikern besteht, die durch vernünftige aber entschiedene Reformen die Gesellschaft auf Aufgaben und Belastungen der Zukunft vorbereiten.

Von vielen Gruppen wird in letzter Zeit heftig gegen die Überschätzung der charismatischen Natur des Arztes polemisiert. Sicher muß hier gelegentlich einiges korrigierend gesagt werden. Aber sollten nicht alle Beteiligten dabei mehr als bis-

her darauf achten, daß wenigstens ein notwendiger Rest von Ansehen für den Arzt erhalten bleibt, weil das einfach auch eine Voraussetzung für die Heilung kranker Menschen sein kann?

Eine weitere Forderung, mit der wir uns heute auseinanderzusetzen haben, ist die nach Verstaatlichung des Gesundheitswesens mit dem Übergang zur ärztlichen Versorgung aus Ambulatorien. Diese Forderung ist schon deshalb widersinnig, weil wir bei uns auch in qualitativer Hinsicht heute noch ein für die übrige Welt durchaus vorbildliches System haben. Ich habe aus eigener Anschauung Vergleichsmöglichkeiten mit mehreren westlichen Organisationsformen des Gesundheitswesens. Diese haben alle ihre eigene Tradition und ihre eigenen Problematik zu bewältigen und haben daraus auch eine gewisse innere Berechtigung. Keines aber verbindet so weitgehend zwei essentielle Bedingungen miteinander wie unseres: ein hohes Maß an Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit des Arztes und eine fast die ganze Bevölkerung umfassende soziale Sicherung im Krankheitsfall. Dieses System erst einmal im Stile der Neorevolutionäre zu zerstören, um dann abzuwarten, was schließlich daraus wird, wäre ein Schlag gegen die soziale Konsistenz unserer Gesellschaft, aber auch eine massive Beschränkung, wenn nicht Aufhebung der Chance der Ärzte, für die soziale, geistig-seelische und körperliche Gesundheit der Menschen zu wirken, die sich ihnen anvertrauen wollen.

Ich darf an dieser Stelle eine kurze Passage aus Solchenizyns „Krebsstation“ vorlesen. Es ist ein Auszug aus einer Unterhaltung zwischen zwei Ärzten in der heutigen Sowjetunion.

»Der Hausarzt war überhaupt eine lebensnotwendige Erscheinung, und die wurde nun ausgemerzt. Ohne den Hausarzt kann die Familie in einer hochentwickelten Gesellschaft gar nicht existieren. Wie die Mutter den Geschmack jedes einzelnen in der Familie kennt, so kennt er ihre Bedürfnisse. An den Hausarzt wendet man sich ohne Scheu, während man nicht so schnell ins Ambulatorium gehen würde... Und viele Erwachsene quälen sich jetzt wie Stumme, weil sie den Arzt oder den Menschen nicht kennen, dem sie ihre geheimsten, vielleicht verächtlichen Befürchtungen anvertrauen könnten. Aber schon die Suche nach solch einem Arzt, die man oft nicht einmal seinen Freunden gesteht, geschweige denn in der Zeitung bekannt gibt, ist ebenso individuell wie die Suche nach Mann oder Frau. Heutzutage ist es leichter, eine gute Ehefrau zu finden als einen Arzt, der sich um einen kümmert, so oft man ihn braucht, und der einen ganz und gar versteht - ohne Einschränkung.«

Und etwas später:

«Nun ja, wieviele Hausärzte würde man brauchen? Das ließe sich gar nicht mit unserem System der allgemeinen, nationalen, kostenlosen Krankenbehandlung in Einklang bringen.»

»Allgemein und national - vielleicht. Kostenlos - sicher nicht«, beharrt Oreschtschenkow.

»Aber die unentgeltliche Behandlung ist unsere wichtigste Errungenschaft.«

»Ist das wirklich so eine Errungenschaft? was heißt denn unentgeltlich? Die Ärzte arbeiten doch nicht umsonst. Nur daß nicht der Patient sie bezahlt, sondern der Staat - aber der besteht ja aus den Patienten. Die Behandlung ist also gar nicht unentgeltlich, sondern anonym...«

Gewiß, im Heimatland Solschenizyns waren Schwierigkeiten zu überwinden, die schließlich zu anderen Formen des Gesundheitswesens führten, als wir sie haben. Aber warum in aller Welt sollten wir eine Springprozeßion ausführen, die uns zunächst auf dieses unbefriedigende Niveau herunterziehen müßte. Wir müssen nach vorwärts gehen, indem wir unsere Ordnung reformieren, d. h. an neue Erkenntnisse und neue Aufgaben anpassen. Dabei ist sicher die einzige legitime Grundsatzfrage die nach den materiellen und psychologischen Bedingungen, die heute Heilung möglich machen. Einige Aufgaben, die unter Berücksichtigung dieser Voraussetzung gelöst werden müssen, sollen kurz skizziert werden.

Der Einsatz moderner technischer Diagnostik-Methoden und der elektronischen Datenverarbeitung für die ärztliche Praxis wirft eine Reihe von Problemen auf. Diese neuen Methoden werden erhebliche Beschleunigung und Verbesserung der Diagnostik ermöglichen, weshalb sie, sobald sie technisch genügend ausgereift sind, auch möglichst allen Ärzten und damit allen Patienten zugänglich gemacht werden müssen. Andererseits werden solche Verfahren erheblich höhere spezifische Investitionen erfordern als bisher; d. h. aber auch, daß Fehlinvestitionen und geringer Ausnutzungsgrad vermieden werden müssen. Die Kosten könnten sonst weder den Ärzten, noch den Versichertengemeinschaften der Patienten, noch der öffentlichen Hand zugemutet werden. Moderne Datenübertragungs- und Abrufeinrichtungen ermöglichen einen großen Spielraum für die Gestaltung solcher Systeme. Dabei muß aber die Unabhängigkeit der beteiligten Ärzte und, soweit diagnostische Daten gespeichert werden, die Anonymität der betroffenen Patienten gewahrt werden. Die Auswertung der Daten durch weitere Ärzte darf nur mit Zustimmung der betroffenen Patienten möglich sein. Wissenschaftliche Verwertung ist auch bei Wahrung der Anonymität möglich.

Es besteht durchaus Anlaß, diesen Punkt besonders zu betonen, weil viele Verantwortliche dieser gesundheitspolitischen Kardinalfrage verständnislos gegenüberstehen. Man braucht sich nur an die zähen Auseinandersetzungen im Sonderausschuß für die Strafrechtsreform des Deutschen Bundestages über die Registrierung psychisch Kranker im Bundeszentralregister zu erinnern. Selbst den aufgeschlossenen Juristen dieses Ausschusses war das vorgebliche Schutzinteresse der Gesellschaft wichtiger als die Heilungschance (zu der auch die Chance der sozialen Rehabilitation gehört) für die Kranken.

Das Eindringen moderner diagnostischer Technik und moderner Kommunikationsverfahren in den Bereich ärztlichen Wirkens ist unabwendbar, ja notwendig. Dabei muß aber die Schweigepflicht des Arztes gewahrt werden. Nur dringendes, fundiert nachgewiesenes Interesse der Allgemeinheit kann diesen Grundsatz relativieren. Das häufig zu hörende Argument, daß die Rücksichtnahme auf die ärztliche Schweigepflicht einen höheren Registrierungsaufwand erfordere, hat keine Bedeutung gegenüber dem weitergehenden Anspruch des einzelnen betroffenen Staatsbürgers.

Eine zweite Aufgabe, die vor uns steht, betrifft die Weiterentwicklung ärztlicher Kooperationsformen. Die Gesetzgebung sowohl als auch die Planung der Verwaltung sollten Raum geben für die Entwicklung von Modellen der ärztlichen Gruppen- und Gemeinschaftspraxis. Die Anforderungen an den niedergelassenen Arzt wachsen durch die medizinisch-wissenschaftliche Entwicklung; die Arbeits- und Verantwortungslast in einer großen Sozialpraxis kann auch zur frustrierenden Vereinsamung führen, die nur durch kollegiale Nachbarschaft überwunden werden kann. Die Möglichkeiten der gegenseitigen Vertretung würden für den Krankheitsfall und für die notwendigen Fortbildungszeiten verbessert. Der Beruf des Allgemeinarztes, ganz gleich wie man ihn aus psychologischen und sonstigen Gründen bezeichnen mag, könnte wieder attraktiver und interessanter gestaltet werden. Dabei müssen aber Formen angestrebt werden, die die freie Arztwahl unbedingt sichern. Rolf Meinecke und ich haben in einer sonst durchaus beachtlichen Gemeinschaftspraxis in England doch eine erhebliche Einschränkung der Arztwahl beobachtet, die wir vermeiden müssen.

Größere, auch psychologische Schwierigkeiten wird die notwendige bessere Verbindung zwischen freier ärztlicher Praxis und Krankenhaus bereiten. Trotzdem müssen aus medizinischen, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen Lösungen gefunden werden. Schon aber auch mit Rücksicht auf die vor sich gehenden Wandlungen in der freien Praxis und in der inneren Struktur der Krankenhäuser sollten wir nicht unmittelbar eine starre organisatorische Lösung anstreben, sondern auch hier Raum schaffen für Modelle, an denen Erfahrungen gesammelt werden können.

In solchen Zusammenhängen wird gern die »Begehrlichkeit der Ärzte« als wichtiger Hinderungsgrund für alle Reformversuche bezeichnet. Natürlich gibt es diese Begehrlichkeit. Fragen wir doch aber einmal, in welcher Gesellschaft wir leben! Von einer pluralistischen Gesellschaft wird geredet und davon, daß sie letztlich optimale Leistungsfähigkeit und gesellschaftliche Harmonie gewährleiste. Diese unsere pluralistische Gesellschaft ist aber nicht überwiegend durch die Pluralität der Ideen, sondern durch die Pluralität und Konkurrenz der materiellen Ansprüche gekennzeichnet. Wir Politiker haben doch oft nur noch die Aufgabe, diese divergierenden Ansprüche in einem erträglichen Rahmen zu halten. Mir gefällt diese Ordnung in gar keiner Weise; aber wer in diesem Zusammenhang zuerst und allein eine Berufsgruppe kritisiert, kuriert am Symptom. In der Sache selbst wird er dabei keinen Schritt vorankommen.

Ich will es zunächst mit diesen wenigen Schlaglichtern genug sein lassen. Zur ärztlichen Versorgung gehört natürlich noch wesentlich mehr. Denken wir nur an die dringend notwendige Regelung der Stellung und der Aufgaben des Betriebsarztes, an die Arzneimittelversorgung, an den angestrebten sozialärztlichen Dienst und an die notwendige stärkere Mitwirkung von Ärzten z. B. bei der Stadtplanung und beim Umweltschutz. Bei der Lösung all dieser Aufgaben dürfen wir aber unter allen Umständen einige essentielle Bedingungen nicht aus dem Auge verlieren:

Der Staat setzt durch seine Gesetze den Rahmen, innerhalb dessen Ärzte wirken, Auftraggeber des Arztes ist aber in aller Regel nicht der Staat sondern der einzelne Bürger, der sich um Rat und Hilfe an ihn wendet.

Der Schutz der Intimsphäre, gerade des kranken Menschen muß gewährleistet sein, damit korrespondiert die Schweigepflicht des Arztes, die von dritter Seite nicht ohne äußerste Not durchbrochen werden darf.

Der freie Beruf ist eine der Voraussetzungen für die fachliche Entscheidungsfreiheit des niedergelassenen Arztes. In allen übrigen Bereichen des Gesundheitswesens, in denen diese Bedingung nicht erfüllbar ist, muß umsomehr auf einen ausreichenden Entscheidungsspielraum geachtet werden.

Kann sein, daß der eine oder andere meint, diese Darstellung sei etwas einseitig ausgefallen. Ich meine, daß sie vor allem notwendig ist. Bei den vielen ideologischen Planspielereien im Lande sollten wir deutlich unsere Grundsätze darstellen. Wir sozialdemokratischen Ärzte haben da manchmal einen Zweifrontenkrieg zu führen. Es bleibt deshalb nur zu hoffen, daß sich in Zukunft auch einige sog. Standesvertreter etwas nüchterner geben, die offenbar bisher glaubten, den Interessen der Ärzteschaft zu dienen, wenn sie die Sozialdemokraten und die jetzige Bundesregierung politisch angriffen. Wir haben uns zu wehren gegen ideologisierte

Theoretiker, denen es nicht um den konkreten Menschen, sondern um die Durchsetzung weltfremder Prinzipien geht, und gleichzeitig gegen manchen Berufspolitiker, dem in Wirklichkeit nur unsere ganze politische Richtung nicht paßt.

Wir werden uns bei unserer Arbeit an den Grundsätzen orientieren können, die wir uns selbst in den gesundheitspolitischen Leitsätzen und im Godesberger Programm gegeben haben.

Im Godesberger Programm heißt es: »Es gilt sowohl das Bewußtsein der eigenen Verpflichtung zur Pflege der Gesundheit zu wecken als auch dem freigewählten Arzt alle Möglichkeiten zu gesundheitserhaltenden Maßnahmen und zur Vorbeugung gegen Krankheiten zu eröffnen. Die berufliche Entscheidungsfreiheit der Ärzte muß gesichert sein.«

Besser kann man es nicht sagen. Wir sozialdemokratischen Ärzte stehen zum Godesberger Programm.

Deutscher Bundestag - 6. Wahlperiode - 174. Sitzung. Bonn Mittwoch, den 1. März 1972

Vizepräsident Frau Funke: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Bardens.

Dr. Bardens (SPD): Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Es tut mir etwas leid, Herr Kollege Jungmann, nachdem wir doch im Ausschuß und bei anderen Gelegenheiten recht gut zusammenarbeiten können, daß ausgerechnet Sie das alte Märchen von der Sozialisierungstendenz, die die SPD gegenüber dem gesamten Gesundheitswesen verfolge, wenigstens am Rande wieder hervorgeholt und einmal wieder hier vorgetragen haben. Ich meine, daß wir im Zusammenhang mit der Beratung dieser Gesetze, die in den letzten zwei Jahren im Ausschuß waren, uns doch wirklich soweit gegenseitig kennengelernt haben, daß man die sozialpolitischen und gesundheitspolitischen Motive des jeweils anderen abschätzen kann.

(Abg. Dr. Jungmann: Ich habe nicht von Ihnen gesprochen!)

Ich nehme an - ich bitte vielmals um Entschuldigung -, daß das so etwas wie eine Pflichtübung war.

(Abg. Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein: Bei wem? - Abg. Dr. Klepsch: Bei Ihnen!)

Meine Damen und Herren, mit diesem Gesetz - das ist heute schon einmal gesagt worden - steht ein wichtiges, wenn nicht das wichtigste gesundheitspolitische Gesetz dieser Legislaturperiode zur Verabschiedung an. Dieses Gesetz ist nicht durchgepeitscht worden. Alle in diesem Hause wissen, wie lange wir zur Beratung gebraucht haben. Wir haben es während einiger Monate in den Ausschüssen gründlich beraten, und wir haben dabei auch eine ganze Reihe von Vorschlägen und Anregungen des Bundesrates und der Krankenhausträgerverbände durch die Beschlüsse des Ausschusses in die Vorlage aufgenommen.

(Abg. Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein: Aber nicht die wesentlichsten!)

Zur Beratung noch eines! So manche neue Elemente, die vor allem ein Kollege in den Stil der Beratungen hineinbrachte, Elemente, die nur oder überwiegend auf Erschwerung und Behinderung der Verhandlung gerichtet waren, sollen meinerwegen vergessen sein, wenn sie nicht Schule machen. Ich würde darum bitten, den Stil etwas zu ändern, damit wir bei unserer gemeinsamen wichtigen Arbeit nicht unnötig behindert werden.

Vizepräsident Frau Funke: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein.

Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein (CDU/CSU): Herr Kollege Bardens, Sie meinen doch mit „Behinderung“ hoffentlich nicht die Tatsache, daß dem Haushaltsausschuß wenige Stunden vor der Beratung im Haushaltsausschuß die Unterlagen Ihres Fachausschusses zugegangen sind?

Dr. Bardens (SPD): Der Fachausschuß hat erst eine Stunde vor Beginn der Sitzung des Haushaltsausschusses seine Sitzung, die allerdings durch den Kollegen, von dem ich vorhin sprach, erzwungen war, abschließen können und konnte deshalb das Beratungsergebnis nicht früher übergeben. Ich will das jetzt nicht mehr ausdehnen. Ich habe ausdrücklich gesagt, es soll vergessen sein, wenn wir uns in Zukunft bemühen, korrekter zu kooperieren.

Wir Sozialdemokraten jedenfalls gingen bei unserer Arbeit von dem konkreten Verfassungsauftrag aus, der heißt: wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser, und sonst zunächst nichts. Orientiert haben wir uns dabei immer an den Interessen der kranken Menschen in unserem Land. Wir meinen, daß die Menschen in unserem Land Anspruch auf eine gute Krankenhausversorgung haben. „Die Krankenhäuser in Deutschland sind krank“, wird gelegentlich gesagt. Man sollte hier einmal festhalten, daß das nicht für

alle Aspekte unseres Krankenhauswesens gilt. Unsere Krankenhäuser sind in wirtschaftlicher Hinsicht krank - das stimmt schon -, aber die Leistungen unserer Krankenhäuser können sich bei einem internationalen Vergleich durchaus sehen lassen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU/CSU.)

An dieser Stelle sollte man einmal all denen danken, die für diese Leistungen verantwortlich waren und die diese Leistungen unter sehr widrigen Umständen aufgebracht haben.

(Beifall.)

Das sind nicht nur die Krankenhausträger aller juristischen Formen, die gemeinnützigen und die kommunalen Krankenhausträger, das ist auch das Personal in den Krankenhäusern, das oft überlastet ist, das lange Zeit unterbesoldet war und lange Zeit sehr ungünstige, sehr schwierige Arbeitsbedingungen hatte. Durch die Leistungen all dieser Beteiligten war es möglich, unser Krankenhauswesen weiterzuentwickeln, obwohl es finanziell krank war, obwohl die Krankenhäuser jährlich Milliardendefizite erwirtschaftet haben.

Eine frühere Bundesregierung - Gesundheitsminister war damals Frau Dr. Schwarzhaupt wollte dem Problem mit einer allzu simplen Patentlösung beikommen. Sie wollte nämlich einfach durch eine neue Pflegesatzverordnung die gesamten Kosten einschließlich der Investitionskosten dem Benutzer der Krankenhäuser auflasten.

Wir Sozialdemokraten haben damals durch einen Antrag im Bundestag verhindern können, daß diese Lösung realisiert wurde. Mit dieser unserer Initiative im damaligen Bundestag haben wir zweierlei sichergestellt, nämlich erstens, daß die Krankenhaus-Enquete durchgeführt wurde und wir zum erstenmal Zahlen auf den Tisch bekamen, die uns wirklich einen Überblick über die Situation des Krankenhauswesens verschafften, und zweitens, daß mit der Verhinderung der Vollkostendeckung durch die Pflegesätze der Weg für das Gesetz freigemacht wurde, das dann vorgelegt worden ist und das wir jetzt verabschieden werden.

Im Gegensatz zur Bundesregierung des Jahres 1966 - die CDU hat allerdings, wie wir wissen, ihre Meinung inzwischen geändert - gehen wir Sozialdemokraten schon seit jeher davon aus, daß die Finanzierung der Errichtung von Krankenhäusern eine öffentliche Aufgabe ist. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf entspricht diesem Grundsatz. Das Gesetz ermöglicht volle Kostendeckung für das sparsam wirtschaftende, aber auch leistungsfähige Krankenhaus. Die Investitionskosten werden von der öffentlichen Hand getragen, wobei der Bund ein Drittel der verfügbaren Investitionsmittel stellt; das ist meines Erachtens die richtige Formulierung. Die laufenden Kosten, die im Krankenhaus entstehen, trägt der Benutzer über den Pflegesatz.

Durch eine Änderung des § 4 des Gesetzes während der Ausschlußberatungen haben die Koalitionsparteien sichergestellt, daß der Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit eines Krankenhauses Vorrang hat gegenüber dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit, der natürlich auch beachtet werden muß. Das ist eine ganz wesentliche Verbesserung des Gesetzes und ein notwendiges Entgegenkommen gegenüber den Krankenhausträgern.

Der Kritik, die vorgesehenen Mittel reichten dafür nicht aus, muß wenigstens zweierlei entgegengehalten werden.

Erstens. Ich wiederhole die Feststellung eines Sachverständigen, der im Ausschuß vorgetragen hat: Jede Gesellschaft kann sich jeweils nur den Krankenhausstandard erlauben, der ihrer wirtschaftlichen Gesamtleistungsfähigkeit entspricht.

Zweitens darf doch nicht übersehen werden, daß das neue Gesetz schon im ersten Jahr durch die Zurverfügungstellung der Bundesmittel und durch die beginnende Anpassung der Pflegesätze mehr als eine Milliarde DM zusätzlich für unsere Krankenhäuser erbringt. Das ist gerade der Betrag, der vorhin von Herrn Minister Geissler als das bisherige jährliche Defizit der Krankenhäuser genannt wurde.

(Abg. Dr. Jungmann: Das ist die alte Milchmädchenrechnung!)

Das Umgekehrte, Herr Jungmann: was vorhin vorgetragen wurde, erscheint mir noch viel mehr als Milchmädchenrechnung, wenn es auch recht kompliziert dargestellt war.

Auf einen weiteren Punkt muß man aufmerksam machen. In der letzten Legislaturperiode, als bereits die notwendige Verfassungsänderung in Kraft getreten war, hat der damalige Finanzminister die Zurverfügungstellung von Bundesmitteln innerhalb der mittelfristigen Finanzplanung für die Krankenhausfinanzierung auf der Grundlage der Verfassungsvorschrift abgelehnt. Bei einer Haltung, wie sie der damalige Finanzminister eingenommen hat, wären wir heute noch nicht in der Lage, ein Krankenhausfinanzierungsgesetz mit Bundesbeteiligung vorzulegen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Nun, ich meine, die Mittel, die jetzt durch dieses Gesetz zusätzlich mobilisiert werden, können sich sehen lassen und werden helfen. Aber an dieser Stelle muß ich noch etwas auf das eingehen, was Herr Minister Geissler vorhin vorgetragen hat. Herr Minister, Sie kommen aus einem Land, in dem es mit der Krankenhausfinanzierung in der Vergangenheit in mancher Hinsicht nicht gar so gut bestellt war. Das wird sich jetzt bessern. Ich weiß aus meiner Heimatstadt, wie das mit der Krankenhausfinanzierung ohne gesetzliche Regelung ausfallen kann. Da war bisher tatsächlich Willkür drin; darüber gibt es gar keinen Zweifel. Die Stadtgemeinde Ludwigshafen hat ein Krankenhaus mit einem Kostenvolumen von 50 Millionen DM gebaut. Die Beteiligung des Landes lag, obwohl dieses Haus notwendig war - Sie wissen es, Herr Minister -, in der Größenordnung einiger tausend D-Mark. So sah es doch bisher aus. Ich meine, daß dieses Gesetz solche Willkür in den Ländern draußen für die Zukunft wirklich verhindern wird.

Selbstverständlich muß sich dieses Gesetz in der Praxis draußen auch bewähren. Es schafft ja ein völlig neues System der Finanzierung bestimmter, spezifischer öffentlicher Leistungen. Wir werden die Bundesregierung in unserem Entschließungsantrag bitten, uns nach Ablauf von zwei Jahren Bericht zu erstatten über die Auswirkungen des Gesetzes und über die Situation der Krankenhäuser. Dann werden wir natürlich die eine oder andere Bestimmung den Erfahrungen, die in diesen zwei Jahren gemacht werden, anpassen können. Aber im voraus zu unken und im voraus zu behaupten, daß das Geld, das zusätzlich kommt, zu einer Verschlechterung der finanziellen Situation der Krankenhäuser führen würde, das sollte man bleiben lassen. Man sollte jetzt wirklich einmal die Anwendung des Gesetzes in der Praxis abwarten.

Der Vorschlag übrigens, ein Krankenhausbudget aufzustellen, an dessen Aufstellung Bund, Länder und Gemeinden und die Träger beteiligt wären, ist zumindest interessant. Herr Minister Geissler, ich glaube, wir werden auf diesen Vorschlag bei der weiteren Diskussion durchaus noch einmal zurückkommen können.

Die Opposition - ich muß mich leider noch einmal mit der Opposition beschäftigen - wollte mit ihren Anträgen in Wirklichkeit, so meine ich, ein leeres Füllhorn über alle Betroffenen und Interessierten ausgießen. Da ist so etwas klassenloses Krankenhaus für Herrn Katzer drin, etwas - aber nur etwas - krankenhausärztliche Vereinigung für den Hartmann-Bund; ich will nachher noch einmal auf Ihre Vorstellungen davon zu sprechen kommen, wo Ihre Kollegialität im Krankenhaus endet, wo sie ihre untere Begrenzung hat. Da wird etwas Hotelkomfort für den Kranken angeboten, aber natürlich ohne Beitragserhöhungen und ohne - was das wichtigste ist - daß die Voraussetzungen dafür in den Krankenhäusern überhaupt schon vorhanden wären. In vielen Krankenhäusern zumindest sind sie nicht vorhanden. Da wird Bedarfsplanung in den Ländern als wesentlicher Grundsatz akzeptiert, aber zugleich wird die Weiterfinanzierung aller Einrichtungen, die dieser Bedarfsplanung nicht entsprechen, verlangt. Das geht einfach nicht. Wir meinen, daß etwas Schwindel darin ist, wenn man solche miteinander unvereinbaren Forderungen kombiniert in Anträgen hier vorlegt und meint, daß wir nicht darauf kämen.

Wir wollen weder eine überkommene Krankenhausstruktur durch dieses Gesetz festschreiben, noch wollen wir irgendeine denkbare idealistische Struktur für die Zukunft durch dieses Gesetz vorschreiben. Zu beidem fühlen wir uns nicht befugt. Die Krankenhäuser befinden sich in einem Strukturwandel. Frau Minister Strobel hat einmal gesagt, unsere Krankenhäuser befänden sich in einer Experimentierphase, und in dieser Phase sollte der Bundesgesetzgeber keine zu weitgehenden Vorschriften machen, den Krankenhäusern kein starres Korsett anziehen.

Wir haben die wirtschaftlichen Grundlagen für eine zukunftsorientierte Entwicklung auch der inneren Struktur des Krankenhauses geschaffen. Das war der Auftrag an uns als Bundesgesetzgeber. Die Krankenhaussträger selbst sind nun aufgefordert, zusammen mit ihren Vertragspartnern die sozialen Nachteile, die z.B. noch vielfach die Folge der überholten Klassenstruktur mancher Krankenhäuser sind, abzubauen. Das ist Sache der Vertragspartner draußen, und sie haben sicher durch dieses Gesetz die materiellen Voraussetzungen, so etwas zu tun.

Wir wünschen, daß - wo immer möglich - die hierarchische Personalstruktur im Krankenhaus abgelöst wird durch eine Struktur moderner Funktionsteams, zu denen im modernen Krankenhaus aber alle - auch die Mitarbeiter des Arztes - gehören müssen. Das kann eben nicht beim Facharzt aufhören; es können nicht alle übrigen Mitarbeiter und auch alle übrigen Arztkollegen im Krankenhaus ausgeschaltet werden. Wir meinen, daß die moderne Medizin eine solche Form der auch vertikalen Kooperation im Krankenhaus erfordert.

Wir wollen genau wie Sie, daß den Kranken in Zukunft nach Möglichkeit ein differenziertes Angebot an Leistungen im Krankenhaus zur Verfügung steht, ein Angebot auch an Leistungen, die nicht im engeren Sinne medizinisch begründet sind. Dabei muß sichergestellt werden, daß durch die Inanspruchnahme solcher Leistungen der Behandlungsanspruch anderer Patienten nicht geschmälert wird. Aber all das konnte man in diesem Gesetz auch aus verfassungspolitischen Gründen - nicht regeln.

Zum Teil fehlen doch draußen in den Krankenhäusern auch schon die Voraussetzungen, z. B. hinsichtlich der Bausubstanz. Wo noch keine Einzelzimmer oder keine Zwei- und Dreibettzimmer vorhanden sind - und das ist doch häufig noch der Fall -, kann man sie einfach nicht anbieten. Und wer im Gesetz schreibt, daß jeder das Recht habe, im Krankenhaus eine solche Unterbringung zu fordern, verspricht einfach dem Bürger Leistungen, deren Voraussetzungen draußen noch nicht vorhanden sind.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Zu einer Befürchtung vor allem von Teilen der Ärzteschaft ist vorhin schon einmal Stellung genommen worden; ich will trotzdem noch etwas dazu sagen. Die Formulierung in § 2 Abs. 1 mit dem berühmten Wörtchen „können“, die besagt, daß „die zu versorgenden Personen“ im Krankenhaus auch gepflegt und untergebracht werden können, soll wirklich lediglich sicherstellen -und es ist gar keine andere Rechtsfolge aus der Formulierung ableitbar -, daß sich die Krankenhäuser auch in Zukunft anpassen können. Niemand von uns weiß doch, welche Behandlungsformen in den nächsten zehn Jahren entwickelt werden und wie die Krankenhäuser dann auf diese neuen Behandlungsformen reagieren müssen.

Wir wollen, wie ich vorhin schon einmal sagte, oben wirklich kein starres Korsett, weder für die Krankenhäuser noch für die anderen Gruppen und Einrichtungen, die am Gesundheitswesen insgesamt beteiligt sind.

Diese Formulierung, von der ich sprach, bedeutet keine Öffnung der ambulanten ärztlichen Versorgung für die Krankenhäuser. In diesem durch die Reichsversicherungsordnung geregelten Bereich, dem Kassenbereich, gilt eben das, was in der Reichsversicherungsordnung steht, und die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung müßte man ändern, wenn man diese rechtliche Abgrenzung beseitigen wollte. Mit diesem Gesetz geschieht das eben nicht.

Wir haben durch unsere Beschlüsse die weitgehende Mitwirkung der Betroffenen auf Bundes- und Landesebene sichergestellt. In unserem Entschließungsantrag fordern wir die Länder auf, das Gesetz so unbürokratisch wie möglich anzuwenden. Ich glaube, auch das kann man nicht im Gesetz verschreiben, sondern hier muß die politische Aufforderung, muß der politische Druck wirksam werden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist aber ein frommer Wunsch!)

Daß allerdings mit der Hergabe öffentlicher Mittel für einen gemeinnützigen Zweck gewisse Auflagen und Bedingungen verbunden sein müssen, wird doch jeder bestätigen, der dafür Verantwortung trägt, und das heißt doch im Grunde: auch jedes Mitglied in diesem Hause. Gelegentlich beklagte Willkür - ich sage ausdrücklich: g e l e g e n t l i c h zu Recht beklagte Willkür in der bisherigen Praxis der Vergabe von Landesmitteln wird doch gerade durch die einheitliche Regelung in diesem Gesetz in Zukunft vermieden.

Wir haben einem Anliegen der Krankenhausträger noch dadurch Rechnung getragen, daß wir in § 8 ausdrücklich festgehalten haben, daß die Nichtaufnahme in einen Krankenhausbedarfsplan eines Landes den Rechtsweg eröffnet, d. h. daß der betroffene Krankenhausträger gegen diese Nichtaufnahme auf dem Verwaltungsrechtsweg klagen kann. Auch diese Regelung kann Dirigismus, der in der Verwaltung immer wieder einmal möglich ist, hemmen. Wer allerdings überhaupt von Dirigismus redet, sollte sich, so meine ich, doch an die CDU/CSU wenden, die mit ihren Anträgen zu § 17 sehr stark in die innere Struktur der Krankenhäuser hineinregieren wollte.

Im Rahmen einer gewissen Aktion - es war als Aktion spürbar - gegen dieses Gesetz wurden auch die angeblich enteignungsähnlichen Wirkungen, die von diesem Gesetz ausgingen, kritisiert. Dabei ist doch aber gerade die Folge dieses Gesetzes, daß die Krankenhäuser ihre Substanz durch kostendeckende Finanzierung nicht mehr aufbrauchen müssen wie bisher. Das war doch bisher ein schleichender Dauerenteignungsvorgang, weil der Staat, weil der Gesetzgeber nichts getan hat, um die Krankenhäuser vor diesem Substanzverlust zu bewahren.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Jetzt wird ja eben dafür gesorgt, daß dieser Substanzverlust in Zukunft nicht weitergeht.

Im übrigen haben wir im Gesetz für die Häuser, die aus den Gründen ausscheiden werden, die im Gesetz angegeben sind, weil sie gültigen Anforderungen nicht mehr genügen, zum erstenmal überhaupt nach diesem Gesetz einen Härteausgleich gewährt, was es vorher auch nicht gab. Es gibt finanzielle Übergangshilfen, um diesen Häusern zu helfen, sich auf neue Aufgaben vorzubereiten und umzustellen. Das gab es bisher doch auch rechtlich überhaupt nicht. Es hat für diese Krankenhäuser, die auch bisher schon ausscheiden mußten, keinerlei Hilfen in diesem Sinne gegeben. Alles, etwa auch die Finanzierung inzwischen nutzlos gewordener Kapazitäten und Betriebe, kann man dem Staat und seinen Bürgern auch nicht anlasten, auch nicht zumuten. Die Möglichkeiten, die wir haben, sind schließlich begrenzt.

Das Gesetz schließt Einrichtungen, die nicht unmittelbar der stationären Versorgung dienen, also vor allem Krankenpflegeschulen und -wohnheime grundsätzlich aus der Mitfinanzierung aus. Es muß ausdrücklich gesagt werden »grundsätzlich«, weil wir ja auch Ausnahmen vorgesehen haben. Wir meinen, daß die Krankenpflegeausbildung nicht vom Krankenhaus getrennt werden sollte. Das ist eine ganz andere Frage. Die Krankenpflegeausbildung sollte so schnell als möglich in das allgemeine und berufliche Bildungswesen eingegliedert werden, um endlich den richtigen Rang zu bekommen. Der Mangel an Nachwuchs in diesen Berufen hat, teilweise wenigstens, auch seine Ursachen darin, daß die Ausbildung in diesen Berufen ihrem Rang nach nicht gleichwertigen Berufen draußen in unserer Gesellschaft gestellt ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ausbildungstragen sind nun einmal, auch nach unserer Verfassung, Ländertragen, und auch die Finanzierungskompetenz für diese Dinge liegt bei den Ländern.

Soweit Wohnungsbau im Zusammenhang mit einem Krankenhaus betrieben wird, gehört er nach unserer Vorstellung in den Rahmen des allgemeinen Wohnungsbaus, der allgemeinen Wohnbauförderung. Allerdings haben wir im Gesetz auch vorgesehen, daß auch Personalwohnungen, wenn nur dadurch die Leistungsfähigkeit eines Krankenhauses sichergestellt werden kann, zur Verfügung gestellt werden. Das ist im einzelnen Fall nachzuweisen, aber dann kann auch der Bau solcher Personalunterkünfte und -wohnungen in die öffentliche Förderung einbezogen werden. Es ist ausdrücklich für alle diese Grenzfälle in diesem Gesetz alles vorgesehen, was man vorsehen kann.

Wir meinen, daß wir die wirtschaftliche Lage aller Beteiligten in der Krankenhausversorgung durch dieses Gesetz wesentlich verbessern. Damit haben wir auch die Voraussetzung geschaffen, um jedem Krankenhausbenutzer wenigstens in der Zukunft ein besseres Angebot an Leistungen zur Verfügung zu stellen und ihn vielleicht auch in Zukunft, wenn die Entwicklung weitergegangen ist, in jedem Falle nach seinen Wünschen unterbringen zu können. Wir gehen allerdings davon aus, daß die Krankenhäuser nach einiger Zeit soweit entwickelt werden, daß wir z. B. nur noch Ein-, Zwei- und Dreibettzimmer haben werden, daß die Wünsche nach ganz besonderer Behandlung und Unterbringung ohnehin in Zukunft kaum noch Bedeutung haben werden. Wir müssen dafür sorgen, daß die Krankenhäuser tatsächlich für jeden eine optimale Unterbringung ermöglichen.

(Zuruf des Abg. Katzer.)

Die rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, wie gesagt, für diese Entwicklung schafft unser Gesetz. Soweit die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen in den Krankenhäusern selbst bereits heute gegeben sind, sollten individuelle Wünsche berücksichtigt werden, ohne daß damit andere, vom Benutzer nicht gewünschte Leistungen im Krankenhaus zwangsweise verbunden werden. Alle Beteiligten im Krankenhaus haben jetzt die Chance, den medizinischen und sozialen Forderungen der

Zukunft gerecht zu werden. 1969, nach vor der Bundestagswahl, durfte ich im Namen meiner Partei vor dem Internationalen Krankenhausstag unsere Vorstellungen über ein Krankenhausfinanzierungsgesetz vortragen. Das jetzt vorliegende Gesetz entspricht genau den Grundsätzen, die ich damals vorgetragen habe. Wir Sozialdemokraten haben wieder einmal Wort gehalten.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die Reform des §218 StGb

als Beispiel dafür, wie Strafrechtsreform, Gesundheitspolitik und Sozialpolitik als integrierte Politik für den Menschen begriffen werden

Die Problematik des Lebensschutzes hat in allen Gesellschaften immer eine große Rolle gespielt. Dabei richteten sich die Normen nach dem jeweiligen Kenntnisstand und die Strafandrohungen leider oft nach dem ideologisch begründeten Staatsinteresse.

Das erste reichseinheitliche Strafgesetzbuch, die CAROLINA von 1532 ging davon aus, daß die Tötung der »Leibesfrucht« erst strafbar sei, wenn diese selbständig außerhalb des Mutterleibes leben könne. Das kam mindestens auf eine Sechsmonatsfrist heraus.

Die Nationalsozialisten brachten ein menschenverachtendes Kuriosum zustande. Einerseits hoben sie die Strafandrohung nach § 218 auf, wenn es sich um »Schwangerschaftsabbrüche aus eugenischen Gründen« handelte. Andererseits führten sie 1943 mit § 218 (3) die Todesstrafe ein, wenn der Täter »dadurch die Lebenskraft des deutschen Volkes fortgesetzt beeinträchtigt«.

Nachdem in Deutschland schon mehr als 50 Jahre über eine humane und wirksame strafrechtliche Regelung für Handlungen im Zusammenhang mit Schwangerschaftsabbrüchen gestritten wurde, gab es am 25. April 1974 im Deutschen Bundestag zum ersten mal die Chance, zeit- und menschengerecht zu entscheiden.

Es standen im wesentlichen drei Entwürfe zur Debatte und zur Abstimmung: die »Fristenlösung« (SPD/FDP), die »Indikationslösung« (CDU/CSU) und die »erweiterte Indikationslösung« (Gruppe von SPD-Abgeordneten). Ich selbst trat entschieden für die »erweiterte Indikationslösung« ein und wurde deshalb auch heftig und nicht gerade sachlich angegriffen.

Bei der namentlichen Abstimmung erhielt der »Fristen«-Entwurf nicht die Mehrheit der Stimmen, sodaß ein Stichentscheid nötig wurde. Das Bundesverfassungsgericht hob schließlich die Fristenregelung auf, fügte aber eine erweiterte soziale Notlagenindikation hinzu, sodaß die vorläufige Rechtslage fast »meinem« Entwurf entsprach. Leider fehlt auch im jetzt geltenden Gesetz die Straffreiheit der betroffenen Frau, die das wichtigste Element in meinem Entwurf war. Daß dieser Entwurf aber schließlich doch als konsensfähig angesehen wurde, zeigt die Tatsache, daß ich vom Ausschuß einmütig zum Berichterstatter bestimmt wurde.

Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, 95. Sitzung. Bonn, Donnerstag, den 25. April 1974

Präsident Frau Renger: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Bardens.

Dr. Bardens (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem jahrzehntelang leidenschaftlich um das Problem gerungen worden ist, über das wir in dieser Woche zu entscheiden haben - so oder so -, nachdem wir uns fast ein Jahr lang in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages intensiv um Lösungen bemüht haben, müssen wir eben jetzt entscheiden. Wir wollen die Vorschriften über die Abtreibung, wie sie jetzt im Strafgesetzbuch enthalten sind, durch die Reform, durch neue Gesetze, ersetzen. Für diese Reform sprechen eine Reihe gewichtiger Gründe, die ich wenigstens teilweise noch einmal vortragen will.

Da ist zunächst die Tatsache, daß es auch bei uns trotz des noch geltenden strengen Strafrechts viele, sicher viel zu viele Schwangerschaftsabbrüche gibt. Dies ist nicht gut für unsere Rechtsordnung; dies ist nicht gut für die Geltung des Rechts. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir in dieser doch weitgehend offenen, freizügigen Welt der westlichen Industriestaaten leben, in der die Gültigkeit auch von Strafgesetzen nur dann einigermaßen gesichert ist, wenn die Rechtsordnungen der Nachbarn ähnlich sind. Wenn wir eine Insel streng restriktiver Ordnung in einem Kreis von Nachbarn sind, die großzügiger sind als wir, laufen die Betroffenen vor unserem Recht davon, und das dient sicher nicht der Glaubwürdigkeit unserer Rechts- und Sozialordnung, festigt nicht das Vertrauen des Bürgers zu unserem Staat.

(Beifall bei der SPD.)

Damit zusammenhängend ein weiterer Grund für die Notwendigkeit der Reform, für die Notwendigkeit unseres Handelns: Dieses Ausweichen vor unserem Recht muß erkaufte werden, kann leider erkaufte werden. Ob man ausweichen kann, hängt vielfach von der Dicke der Brieftasche ab.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien.)

Für die Ärmsten, die sich in ernster Bedrängnis befinden, gibt es diesen Weg nicht. Das relativiert, so meine ich, in gefährlicher Weise das Gleichheits- und Sozialstaatsgebot unserer Verfassung.

Aber der wichtigste Grund, der wenigstens mich jetzt zum Handeln zwingt, ist die Härte unseres Gesetzes gegenüber vielen verzweifelte Frauen, denen bisher nicht wirklich geholfen werden kann. Ich weiß nicht, wie viele in diesem Hause die Situation je erlebt haben, in der ein Arzt einer psychisch und oft auch physisch zu-

sammengebrochenen Frau gegenübersteht und in der er ihr nur mit gutem Zureden helfen kann, das meist noch nicht einmal tröstet. Ich habe diese für einen Arzt zutiefst beschämende Hilflosigkeit in meinem Berufsleben oft genug erfahren und erleiden müssen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Jaeger)

Das darf, und ich bin überzeugt, das wird nicht so bleiben nach dieser Woche.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD.)

Für viele, leider aber nicht für alle von uns, ist das ein wirklicher Grund für die anstehende Reform des Strafrechts. Das Gebot der Liebe gilt gegenüber allem Leben. Aber es erlaubt uns überhaupt nicht, die Verzweiflung eines ausgewachsenen Mitmenschen kühl zu übergehen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Aber, wenden manche ein, es gibt doch auch jetzt schon die Möglichkeit eines legalen Schwangerschaftsabbruchs. Nun, im Jahre 1972 waren das in der Bundesrepublik etwas über 8 000 genehmigte Schwangerschaftsabbrüche. Was sagt das? Ich meine, gerade diese Zahl - und schon allein diese Zahl - zeigt das Mißverhältnis gegenüber der Größe des Problems, das vor uns steht. Und wer die Länderzahlen miteinander vergleicht, sieht, daß es innerhalb des Bundesgebietes größere Unterschiede gibt also sonst oft zwischen Staaten verschiedener Rechtsordnung; auch das übrigens ein Beitrag zum Thema Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in unserem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD.)

Aber nun zurück zu den abgeschlossenen Ausschlußberatungen. Ich möchte mich zunächst bei allen für die kollegiale Art bedanken, in der sie miteinander und auch mit mir umgegangen sind. Die Art der Argumentation gegeneinander war dort sauber, war dort von Respekt gegenüber den jeweils anderen erfüllt; ganz im Gegensatz zu leider manch schlimmen Erscheinungen bei der Diskussion in der Öffentlichkeit.

Während dieser Ausschlußberatungen sind alle vier vorliegenden Gesetzentwürfe verändert und, ich meine, auch alle vier Entwürfe verbessert worden. Schon daran zeigt sich übrigens nach meiner Überzeugung, daß es sinnvoll und hilfreich war, daß unser Entwurf einer so bezeichneten erweiterten Indikationenlösung, einer Indikationenregelung, mit vorlag. Dieser Entwurf hat wie eine Art Symmetrieachse gewirkt, war gleichzeitig Grenzlinie zwischen den Entwürfen der beiden Hauptgruppen, über die später bei der Abstimmung entschieden wird.

Er war in mancherlei Hinsicht der zentrale Entwurf, von dem Anregungen nach beiden Seiten ausgingen. Ein Indiz für die Richtigkeit dieser Feststellung ist es meines Erachtens auch, daß der Entwurf in der Öffentlichkeit von beiden extremen Seiten angegriffen wurde. Leider aber konnte dieser Vorgang des Veränderns der Entwürfe und auch der Ausstrahlung unseres Entwurfs auf die anderen nicht dazu führen, daß sich die großen Gruppen unserem Entwurf anschlossen. Die Vorurteile - ich meine das nicht abwertend, kritisch oder polemisch - waren zu groß.

Ich will noch einmal unseren Entwurf in den wesentlichen Grundzügen darstellen und mich mit der Kritik an ihm auseinanderzusetzen versuchen. Der Entwurf geht zunächst davon aus, daß alles getan werden muß, um alle psychologischen und institutionellen Barrieren abzubauen, die eine Frau daran hindern könnten, den einzig richtigen Weg zu gehen, nämlich den zum Arzt oder zur Beraterstelle. Deshalb, und weil wir überzeugt sind, daß die Frau, die einen Schwangerschaftsabbruch will, sicherlich in einer schweren Konfliktsituation sich befindet, sieht unser Entwurf die generelle Straflosigkeit der Frau vor, während die übrigen drei Entwürfe an der grundsätzlichen Strafandrohung gegen die Frau festhalten.

Die Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch soll nach unserem Entwurf letztlich nur zwischen der Frau und ihrem Arzt reifen und gefällt werden. Trotz des Erfordernisses, daß der behandelnde Arzt sich mit einem Kollegen beraten soll, ist er an das Urteil dieses anderen Arztes nicht gebunden. Dies sei auch noch einmal denen gesagt, die bis in die letzten Stunden in Briefen an mich behaupten, wir wollten die Frauen vor ein Tribunal zerren.

Das Kernstück des Entwurfs ist aber eine weitgefächerte und wirklich allen Notwendigkeiten gerecht werdende Indikationenregelung. Über die rechtstheoretische und ethische Begründung für diese Indikationenregelung hat mein Kollege Müller-Emmert bei der ersten Beratung unseres Gesetzentwurfs, wie ich meine, das Notwendige gesagt. Ich muß es nicht wiederholen, und ich bin dazu vielleicht auch nicht so sehr geeignet; von dem einen verstehe ich zuwenig, und für die andere Aussage ist möglicherweise meine Sprache zu spröde.

Gegen Indikationen wird eingewendet, es dürfe überhaupt keine formale Rechtfertigung für Tötung geben. Aber das wird uns ausgerechnet von einem Anhänger der Fristenregelung vorgehalten. Eingewandt wird außerdem, daß unsere Notlagenindikation - Herr Kollege von Schoeler ist ja darauf jetzt gerade eingegangen - zu weit ginge, mißbraucht werden könnte. Nun, ich würde diese Indikation eigentlich lieber Konfliktindikation nennen. Glaubt denn jemand hier unter uns, daß wir je alle Konflikursachen beseitigen könnten, die eine schwangere Frau im Kern ihrer Persönlichkeit treffen und verletzen? Wissen wir denn nicht, daß viele dieser Konflikte

keine materiellen Ursachen haben, also auch nicht durch Geld- und Sachleistung behoben werden können?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD.)

Aber andererseits: Diese Konfliktindikation müßte doch in unserer Gesellschaft als ständiger Stachel wirken, soviel wie möglich und so intensiv wie möglich soziale Ursachen für solche existentiellen Konflikte zu beseitigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD.)

Was spricht dagegen für das vorliegende Fristenmodell? Wahrscheinlich die bessere Praktikabilität bei Überwachung und Rechtsprechung. Das reicht mir nicht ganz aus. Außerdem allenfalls die relative Ungefährlichkeit des Schwangerschaftsabbruchs zu einem möglichst frühen Zeitpunkt. Aber schon diese zweite Bedingung ist auch sonst zu wahren. In New York - das haben wir ja gesehen - werden über 90 % aller Schwangerschaftsabbrüche innerhalb der ersten 12 Wochen der Schwangerschaft vorgenommen, obwohl dort eine Sechsmonatsfrist gilt.

Gegen eine Fristenregelung spricht aber, daß sie nach der öffentlichen Argumentation der letzten Monate bei vielen betroffenen Frauen die Illusion auslöst, daß sie selbst und ganz allein entscheiden könnten, ob ihre Schwangerschaft abgebrochen werden soll oder nicht. Dabei ist auch im Artikel 2 des Fristenentwurfs wie in allen anderen Entwürfen z.B. das Weigerungsrecht des Arztes verankert. „Niemand ist verpflichtet“, so heißt es dort, „an einem Schwangerschaftsabbruch mitzuwirken“.

Vereinzelt wurde zur Begründung einer Frist im Gesetz der Versuch gemacht, biologische, embryologische Daten heranzuziehen. Auch dies ist nach meiner Überzeugung untauglich. Nach seinem Inkrafttreten wird dieses Gesetz nicht im Labor angewandt. Es muß dann in jedem Einzelfall über jeweils konkretes Leben, geborenes oder ungeborenes, entschieden werden. Die Verantwortung für die Vorschriften des Gesetzes tragen wir hier und können sie nicht auf irgendwelche Sachverständigen abwälzen.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU.)

Bei einigen wenigen Ärzten - und es brauchen nur wenige zu sein-, fürchte ich, kann der falsche Eindruck entstehen, sie seien innerhalb dieser Frist von 12 Wochen von ihrer generellen Verpflichtung befreit, ihr Handeln zu rechtfertigen und nach den sogenannten Regeln der ärztlichen Kunst zu handeln. Diese Regeln betreffen nicht nur technische Bedingungen, etwa daß man steril arbeiten muß oder das richtige Instrument zu wählen hat. Nein, diese Regeln bedeuten sorgfältige Risikoabwägung. Das nennt man eben auch „Indikationsstellung“. Der Arzt ist bei seinem Handeln, auch wenn es um einen Schwangerschaftsabbruch geht, noch an

andere Rechtsvorschriften und daraus abgeleitete Verpflichtungen gebunden. Man braucht nicht den vielberufenen Eid des Hippokrates zu zitieren. Die Bundesärzterordnung von 1970, die wir hier beschlossen haben, sagt in § 1 ganz schlicht: „Der Arzt dient der Gesundheit des einzelnen Menschen und des gesamten Volkes.“ Nicht mehr und nicht weniger steht dort.

Der Arzt muß also der Gesundheit dienen, und das heißt doch wohl, daß er sein Handeln in jedem Einzelfall durch den Nachweis rechtfertigen muß, daß er mit diesem Handeln der Gesundheit diene. Auch das nennt man bisher - bevor die Juristen sich mit diesem Wort beschäftigt haben - „Indikationsstellung“. Ich würde es begrüßen, wenn dabei mehr als bisher von unseren Ärzten auch soziale Bedingungen des Gesundseins und Krankseins berücksichtigt würden.

(Beifall bei der SPD.)

Dies wäre sicher aber gerade durch eine breite medizinisch-soziale oder überwiegend sozial formulierte Indikation zu fördern, wie wir sie in unserem Entwurf vorsehen.

Wir dürfen aber keinesfalls durch die Schaffung eines auch für den Arzt straffreien Raumes im Sinne einer Frist wenige dazu verleiten, aus ihrem Beruf das häßlichste Gewerbe zu machen, das vorstellbar ist, das Gewerbe des Abtreibers.

Wenn ich nun von den tatsächlichen oder potentiellen schwarzen Schafen spreche, die es unter den Ärzten genauso gibt wie in jeder anderen Gruppe unserer Bevölkerung, dann meine ich, daß ich andererseits verpflichtet wäre, entschieden für die große Mehrheit der Ärzte draußen einzutreten, die ihre Pflicht tun. Sie wurden während der letzten Monate von Gruppen außerhalb des Parlaments wegen ihres Eintretens für die Indikationenregelung oft in infamster Weise verleumdet. Es steht uns allen in diesem Hause zu, diese Angriffe entschieden zurückzuweisen.

(Beifall.)

Wir müssen doch daran denken, daß, ganz unabhängig davon, wie die Entscheidung am Ende dieser Woche aussehen wird, wir die Ärzte und ihre positive Mitarbeit brauchen, wenn wir eine humane Praxis sichern wollen.

Nach gründlicher Abwägung aller Gründe und Gegengründe und nach vielen selbstkritischen Diskussionen sind wir, die Initiatoren des sogenannten erweiterten Indikationenmodells, aus all diesen Argumenten bei unserer Überzeugung geblieben. Ich will diese wichtigen Gründe, wenigstens die wichtigsten, noch einmal kurz aufzählen: Straffreiheit der Frau, um ihr den Weg zur Beratung ganz frei zu machen;

Entscheidung durch den behandelnden Arzt, der auch die Verantwortung trägt, nicht durch eine Entscheidungskörperschaft, durch ein Entscheidungsgremium;

stark medizinisch und sozial betonte Indikationen, die nicht nur den allgemeinen Pflichten der Ärzte gerecht werden, sondern soziale Gründe für ärztliches Handeln fördern sollen und fördern werden; Verzicht darauf, rein schematisch zwischen dem Anspruch geborenen und ungeborenen Lebens zu unterscheiden.

Viele unter uns und auch ich haben den Eindruck, daß die Fronten für die endgültige Entscheidung offenbar markiert sind. Trotzdem appellieren wir jetzt noch einmal an alle hier im Hause, mit uns nochmals mitzudenken und zu überlegen, ob das, was wir anbieten, nicht doch die bessere, die humanere, die die Verantwortung förderndere Lösung des Problems ist, das uns vorgegeben ist. Wirkliche Lösungen wird es keine geben; voll zufriedenstellend wird keines der möglichen Ergebnisse unserer Beratung und Abstimmung sein. Das liegt schon daran, daß wir über das Strafrecht, das seiner Natur nach dazu nur wenig geeignet ist, positiv gestaltende gesundheits- und sozialpolitische Entscheidungen möglich machen mußten. Aber wir sollten uns alle dazu freimachen, dem optimalen Entwurf zuzustimmen, und das ist nach meiner Überzeugung eben der Entwurf, den ich hier vertrete.

Die Grundproblematik verliert an Gewicht, wenn wir im übrigen damit rechnen dürfen, daß alle Menschen in unserem Lande mithelfen, den demokratischen und , sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen, wirklich ständig daran zu arbeiten, die Bedingungen des sozialen Lebens und die Bedingungen der Frauen und Mütter zu verbessern. Wir jedenfalls wollen das unsrige dazu tun. Vor allem aber bitten wir diejenigen in unserem Lande, die das neue Gesetz handhaben müssen, behutsam und sorgfältig zu handeln. Die Ärzte bitten wir, sich der Aufgabe, die nur mit ihnen zusammen bewältigt werden kann, nicht zu verweigern.

Nun noch ein Wort an die CDU/CSU gerade nach dem, was Herr Kollege Eyrich im Zusammenhang mit der finanziellen Schwelle gesagt hat, die vor dem Schwangerschaftsabbruch liegt und die man nicht beseitigen dürfe. Ich meine, daß man so nicht argumentieren darf, und muß Sie bitten, nicht den Bundesrat als Obstruktionsinstrument gegen das zu verwenden, was nach unserer Debatte Gesetz werden soll.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Was Sie nach Ihren eigenen Ankündigungen mit jedem Strafrechtsreformergänzungsgesetz vorhaben, müßte nach meiner Überzeugung katastrophale Auswirkungen haben.

Wenn Sie ,die Leistungspflicht der sozialen Krankenversicherung auf ,die Fälle engster medizinischer Indikation beschränken, schaffen Sie ein Zweiklassenrecht, das diese unsere Gesellschaft nicht aushält.

(Zustimmung bei der SPD.)

Wenn Sie die sozialversicherte Frau zwingen wollen, gegenüber der Krankenkasse das Vorliegen einer medizinischen Indikation nachzuweisen, während die selbstzahlende Frau dies nicht nötig hätte, würden Sie etwas provozieren, was Sie hoffentlich nicht wollen: das große Geschäft mit der Abtreibung. Da liegt in Wirklichkeit der große, wohl kaum zu überbrückende Unterschied zwischen Ihnen, die Sie auch von Indikationen reden, und uns. Wenn man nämlich die soziale Kehrseite Ihrer Absichten sieht, merkt man: Auf der Vorderseite klebt ein falsches Etikett. Sie reden zwar sehr viel davon, welche sozialen Leistungen notwendig seien, um den Schwangerschaftsabbruch zu vermeiden, aber Sie wollen, wie gesagt, ein Zweiklassenrecht schaffen.

Wir werden in ,der Öffentlichkeit dazu beitragen, daß die Bürger unseres Landes diese Ihre Absichten erkennen, und werden dafür sorgen, daß Sie die Quittung dafür erhalten, falls Sie so handeln sollten.

An unsere wahren Freunde hier in diesem Hause aber richte ich noch einmal die Bitte, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Urteil des Ersten Senats des BVerfG vom 25. Februar 1975 (BVerfGE 39, 1)

mit abweichender Meinung der Richterin Rupp-v. Brünneck und des Richters
Dr. Simon (BVerfGE 39, 68)

I.

§ 218a des Strafgesetzbuches in der Fassung des Fünften Gesetzes zur Reform des Strafrechts (5. StrRG) vom 18. Juni 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1297) ist mit Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes insoweit unvereinbar und nichtig, als er den Schwangerschaftsabbruch auch dann von der Strafbarkeit ausnimmt, wenn keine Gründe vorliegen, die — im Sinne der Entscheidungsgründe — vor der Wertordnung des Grundgesetzes Bestand haben. [7]

II.

Bis zum Inkrafttreten einer gesetzlichen Neuregelung wird gemäß § 35 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht angeordnet:

1. § 218b und § 219 des Strafgesetzbuches in der Fassung des Fünften Gesetzes zur Reform des Strafrechts (5. StrRG) vom 18. Juni 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1297) sind auch auf Schwangerschaftsabbrüche in den ersten zwölf Wochen seit der Empfängnis anzuwenden.

2. Der mit Einwilligung der Schwangeren von einem Arzt innerhalb der ersten zwölf Wochen seit der Empfängnis vorgenommene Schwangerschaftsabbruch ist nicht nach § 218 des Strafgesetzbuches strafbar, wenn an der Schwangeren eine rechtswidrige Tat nach den §§ 176 bis 179 des Strafgesetzbuches vorgenommen worden ist und dringende Gründe für die Annahme sprechen, daß die Schwangerschaft auf der Tat beruht.

3. Ist der Abbruch der Schwangerschaft in den ersten zwölf Wochen seit der Empfängnis von einem Arzt mit Einwilligung der Schwangeren vorgenommen worden, um von der Schwangeren die auf andere ihr zumutbare Weise nicht abzuwendende Gefahr einer schwerwiegenden Notlage abzuwenden, so kann das Gericht von einer Bestrafung nach § 218 des Strafgesetzbuches absehen. [8]

Deutscher Bundestag - 7. Wahlperiode - 221. Sitzung. Bonn, Donnerstag, den 12. Februar 1976

Präsident Frau Renger: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter Dr. Bardens.

Dr. Bardens (SPD): Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie, daß ich den schriftlichen Bericht nur mit einigen Bemerkungen noch ergänze.

Im Ausschuß hat die Diskussion über die Vorschriften, die die Pflichten der Ärzte betreffen, verständlicherweise sehr breiten Raum eingenommen. Ein wesentliches Ziel der anstehenden Gesetzgebung ist es ja, der schwangeren Frau in einer zunächst vielleicht nur subjektiv empfundenen Konfliktsituation den Weg zum Arzt zu erleichtern, ja überhaupt erst zu öffnen.

Dieses Ziel ist aber nur erreichbar, wenn der Arzt nicht nur berät - so wichtig das ist; das soll ganz im Vordergrund all dessen stehen, was wir durch das neue Gesetz einleiten wollen -, sondern wenn er auch berechtigt und verpflichtet ist, zu entscheiden und zu handeln. Damit kommen aber auf die Ärzte grundsätzlich keine neuen Pflichten zu. Ihre Aufgabe ist es überhaupt, Leben zu erhalten und Leiden zu lindern, dabei aber auch Konflikte lösen zu helfen, die die Gesundheit und die Würde des individuellen Lebens beeinträchtigen. Sie dürfen nur mit Einwilligung ihrer Patienten handeln; bei ihrer Arbeit haben sie sich an die Regeln der ärztlichen Kunst zu halten und dürfen nicht gegen die Normen sittlicher Konventionen verstoßen.

Diese Regeln entsprechen nicht nur tradiertem beruflichen Selbstverständnis, sie sind auch im ärztlichen Standesrecht und in der Bundesärzteordnung niedergelegt. Jahrzehntelange Rechtsprechung hat die einschlägigen Strafrechtsvorschriften ausgelegt, weiter präzisiert und für die Praxis weiterentwickelt. Hinzu kommt, daß die Approbation nicht nur zur ärztlichen Berufstätigkeit ermächtigt, sondern auch den Charakter eines öffentlichen Auftrags für diesen Beruf hat.

Die Kenntnis all dieser Bedingungen und das Vertrauen auf die Gewissenhaftigkeit der Ärzte haben die Ausschlußmehrheit veranlaßt, darauf zu verzichten, eine besondere staatliche Ermächtigung für einige wenige Ärzte vorzusehen, die berechtigt sein sollten, schwangere Frauen im Sinne des § 218 b zu beraten oder nach § 219 Indikationen festzustellen. Wir wollen nach Möglichkeit alle Ärzte in diese Arbeit mit einbeziehen.

Allerdings muß auch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß einzelne Ärzte gegen Vorschriften des Gesetzes verstoßen. Für solche Fälle ist während der Beratung in § 219 eine neue Vorschrift als Abs. 2 eingefügt worden, die es den zustän-

digen Behörden ermöglicht, einem Arzt zu untersagen, Indikationen für einen Schwangerschaftsabbruch festzustellen, wenn er im Zusammenhang mit einem Schwangerschaftsabbruch eine rechtswidrige Tat begangen hat. Die Bundesärzteordnung sieht nur die Möglichkeit des vollständigen Entzugs der Approbation vor. Wir meinen, daß die in § 219 jetzt vorgesehene Beschränkung der Approbation das verhältnismäßigere Mittel sei. Außerdem hielten wir es für notwendig, eine Strafvorschrift aufzunehmen, die sich gegen solche Ärzte richten soll, die wissentlich eine falsche Bescheinigung über das Vorliegen einer Indikation zum Schwangerschaftsabbruch ausgestellt haben.

Unterschiedliche Auffassungen gab es auch zu der Frage, ob Ärzte auch für die Beratung über öffentliche und private Hilfen für Schwangere, Mütter und Kinder zuständig sein sollten, ob sie hier beraten dürften. Ärzte, so wurde von einigen Mitgliedern des Ausschusses gesagt, seien weder von ihrer Ausbildung her noch bei der Art ihrer üblichen Berufsausübung geeignet, auch soziale Beratung zu betreiben. Dabei wurde offenbar übersehen, daß soziale und medizinische Beratung in weitaus den meisten Fällen so eng miteinander verzahnt sind, daß sie als eine Ganzheit gesehen werden müssen, daß man sie nicht so trennen kann, daß im Gegenteil von uns eigentlich gefordert und gefördert werden muß, daß ärztliche Beratung zugleich immer auch soziale Beratung sein kann. Die Ausschlußmehrheit wollte eben ein möglichst breites Beratungsangebot sicherstellen und deshalb auch diejenigen Ärzte mit einbeziehen, die sich bereit finden, mitzuwirken. Viele Hausärzte sind für ihre Patienten doch die eigentlichen Sozialmediziner, die man gerade von dieser Art der Hilfe nicht ausschließen darf. Im übrigen kann und soll ja durch die entsprechenden Vorschriften des § 218 b niemand verpflichtet sein, über soziale Hilfen zu beraten, wenn er sich dazu nicht in der Lage sieht.

Die Gründe, die den Ausschuß veranlaßten, auf die Aufnahme einer Vorschrift über den Ersatz der Einwilligung bei nicht einwilligungsfähigen Schwangeren in dieses Gesetz zu verzichten, sind im schriftlichen Bericht ausführlich dargelegt. Ich will hier nur noch so viel dazu sagen: Die Mitglieder des Sonderausschusses für die Strafrechtsreform waren sich darin einig, daß dieser Komplex so bald als möglich an anderer Stelle des Strafgesetzbuches geregelt werden muß, und zwar im Rahmen des sogenannten Arztstrafrechts, weil Vorschriften über die Einwilligung durch den Patienten für den ganzen Bereich ärztlicher Heilmaßnahmen überhaupt anwendbar sein müssen.

Ich spreche sicher im Namen fast aller Ausschußmitglieder, wenn ich hier feststelle, daß wir die Hoffnung und auch das Vertrauen haben, daß die Ärzteschaft durch ihre Mitarbeit für eine korrekte und menschenwürdige Praxis sorgen wird. Es

geht darum, ungeborenes Leben zu schützen, aber auch darum, geborenes Leben lebenswert zu halten.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

ASÄ-Kongreß 1974 in Köln

Rücktrittsrede

Ich bin jetzt vier Jahre lang Vorsitzender der ASÄ gewesen und will auf diesem Kongreß nicht wieder kandidieren. Das heißt aber auch, daß ich über meine eigene Arbeit Rechenschaft ablegen und die zurückliegende Entwicklung aus meiner Sicht darstellen muß.

Seit über 20 Jahren bin ich Mitglied der ASÄ, habe fast während dieser ganzen Zeit in Arbeitsgruppen und seit 10 Jahren im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft mitgearbeitet. In dieser Zeit hat sich viel verändert in unserem Land und in unserer Partei.

Unsere Partei hat die gewaltige Anstrengung auf sich genommen, der opponierenden Jugend einen Diskussionsraum und die Möglichkeit der Mitarbeit zu geben. Wir werden nicht viel Dank dafür ernten: Aber diese historische Aufgabe im Interesse der Demokratie haben wir weitgehend gelöst.

Die Sozialdemokraten haben, nachdem die Union an der ersten größeren innenpolitischen Schwierigkeit gescheitert war, zunächst die Mitverantwortung - und seit 1969 in einem sozialliberalen Bündnis die Führung der Regierung unserer Republik übernommen. Das hat auch zu Diskussionen über die Spannung zwischen theoretischen Vorstellungen und praktischen Möglichkeiten geführt.

Beide Vorgänge haben auch ihren Einfluß auf die ASÄ gehabt, die ja Teil unserer Partei ist.

Die ASÄ hat sich in den 50er und 60er Jahren streng an ihren Auftrag gehalten, die Vorstände der Partei in fachlicher Hinsicht zu beraten. Dies war auch damals keine reine gutachterliche Funktion, sondern durchaus auch anregende Initiative, die Früchte getragen hat. Wir haben uns allerdings damals, soweit überhaupt möglich, zurückgehalten, wenn es um Fragen der gesetzlichen und organisatorischen Struktur der sozialen Sicherung, besonders der Gesundheitssicherung, ging.

Dies nicht, weil wir uns nicht in die vermeintlichen Niederungen der Sozialversicherungspolitik begeben wollten, sondern weil wir die Arbeitsteilung und Kooperation mit den für die Sozialpolitik in der Partei Zuständigen für das Vernünftigste hielten. Dabei hatten wir Erfolg, wie die Gesetzgebung der letzten 8 Jahre beweist. Heute kommt es leider gelegentlich vor, daß Gruppen, die die Sozialpolitik von Walter Arend kritisieren wollen, dies nicht dort tun, wo es angebracht wäre, sondern den Schleichweg über eine Arbeitsgemeinschaft benutzen. Dabei hätten wir, um das in diesem Zusammenhang auch einmal zu sagen, allen Grund, stolz zu sein

auf die sozialpolitischen Leistungen der letzten Jahre. In diesem Bereich sind die bedeutendsten innenpolitischen Reformleistungen durchgesetzt worden, die viele vor 10 Jahren nicht zu erhoffen gewagt hatten.

Doch zurück zur ASÄ:

Unsere Arbeitsgemeinschaft hat als erste Gruppe in der Bundesrepublik auf die Probleme der Umwelthygiene aufmerksam gemacht, als das Wort Umweltschutz noch nicht erfunden war. Wir haben als erste darauf aufmerksam gemacht - und haben dazu Vorschläge entwickelt - daß Vorsorge und Früherkennung in der Medizin wie im System der Gesundheitssicherung gleichrangig neben der kurativen Medizin stehen müssen. Die ASÄ hat realisierbare Vorstellungen zur Krankenhausreform und zur Reform der Ausbildung der Heilberufe gemacht. Das war Arbeit, die sich sehen lassen konnte und ihre Früchte getragen hat.

Über die Mitwirkung am Sozialplan für Deutschland, über die gesundheitspolitische Konferenz in Hamburg bis hin zum Karlsruher Parteitag, der unseren Entwurf gesundheitspolitischer Leitsätze als »Gesundheitspolitisches Programm der SPD« beschloß, hat sich diese korrekte und konsequente Mitwirkung der ASÄ positiv ausgewirkt.

Diese Leitsätze von Karlsruhe waren - d. h. sie gelten ja noch - also: sind bis heute das Ausgewogenste, was in der Bundesrepublik zur Gesundheitspolitik gesagt wurde. Sie waren zugleich, wie jeder objektive Beobachter weiß, Grundlage sozialdemokratischer Gesetzgebung seit 1969.

Die ASÄ hat sich nie als Standesorganisation verstanden; sie hat, weil es einfach nicht ihrer Aufgabenstellung entsprach, sich nie um die Durchsetzung irgendwelcher berufsgruppenspezifischer Interessen bemüht. Sie hat allerdings auch nie die undifferenzierte Schelte über die Ärzte mitgemacht.

Wir wünschen nicht identifiziert zu werden mit den Schreibern (ich meine nicht meinen verehrten Kollegen Schreiber), die pauschal alle Ärzte als asoziale Nichtsköner beschimpfen; vielleicht teilen

die uns demnächst einmal mit, woher sie den Ersatz importieren wollen!

Wir haben aber auch nie gezögert, unqualifizierte Angriffe sogenannter Standespolitiker auf die Reformpolitik unserer Partei zurückzuweisen.

Dies sollte nach meiner Überzeugung so bleiben. Wir dienen nicht der sozialdemokratischen Reformpolitik, vor allem aber auch nicht den Menschen, die uns ein politisches Mandat gegeben haben und denen wir zu besseren Gesundheitsvoraussetzungen zu verhelfen haben, wenn wir auf den falschen Schauplätzen lautstarke Scheingefechte führen.

Die Leitsätze von Karlsruhe waren nach einem Beschluß des ASÄ-Vorstandes fortzuschreiben. Auch der Gesundheitspolitische Ausschuß der Partei unter Vorsitz von Käthe Strobel hatte sich 1971 so entschieden. Von Zerreißen und Wegwerfen war keine Rede, bis mir einige in Hannover den schlimmen Vorwurf machten, ich hätte als einseitiger Interessenvertreter ärztlicher Standespolitik dieses reaktionäre Papier gemacht. Ich hab's abgewischt und mache weiter meine Parteiarbeit.

Aber dieser Kongreß darf es sich im Hinblick auf unsere politische Verantwortung in einer schweren Phase der deutschen Politik nicht so leicht machen wir die Antragsteller in Hannover.

Wir dürfen nicht vergessen, daß wir für die Bürger unseres Landes zu wirken haben, nicht für ein bestimmtes System. Was deren Glück ausmacht, wissen die Bürger selbst. Zwangsbeglückungsabsichten passen nicht zur Sozialdemokratie!

Das Godesberger Programm sagt das Notwendige besser als seine neueren Exegeten:

»Es gilt sowohl das Bewußtsein der eigenen Verpflichtung zur Pflege der Gesundheit zu wecken, als auch dem frei gewählten Arzt alle Möglichkeiten zu gesunderhaltenden Maßnahmen und zur Vorbeugung gegen Krankheiten zu eröffnen. Die berufliche Entscheidungsfreiheit der Ärzte muß gesichert sein.«

Jeder sollte seine Entscheidungen morgen oder übermorgen an diesen Grundsätzen orientieren.

Manche von Euch wissen, daß ich schon in Freiburg nicht mehr für das Amt des Bundesvorsitzenden kandidieren wollte. Ich habe mich damals überzeugen lassen, daß es besser wäre, für eine Übergangszeit die Arbeit nochmals zu übernehmen.

Seit Freiburg haben wir gemeinsam - alle Vorstandsmitglieder - versucht, so gut als möglich den Aufträgen des damaligen Kongresses gerecht zu werden. Wir waren anläßlich beider Ärtztetage in München und Berlin zu Arbeitstagen zusammengekommen. Im Rahmen unserer öffentlichen Veranstaltung in München hielt unser dänischer Genosse Prof. Israel ein weithin beachtetes Referat über Medizin und Bürokratie. Unmittelbar nach dem letzten Kongreß hat der Vorstand Arbeitsgruppen eingesetzt, die den Euch vorliegenden Entwurf eines gesundheitspolitischen Grundsatzprogramms erarbeitet haben. Wir haben allen Grund, den Genossen, die zwei Jahre lang fast ihre ganze Freizeit für diese Arbeit geopfert haben, heute herzlich zu danken.

Aus verschiedenen Gründen liegt dieser Entwurf nicht als Antrag des Vorstandes, sondern als Diskussionspapier der Arbeitsgruppen vor.

Ein Grund ergibt sich aus dem Parteistatut, den Arbeitsrichtlinien der Arbeitsgemeinschaften und aus der Entscheidung der Bundesschiedskommission vom 31.10.1974. Die Arbeitsgemeinschaften haben, und das entspricht unserem Demokratieverständnis, nicht das Recht, öffentliche Erklärungen abzugeben, ohne daß über deren Inhalt vorher Einvernehmen mit den zuständigen Vorständen der Partei hergestellt wurde. Auch kann durch eine Beschlußfassung hier kein Mitglied der ASÄ oder der Partei gebunden werden, kein Mitglied kann sich auf einen solchen Beschluß berufen. Es war also richtig durch die Art der Einbringung dieses Diskussionspapiers seinen vorläufigen Charakter zu demonstrieren. Im Vorstand wäre aber auch aus sachlichen Gründen keine einmütige Billigung des Entwurfs zu erreichen gewesen.

Die alles mindert aber nicht den Wert und die Bedeutung der Arbeit. Mir selbst imponiert vor allem der Versuch, staatsmedizinischem Denken ein Selbstverwaltungsmodell entgegenzustellen. Der Entwurf wird sicher Diskussionen auslösen, und das ist gut so.

Nach Abschluß unseres Kongresses wird der neue Vorstand das Diskussionsergebnis dem Parteivorstand als Material überweisen.

Zum Abschluß möchte ich recht herzlich allen Mitarbeitern der letzten Jahre für ihre Loyalität danken. Von ihnen habe ich viel gelernt und den meisten bin ich in enger Freundschaft verbunden.

Vor uns liegen schwere Monate. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, daß nach der Bundestagswahl 1976 das außen- und innenpolitische Reformwerk des sozialliberalen Bündnisses fortgesetzt werden kann. Auch deshalb will ich nach diesem Kongreß noch stärker als bisher dort arbeiten, wo diese Entscheidung erkämpft werden muß: im Ortsverein, im Wahlkreis und im Bezirk unserer Partei.

Käthe Strobel wollte offenbar noch etwas für mich tun. 1972, kurz vor der Wahl, besuchte mich der Vorsitzende des Bundespersonalausschusses (und Präsident des Bundesrechnungshofs) Prof. Hopf in Ludwigshafen und wollte mich bewegen, die Stelle des Leiters der Abteilung für Humanmedizin im Bundesgesundheitsministerium anzunehmen. Ich lehnte ab. Solche Versorgungsangebote kurz vor einem Wahltermin haben etwas von Wählertäuschung an sich. - Immerhin habe ich danach noch zweimal meinen Wahlkreis mit absoluter Mehrheit gewonnen.

Also: Gesundheitspolitik ist vorerst tot in Deutschland. Zwar läuft seit 10 Jahren ein politischer Prozess, der von konservativen Politikern euphemistisch und verlogen zugleich „Gesundheitsreform“ genannt wird. Dieser Vorgang hat mit Gesundheit nichts, oder höchstens in destruktiver Weise etwas zu tun. Hier geht es nur um Kostensenkung zugunsten der Arbeitgeber. Das kann ja teilweise nötig sein; aber dann soll man bitte nicht von „Gesundheit“ und „Reform“ reden. Mit dem sogenannten Pflegegesetz geht es den gleichen Weg. Welches Geschrei hätte es gegeben, wenn Sozialdemokraten je solch einen Ausbund an Planwirtschaft und Bürokratie in die Welt gesetzt hätten.

»Brandts Zeugen«

Im Sommer 1972 kam ein früherer Klassenkamerad Gerhard Held zu mir und sagte nur: »wenn das gelingt, was die da vorhaben, dann ist die Mehrheit weg. Ich kann Dir leider aus Loyalitätsgründen nicht mehr sagen.« - Gerhard Held war Generalbevollmächtigter des Herrn Konsul Ries (Pegulan; Bernt Engelmann: »Großes Bundesverdienstkreuz«).

Als schließlich das konstruktive Mißtrauensvotum gegen Willy Brandt gescheitert war, kam Gerhard Held erneut zu mir und meinte, jetzt könne ja nichts mehr passieren und erzählte mir, was er wußte.

Da war auf Schloß Pichlarn in Österreich (daß Ries gehörte) eine interessante Gesellschaft beisammen (u.a. Franz-Josef Strauß und Herr Zogelman von der FDP) und verhandelte über den Preis für die Abwerbung einiger FDP-Abgeordneter (mit Namen und Betrag).

Willy Brandt hatte von Betrug gesprochen, das werde alles noch herauskommen und war deshalb von Teilen der Presse heftig angegriffen worden. - Ich habe meine Informationen Willy Brandt weitergegeben und auch öffentlich ausgesprochen (s.a. Willy Brandt »Erinnerungen« 1989; S. 291).

Das Präsidium des Deutschen Bundestages lud mich vor, um auch hier vorzutragen. Zoglmann klagte auf Unterlassung einer Behauptung und hatte schließlich Erfolg. Die von mir benannten Zeugen, Franz-Josef Strauß und der damaligen Vorstandsvorsitzende der Landesbank Rheinland - Pfalz konnten sich nicht mehr so genau erinnern. Strauß meinte in seiner schriftlichen Aussage, es sei schon über solche und ähnliche Dinge geredet worden, aber die Runde sei so "heiter" gewesen, daß man nicht so recht verstehen konnte, was genau gesagt worden sei. Kurz: mir wurde die Wiederholung meiner Behauptungen untersagt.

Gerhard Held, den ich vergeblich aus dem Verfahren herauszuhalten versuchte, verlor seine Stellung, setzte aber noch eine beachtliche Zahlung seines Chefs an die Arbeiterwohlfahrt durch.

Ein paar Monate später wurde ich als Zeuge in der gleichen Sache nach München geladen.

Der Vorsitzende der bayerischen DKP, Hankofer, hatte meine Aussagen schriftlich und mündlich öffentlich wiederholt und ... wurde freigesprochen. - Während der Verhandlung hat der Anwalt Hankofers noch unverfroren behauptet, die hohe Abstandszahlung wegen der Entlassung Gerhard Helds an die Arbeiterwohlfahrt sei ja so eine Art Schmiergeld für mich gewesen, da ich ja Kreisvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt sei.

Das Gericht hat diesen unsinnigen Angriff als unsachlich und unbegründet zurückgewiesen.

Aber das öffentliche Spielchen mit Unterstellung ging weiter.

Meine Kenntnis von unkeuschen „Angeboten“ beschränkte sich zunächst auf die Berichte von FDP-Kollegen, Herbst 1969; dann auf die Geständnisse eines Abgeordneten, allenfalls noch darauf, dass ich Dr. Günther Müller, der sich mit den Münchner Sozialdemokraten überworfen hatte, ein frei werdendes Nürnberger Mandat in Aussicht stellte. Daraus wurde nichts, und er hat es sich in der CSU gutgehen lassen.

Wichtiger war, was mir 1972 zu Ohren kam, in Andeutungen auch verschiedentlich berichtet wurde, aber keine nachwirkende Aufmerksamkeit fand. Im April. Nicht lange vor dem mißlungenen Kanzlersturz, waren zwei pfälzische SPD-Abgeordnete – Dr. Bardens, Ludwigshafen und Pfarrer Kaffka, Frankenthal – im Kanzleramt um über Machenschaften einer regionalen Firma zu berichten: auf einem Schloßgut in Österreich sei kürzlich konkret über „Aufkäufe“ verhandelt worden; mehrere F.D.P.-Abgeordnete hätten teilgenommen. Als Initiator wurde der Vorsitzende der CSU genannt. Ist dem je widersprochen worden?“

aus Willy Brand. „Erinnerungen“

Dr. Hans Bardens MdB.

" S t e r n "

- Redaktion -

16. Dezember 1972

2 H a m b u r g - 1

Pressenhaus

Zu Ihrem Artikel "Gerangel bis zur letzten Minute":

Sie schreiben, ich hätte mir als "Belohnung" dafür, daß ich dem Kanzler "Flankenschutz" gegeben hätte, das Gesundheitsministerium "ausgerechnet".

Dazu muß ich feststellen:

1. Ich habe im Zusammenhang mit der "Überläuferaffäre" meine Kenntnisse öffentlich dargelegt, weil ich die Aufklärung der Sache im Interesse des Wählers für notwendig hielt; mit einer möglichen Spekulation auf ein Amt hatte und hat mein Verhalten nichts zu tun.
2. Ich habe mich auch nicht für ein Amt in der neuen Regierung "gemeldet". Daß einige Journalisten eine solche Möglichkeit diskutiert haben, ist bei meinem politisch-fachlichen Engagement vielleicht verständlich.

H. Bardens

im Stadtarchiv Ludwigshafen/Rhein)

Der Bundeskanzler

den 22. 12. 72

Lieber Hans Bardens,

zu Deinem Brief an die Illustrierte
in Hamburg: Ich weiß nun wirklich,
daß Du Dich nicht »gemeldet«,
gedrängt hast. Vielleicht
hat Herbert Wehner Dich wissen lassen,
daß ich Dich gern im Ministerium
gesehen hätte. Ich zweifle nicht daran,
daß Du auch vom Ausschuß her
Wesentliches leisten kannst.

Gute Wünsche und herzliche Grüße

Dein



Lieber Hans Bardens,

zu Deinem Brief an die Illustrierte in Hamburg: Ich weiß nun wirklich, daß Du Dich nicht »gemeldet«, geschweige denn gedrängt, hast. Vielleicht hat Herbert Wehner Dich wissen lassen, daß ich Dich gern im Ministerium gesehen hätte. Ich zweifle nicht daran, daß Du auch vom Ausschuß her Wesentliches leisten kannst.

Gute Wünsche und herzliche Grüße

Dein

Willy Brandt

Brandts „Zeugen“

Der Streit um den von Brandt geäußerten Korruptions-Verdacht bei den Fraktionswechseln im 6. Bundestag ist auch nach dem zweiten Gespräch des Kanzlers mit Bundestagspräsident von Hassel nicht beendet worden und wird voraussichtlich noch lange den Wahlkampf „zieren“. Neu in der Auseinandersetzung ist seit gestern, daß sich Brandt auf die SPD-Abgeordneten Bardens und Metzger beruft und von Hassel anheimstellt, sich von ihnen informieren zu lassen. Wenn Brandt dies tut, dann müßte unterstellt werden können, daß die beiden „Zeugen“ konkrete Angaben anzubieten haben. Dies nahm man auch vom Kanzler an, als er vor über einer Woche im „Spiegel“ seine Korruptions-Vorwürfe losließ. Aber bis heute hat Brandt sie nicht erhärtet und stattdessen in seinem Brief an von Hassel den Begriff „Korruption“ noch weiter im Sinne seiner subjektiven Betrachtungsweise verdünnt. Wozu das Ganze, wenn er jetzt zwei Informanten mit angeblich konkretem Wissen einem ungeduldigen Publikum darbietet? — Warum sagt der Kanzler nicht selbst, was er von Bardens und Metzger weiß und gibt stattdessen das Wort an sie zurück? Man darf gespannt sein, welche Suppe beide da auslöffeln sollen.

Fritz Feder

(Prozessunterlagen befinden sich
im Stadtarchiv Ludwigshafen/Rhein)

Ausfertigung

sch. Aktenzeichen: 8 O 730/72

München, den 20.11.1972

B e s c h l u ß

des Landgericht München 1, 8 Zivilkammer

E. A. Dr. ...
23. NOV. 1972

In Sachen

Zoglmann Siegfried,
(Kf. Dr. Gschmann u.a.)

./.. Dr. Barden
(Kf. Dr. Kohlendorfer)

wegen einstweiliger Verfügung

wird dem Antragsteller aufgegeben, bis zum 22. Dez. 72
beim Gericht der Hauptsache Klage zu erheben.

Nach fruchtlosem Ablauf der Frist wird auf Antrag die
einstweilige Verfügung des Landgerichts München I vom
19. Okt. 1972 aufgeloben.

B e g r ü n d u n g

Der Antragsgegner hat durch Schriftsatz des Rechtsanwalts
Dr. jur. F. Kohlendorfer, 8 München 2, Goethestr. 12,
vom 16. Nov. 1972 beantragt, dem Antragsteller eine Frist
zur Erhebung der Hauptsacheklage zu setzen. Diesem Antrag war
gem. § 926/I 936 ZPO zu entsprechen. Zuständigkeit: § 19/11
Rpfl.Ges.

Ges. Meier
Rechtspfleger

Der Gleichlaut der Ausfertigung mit der Ur-
schrift wird bestätigt: 21. NOV. 1972

Gewaltvoll: Das Landgericht (München)

Haasch



AUSSENPOLITIK

Aus "Die Neue Gesellschaft", 4/82.
Das Manuskript von B. Ecevit gab mir
seine Frau während er im Gefängnis
war.

Die Türkei braucht Demokratie

H.B.

In der Türkei, die Mitgliedstaat der NATO und des Europarates ist, sind seit dem 12. September 1980 alle demokratischen Einrichtungen suspendiert; einige Teile der Verfassung, die formal noch weiter gilt, sind durch Dekrete der militärischen Führung (des „Nationalen Sicherheitsrats“) außer Kraft gesetzt oder verändert. Die Parteien sind aufgelöst, und durch das Dekret Nr. 52 ist ehemaligen Parlamentariern und Parteipolitikern jede öffentliche Äußerung über die derzeitigen Zustände oder die künftige Entwicklung untersagt. Der frühere Ministerpräsident und Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei wurde aufgrund dieses Dekrets zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.

Das Militär hat in der jüngeren Geschichte der türkischen Demokratie schon zweimal eingegriffen und jeweils nach relativ kurzer Zeit die Macht wieder abgegeben und eine neue zivile konstitutionelle Ordnung zugelassen (allerdings nicht, ohne gewisse Beschädigungen der Demokratie zu hinterlassen). Auch diesmal ist anzunehmen, daß sich die Generäle wieder aus dem Vordergrund der Macht zurückziehen werden.

General Evren, der derzeitige Staatspräsident der Türkei, hat mehrfach nachdrücklich betont, daß die Armee so schnell wie möglich in die Kasernen zurückgehen werde; im Dezember 1981 hat er einen „Kalender“ für die Rückkehr zur Demokratie veröffentlicht; eine beratende, verfassungsgebende Versammlung wurde inzwischen berufen (nicht gewählt) und hat mit ihrer Arbeit begonnen.

Für uns und für viele türkische Demokraten ist aber dieser „Kalender“ nicht das allerwichtigste. Wichtiger ist die Frage nach dem Inhalt einer künftigen Verfassung, nach der Substanz und dem Maß an Freiheit und Pluralität in einer möglichen künftigen Demokratie in der Türkei.

Daraus ergibt sich die Frage, ob und inwieweit wir legitimiert sind, uns in die türkische Verfassungsdiskussion einzuschalten. General Evren hat sich im letzten Jahr einmal gegen solche „unzulässige Einnischung“ in die inneren Angelegenheiten der Türkei gewandt. Dazu ist festzustellen:

1. Sowohl die NATO als auch der Europarat sind Gemeinschaften demokratischer Staaten. Sind in irgendeinem der Mitgliedsländer die demokratischen Rechte und Freiheiten ernstlich gefährdet, sind diese Gemeinschaften im ganzen berührt. Sie diskutieren notwendigerweise die Probleme einzelner Mitglieder im Sinne einer freundschaftlichen, aber auch kritischen Kooperation.
2. Solange in der Türkei keine öffentliche Diskussion über eine künftige Verfassung möglich ist, sollten wir versuchen, bei uns ein Forum für diese Diskussion (an der sich alle beteiligen können) zur Verfügung zu stellen. Deshalb ist es sinnvoll, hier den Artikel eines bedeutenden türkischen Demokraten abzudrucken, der sonst keine Publikationsmöglichkeiten hat. Dieser Aufsatz ist das zusammenfassende Schlußkapitel einer größeren analytischen Arbeit.

Hans Bardens

Der Versuch, einige der Maßnahmen oder Verfassungsänderungen durch die militärischen Machthaber zu rechtfertigen, indem Beispiele aus verschiedenen demokratischen Ländern und ihren Verfassungen herangezogen werden, kann leicht in die Irre führen.

Eine Gesellschaft mit der demokratischen Tradition und der wirksamen sozialen Organisation des Vereinigten Königreiches von England benötigt nicht einmal eine schriftlich fixierte Verfassung, um die

Funktionsfähigkeit und das Überleben der Demokratie zu sichern. Dagegen könnte ohne eine demokratische, durch institutionelle Sanktionen und Garantien unterstützte Verfassung die Demokratie in der Türkei nicht auf eigenen Füßen stehen – trotz der demokratischen Tendenzen des Volkes. Denn das Volk hatte nie die Gelegenheit, sich in einer wirksamen Weise zu organisieren und sein Gewicht in der Verwaltung und bei politischen Entscheidungen geltend zu machen...

(Debatte in der Parlamentarischen Versammlung des ER, Straßburg)

Die Lage in der Türkei

(Drucksache 4784)

Berichtersteller: Abg. Steiner.

Dr. Bardens (SPD): Herr Präsident: Meine Damen und Herren!

Erlauben Sie mir zunächst eine kurze, nicht böse gemeinte Kritik an Herrn Marques, der vorhin die rhetorische Frage in den Raum gestellt hat, ob jemand schon deshalb ein Verbrecher sei, weil er Kommunist ist. Dies nicht - er sitzt ja hier bei uns - nur, er weiß genauso gut wie wir, daß eine kommunistische Ordnung noch keine Garantie für den Schutz der Menschenrechte ist. Da haben wir eine andere Erfahrung, und deshalb bitte ich in diesem Zusammenhang um etwas Zurückhaltung.

Nachdem wir schon mehrfach über diesen Gegenstand debattiert haben und eigentlich alle Argumente schon im Frühjahr dieses Jahres vorgetragen worden sind, möchte ich nur noch auf einen Umstand in unserem Verhältnis zur derzeitigen türkischen Staatsführung eingehen.

Der jetzige türkische Staatspräsident, Herr General Evren, hat sich im Sommer in einer großen öffentlichen Rede dagegen verwahrt, daß Freunde der Türkei mit »unnützen Ratschlägen« in die inneren Verhältnisse der Türkei eingreifen wollten. Dies ist eine seltsame Sache. Er wies solche Einmischung zurück und behauptete, das türkische Volk werde seine Angelegenheiten schon selbst in Ordnung bringen.

Ich respektiere den Stolz des türkischen Volkes und kenne auch seine Empfindlichkeit gegenüber Kritik von außen. Aber Herr Evren muß auch wissen, was unsere Position und unsere Funktion hier ist. Die Türkei ist immer noch Mitglied des Europarates, und wir hoffen sogar, daß dieses Land bald wieder ein voll integriertes und voll mitwirkungsfähiges Mitglied des Europarats und dieser Versammlung werden kann. Auf jeden Fall ist die Türkei immer noch Mitglied und deswegen haben wir in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, uns kritisch darum zu kümmern, was in diesem Mitgliedsland, wo die Demokratie suspendiert ist, geschieht.

Ich kenne die Verhältnisse in der Türkei vor dem 12. September 1980 aus eigener Erfahrung genau und kann deshalb auch einiges Verständnis für manches aufbringen, was nach diesem 12. September geschehen ist. Aber jetzt ist es an der Zeit, daß zügig und erkennbar die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Demokratie in der Türkei geschaffen werden. Wenn das so zögerlich geschieht wie bisher, können wir uns damit nicht zufriedengeben. Wir wollen dabei mit allen uns zur Verfügung stehenden legitimen Mitteln helfen.

Deshalb erwarten wir - und diese Erwartung sollten wir sehr deutlich in der Öffentlichkeit aussprechen - daß unsere Aktivitäten hier in Zukunft nicht mehr als Einmischung in die inneren Verhältnisse in der Türkei, sondern als ein Angebot zur kritischen Kooperation betrachtet werden. Ich glaube, mit diesem Angebot tun wir nur unsere Pflicht.

Dr. Bardens (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich wollte eigentlich auf meine Wortmeldung verzichten, weil, wie soeben schon gesagt wurde, kaum neue Argumente beizutragen sind - wenn nicht heute morgen eine Zeitung einen Bericht über unsere Debatte aufgemacht hätte mit der Überschrift: »Die deutschen Sozialdemokraten für die Militärdiktatur in der Türkei«. Dies ist nicht nur grober Unfug, sondern der Versuch einer Verleumdung. Deswegen muß ich ein paar Worte sagen.

Jedermann weiß, daß die deutschen Sozialdemokraten in der jüngeren Geschichte viel Verfolgung zu erleiden hatten, weil sie in jeder Situation und unter allen Umständen immer für die Demokratie und für die Menschenrechte eingetreten sind. Dies haben wir nicht nur in unserer Geschichte getan, das tun wir auch weiterhin. Niemals würden wir für eine Militärdiktatur als Lösung der Probleme eines Landes eintreten. Wir verurteilen jede Verletzung von Menschenrechten und wir versuchen, mit unserem Einfluß dafür zu sorgen, daß Menschenrechtsverletzungen verfolgt werden - ganz gleich, wo sie geschehen, erst recht in der Türkei, über die wir uns jetzt gerade unterhalten. Wir verurteilen aber auch den Terror, der zum Zusammenbruch der türkischen Demokratie geführt hat und die Demokratie in unseren Ländern immer noch bedroht. Wir versuchen, alles zu tun, um von hier aus, mit den Möglichkeiten, die wir haben, eine schnellere Rückkehr der Türkei zur Demokratie zu unterstützen.

Wir sind von unseren demokratischen türkischen Freunden mehrfach gebeten worden, die letzte praktische Verbindung, die sie mit der westeuropäischen Demokratie haben, nämlich ihre teilweise Anwesenheit hier in unserer Versammlung, nicht abreißen zu lassen, nicht abzuschneiden. Dafür treten wir hier ein, nicht für eine Militärdiktatur!

Ich meine, daß sich die türkischen Demokraten, aber auch die Demokraten sonst in der Welt, wenn sie bedrängt und bedroht sind, auf die Solidarität der deutschen Sozialdemokraten verlassen können.

Hans Bardens nimmt Abschied mit türkischen Sorgen

Von Heinz Tüffers, zur Zeit Straßburg

Die Umstände sind ziemlich suspekt: Da zirkuliert unter den Abgeordneten des Straßburger Europarats ein Memorandum, das dem früheren türkischen Ministerpräsidenten Demirel zugeschrieben wird und schwere Angriffe gegen das in der Türkei herrschende Militärregime enthält. Aber der Arm der türkischen Machthaber reicht offenbar weit: Noch am gleichen Tag lassen die türkischen Behörden den Europarat wissen, daß Demirel mit diesem angeblichen Memorandum nichts zu tun habe. Er habe „abgeschworen“. Es müsse sich um eine Fälschung handeln. „Vor diesem Hintergrund könnte man sich vorstellen, daß Druck auf ihn ausgeübt wird. In welcher Form allerdings, das weiß im Augenblick in Straßburg niemand.“ Das ist die Meinung des Ludwigshafener SPD-Politikers Hans Bardens, der viele Jahre Türkei-Experte des Europarats war. Gestern hat er nach zehnjähriger Europaratsfähigkeit seine politische Arbeit in Straßburg beendet. Für seine Verdienste wurde er vom Europarats-Präsidenten Karl Ahrens in Anwesenheit des Vertreters der Bundesrepublik in Straßburg, Botschafter Hämpe, mit der höchsten Auszeichnung dekoriert die die älteste europäische Staatenorganisation zu vergeben hat, der Medaille „Pro Merito“.

Bardens beurteilt die politischen Verhältnisse in der Türkei, die zu den Beratungsschwerpunkten des Europarats in dieser Woche in Straßburg gehören, so: „Es wird noch sehr lange Zeit dauern, bis die Türkei zu einer soliden Demokratie finden wird. Sie war immer auf dem Weg dahin, hat aber dieses Ziel nie erreicht. Im Augenblick sieht es sehr schlecht aus.“ Der Ludwigshafener Politiker ist fest davon überzeugt, daß die Mitglieder der parlamentarischen Versammlung in ihrer Sitzung heute und morgen feststellen werden, daß die neuen türkischen Abgeordneten, die aufgrund der Wahlen am 6. November ermittelt werden, im Europarat nicht akkreditiert werden können. „Trotzdem“, so Bardens, „muß ich sagen, daß unsere Freunde in der Türkei, Mitglieder der verschiedensten Parteien, denen jetzt jede Tätigkeit verboten ist, immer wieder darum gebeten haben, die Nabelschnur nach Europa nicht abzuschneiden. „Sonst werdet Ihr sehen, daß die Türkei aus diesem Verband aus-

schert. Und was dann politisch passiert, wissen wir nicht.“

Tatsächlich ist der Politiker Hans Bardens immer wieder vor dem Straßburger Gremium engagiert dafür eingetreten, den Regierenden in der Türkei noch eine Chance zu geben und an das türkische Volk zu denken, daß die Verbindung zu Europa aufrechterhalten wolle. Viele Reisen in das Land am Rande des europäischen Kontinents, zahllose Gespräche und Kontakte mit türkischen Politikern und Gewerkschaftern hatten ihn in dieser Meinung bestärkt. Gleichwohl ist im Gespräch mit Bardens jetzt ein Anflug von Resignation zu verspüren, die möglicherweise auch mit dem Ende seiner Straßburger Tätigkeit zusammenhängen könnte.

Die politischen Fakten jedenfalls lassen in Bezug auf die Türkei keinerlei Optimismus zu. Erst vor wenigen Tagen sind in der europäischen Öffentlichkeit Informationen über angebliche Folterungen des in Haft befindlichen früheren Regierungschefs Demirel bekannt geworden. Aber obwohl erst am Montag in Straßburg türkische Oppositionelle den Ausschluß ihres Landes aus dem Europarat gefordert haben, ist nicht anzunehmen, daß sich die parlamentarische Versammlung dieser Forderung anschließen wird.

Tatsächlich hat es der Europarat in den letzten Jahren an Rücksicht und Geduld nicht fehlen lassen. Bis zur Grenze der Glaubwürdigkeit haben Parlamentarier immer wieder die Versammlung beschworen abzuwarten, bis sich die türkischen Verhältnisse stabilisiert hätten und nicht voreilig den letzten entscheidenden Schritt zu tun. In den bei den vorangegangenen Debatten verabschiedeten Entschlüssen hat sich die Versammlung, der seit 1981 keine türkischen Parlamentarier mehr angehören, auf unterschiedlich scharf formulierte Forderungen an die Militärs beschränkt, endlich den Weg zur Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen frei zu machen. Ob es allerdings dabei bleibt, den aufgrund der Wahl am 6. November ermittelten türkischen Politikern die Akkreditierung zu versagen, bleibt abzuwarten.

„Die Rheinpfalz“
29. 9. 83.

Bericht

über den Verlauf des Parteitages der RPP vom
24. - 27. Mai 1979 in Ankara

Im Auftrag des Parteivorstandes besuchte ich vom 24. bis 27. Mai 1979 den Nationalkongreß der Republikanischen Volkspartei der Türkei.

Der Kongreß wurde bereits am 24. Mai vormittags mit einer Rede Eçevits eröffnet; wegen der Bundesversammlung konnte ich allerdings erst am späten Nachmittag in Ankara eintreffen.

Herr Geiss, Sozialattaché an unserer Botschaft, hatte an der Eröffnungssitzung teilgenommen. Er sagte mir, das Eçevit mit einem ungeteilten halbstündigen Beifall aller Teilnehmer begrüßt worden sei. Auch mein Eindruck geht dahin, daß Eçevit zur Zeit in der RPP völlig unumstritten ist, und alle (vielleicht die letzten) Hoffnungen der **ganzen** Partei verkörpert.

Die Eröffnungsrede Eçevits in englischer Übersetzung füge ich bei.

Am Abend des 24. Mai gab der Parteivorstand der RPP einen Empfang für die ausländischen Gäste, in dessen Rahmen B. Eçevit zur Geschichte seiner Partei sprach; er betonte dabei die Kontinuität der Partei seit Kemal Atatürk, schilderte dessen Versuche, von der Einparteienherrschaft zur Demokratie überzugehen, äußerte sich recht positiv (!) über die Rolle İnönü und vermied bei dieser Gelegenheit Äußerungen zur außenpolitischen Situation. Zu ideologischen Fragen sagte er lediglich, daß die RPP den Weg der Reformen gehe und alle Formen von »Klassenkampf« ablehne. Anwesend waren außer mir aus der Sozialistischen Internationale nur noch Delegationen aus Portugal, Spanien, Frankreich und Schweden. Die Internationale war durch Bernt Carlsson vertreten.

Aus kommunistischen und verwandten Staaten waren Delegationen aus Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Libyen, Tunesien und dem Irak gekommen. Sie verlasen die üblichen langweiligen Grußadressen, die durch ihre eigenen Dolmetscher übersetzt wurden. Für die Parteien der SI sprach kurz Bernt Carlsson. Anschließend hatte ich Gelegenheit zu einer längeren Unterhaltung mit B. Eçevit, mit Staatsminister Cetin und mit mehreren befreundeten Abgeordneten. B. Eçevit bat mich, auszurichten, daß er für die Anstrengungen H. Schmidts äußerst dankbar sei. Er schilderte noch einmal die äußerst kritische wirtschaftliche Situation. Die strengen Maßnahmen zur Reduzierung des Konsums seien bisher ohne wesentliche Widerstände akzeptiert worden; wenn nun aber die Hausfrauen z. B. auch kein Propangas mehr erhalten

könnten, um ihren Familien warme Mahlzeiten zuzubereiten, sei nach seiner Ansicht ein äußerst gefährlicher Punkt erreicht.

Der zweite Tag wurde mit dem Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs M. Üstündag eröffnet. Seine Rede wurde allerdings durch einstündige Unruhen in der viel zu kleinen überhitzten Halle (über 6 000 Anwesende, rund 2 500 Delegierte) verzögert. Nach einigen Schlägereien und dem Einsatz der Polizei konnte schließlich B. Eçevit durch sein energisches Auftreten die Ruhe herstellen.

Üstündag sprach zwei Stunden und konnte sich offenbar langsam durchsetzen, so daß ihm schließlich nur noch eine kleine Gruppe widersprach. Da wegen des Lärmes im Saal auf Übersetzung verzichtet werden mußte, kann ich zum Inhalt der Rede nicht referieren; mir wurde zugesagt, daß der englische Text nachgesandt würde.

Die Oppositionsgruppe innerhalb der Partei wird vor allem von Dorfminister Topuz vertreten. Wie man mir mehrfach versicherte, geht es dieser Gruppe angeblich nicht um einen Richtungsstreit, sondern um mehr Einfluß in der Partei. Dem würde entsprechen, daß die »Clique« einen Antrag eingebracht hatte, die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wesentlich zu erhöhen. Dieser Antrag wurde am ersten Tag mit großer Mehrheit abgelehnt. In der Nacht tagten die Gruppen getrennt. Die Opposition beschloß, aus Parteidisziplin die Vorschlagsliste Eçevits zu akzeptieren. E. selbst erarbeitete eine neue Vorschlagsliste, auf der auch Vertreter der Opposition aufgeführt waren. Die Vorgeschlagenen wurden alle gewählt (allerdings waren auf dem Stimmzettel (Anlage) auch nur ebensoviel Namen aufgeführt, als Mitglieder zu wählen waren).

Befreundete Delegierte meinten, die Mannschaft sei recht farblos, ganz zufrieden sei wohl niemand mit dem Ergebnis. Aber, so sagte man auch, E. brauche Ruhe in der Partei, und dafür sei dieser Vorstand wohl eine gewisse Garantie.

Noch einmal zur Oppositionsgruppe: Zwar wird angenommen, daß sie keinen besonderen ideologischen Hintergrund habe (s. o.), aber aus Gesprächen mit einzelnen Delegierten habe ich doch den Eindruck, daß die latent vorhandene Amerika-kritische Stimmung in dieser Gruppe besonders deutlich spürbar wird.

Sonderproblem:

NATO: Eçevit, der in seiner Straßburger Rede sehr eindeutig und positiv zum Bündnis Stellung nahm, hat sich in diesen Tagen mit außenpolitischen Äußerungen deutlich zurückgehalten. Gleichzeitig hat Demirel mehrfach öffentlich geäußert, er würde den Amerikanern keine Beobachtungsflüge gestatten, wenn er Ministerprä-

sident wäre. Man nimmt an (auch die Presse), daß Eçevit im Stillen ein vernünftiges Arrangement anstrebt.

Gewerkschaften:

Einige Tage vor dem Parteikongreß fanden die Vorstandswahlen in der größten Gewerkschaft (Türk-is), zu denen der DGB Beziehungen unterhält, statt. Dabei wurden überwiegend Demirel-Anhänger gewählt. Dies war wohl auch ein Grund dafür, daß einige Delegierte auf den Parteikongreß für eine Unterstützung der kleineren, radikaleren Gewerkschaft eintraten. Üstündag widersprach in seinem Schlußwort mit der Bemerkung, die Gewerkschaften hätten ihre eigene Identität und die Partei auch, und man solle sich gegenseitig keine Vorschriften machen. Eçevit sagte beim Empfang, man wolle am Sozialpakt mit den Gewerkschaften festhalten.

Die Unruhe und Unzufriedenheit in der Arbeitnehmerschaft nimmt offenbar zu.

Cypern:

Auf dem Kongreß selbst hat die Cypernfrage keine Rolle gespielt. Alper Orhon (Vorsitzender) und Özer Sahoglu (Generalsekretär) der cyprischen türkischen Volkspartei bemühten sich in vielen Gesprächen darum, Verständnis und Unterstützung zu gewinnen, für ihren Versuch, wenigstens einen Beobachterstatus in der SI zu bekommen. Die sozialistische Vertretung der griechischen Cyprioten habe diesen Status bereits erreicht. Aus Gründen der Gleichbehandlung solle man ihnen doch entgegenkommen. In der Umgebung Eçevits würde man ein solches Arrangement ebenfalls begrüßen, um bei internationalen Gelegenheiten eine unmittelbare Konfrontation zwischen Griechen-Cyprioten und den Vertretern der Republikanischen Volkspartei der Türkei zu vermeiden.

Zusammenfassung:

Für jeden spürbar hat sich die wirtschaftliche Situation seit meinem letzten Besuch im April drastisch verschlechtert. Die partiellen Hilfen, die das Land während der letzten Wochen von der Sowjet-Union, von Rumänien, von Libyen und in geringem Maß von Bulgarien erhielt, beeinflussen die Stimmung.

Eine für uns akzeptable Alternative zur gegenwärtigen Regierung ist kaum vorstellbar. Demirel äußert sich öffentlich antiamerikanisch und sympathisiert (wenigstens nach außen) mit dem wachsenden politisch-ideologischen Islamismus.

Das Ende der Regierung Eçevit wäre nach meiner Überzeugung auch das der Demokratie in der Türkei und das Ende der Kooperation in der NATO.

Der innerparteiliche Zustand der RPP und der Verlauf des Parteitages zeigen beginnende Spannungen an. Es ist offenbar ausschließlich der enormen persönlichen Autorität Ecevit's zu verdanken, daß die Partei noch geführt und das Land noch regiert werden kann.

Wir müssen schnelle und wirksame Hilfe leisten:

aus Solidarität mit einem Volk, das uns seine Arbeitskraft immer noch leiht und im Interesse unserer eigenen Sicherheit. Ich bin überzeugt, daß jede andere Lösung viel teurer würde.

Türkei 1980

Im Juni 1996 kehrte unser Freund Martin Wendt auf der Rückfahrt von Bonn bei uns ein; er hatte dort an der »Spargelfahrt" der SPD-Fraktion teilgenommen, die ich leider wegen meiner Krankheit nicht mehr wahrnehmen konnte.

Martin brachte viele Grüße mit, u. a. auch von Dr. Broers, der mir mehrfach Geräte für die Türkei als Decksfracht (kostenlos) transportieren ließ. Sein Hinweis auf Trapezunt (türk. Trabzon) stimmt so nicht ganz. Ich hatte für die Universitätsklinik Trabzon eine Röntgenanlage besorgt, ohne die der Lehrbetrieb nicht aufgenommen werden konnte. Der Transport als »Decksfracht« war mir bei der Empfindlichkeit der Geräte zu riskant. Da kam mir ein Streik der »Turkish Airlines« zu Hilfe: Die Bundesluftwaffe, die weiter Stützpunkte in der Türkei zu versorgen hatte, transportierte die Röntgeneinrichtung nach Trabzon.

Ich war zu dieser Zeit (zusammen mit Erika) in der Türkei; ein guter Freund, Öner Tokçan, (der übrigens einige Zeit in Ludwigshafen als Architekt gearbeitet hatte) bot uns an, uns ans Schwarze Meer und nach Trabzon zu fahren.

Es wurde eine außerordentlich interessante Fahrt durch wechselnde Landschaften - die steppenhaften Öden Zentralanatoliens, herrliche Wiesentäler mit Obstplantagen, ausgedehnte Haselnußpflanzungen an der Schwarzmeerküste, Berge und Wälder wie im Pfälzer Wald. Leider sah man auch Zeugen der Schwäche (bis Ineffizienz) der kommunalen und staatlichen Verwaltung: viele wilde Bauaktivitäten entlang der Küste, ohne Genehmigung und gegen jede Planung, (falls vorhanden) versicherte uns ein Bürgermeister.

Trabzon zeigt heute noch Spuren seiner Vergangenheit, z.B. des mittelalterlichen (griechischen !) Kaiserreichs Trapezunt; wirkt etwas verarmt. Die gesellschaftliche Oberschicht ist aufgeschlossen, urban. Politisch tendiert man (auch heute noch) ausgesprochen sozialdemokratisch, auch weil der einflußreiche Clan der Suizmez sich so entschieden hat.

Wir wurden in einer Sondersitzung des Stadtrates geehrt; der Senat der Universität befragte und informierte mich in einer langen Sitzung. Dabei wurden die Krawalle im Land und die Schwäche des Parlamentes bedauert. Wegen der allgemeinen Unruhen war auch die Lehrtätigkeit ausgesetzt.

Auf der Rückfahrt wurden wir überall herzlich aufgenommen. Zu der natürlichen Gastfreundschaft kam damals noch die Überzeugung fast aller Menschen in der Türkei, daß Freundschaft mit den Deutschen und mit Deutschland der Türkei nach vorne helfen könnte.

Am Schwarzen Meer waren noch recht ordentliche Verhältnisse. Aber wegen Fehlens jeder Hilfe von außen brach die verfassungsmäßige Ordnung stückweise zusammen (bis zur schließlichen Intervention des Militärs) B. Eçevit sagte mir,

ohne frisches Geld sei die Katastrophe nicht mehr aufzuhalten. Der einzige Staat, der auf Pump noch Benzin lieferte, war Rumänien. Altan Oeymen, unser türkischer Fraktionsvorsitzender, meinte, wenn die Menschen im Winter kein Flaschengas mehr bekämen, um eine warme Mahlzeit bereiten zu können, sei jedes Vertrauen verloren.

Begegnungen als ständige Einrichtungen^x

In einem schwierigen, langsamen Prozeß, der wenigstens bisher aber in der Tendenz konsequent war, haben sich die Völker und Staaten Europas in den letzten Jahren aufeinander zubewegt. Dies gilt vor allem und ganz offensichtlich für die demokratisch verfaßten Staaten, einschließlich der Neutralen. Die gegenseitige, teilweise institutionalisierte Verflechtung hat dazu geführt, daß wesentliche Fragen der Innen- und Außenpolitik meist nicht mehr national gelöst werden können. Das zwingt dazu, gemeinsam Lösungsmodelle zu entwickeln und auch Alternativen dazu. Wenn dies gelingen soll – und es muß gelingen –, darf sich allerdings keiner der Beteiligten als der Lehrmeister des anderen aufspielen; aber kritisch äußern übereinander dürfen wir uns durchaus, wenn wir uns gegenseitig ernst nehmen wollen.

Alfred Grosser, ein kritischer Freund unserer beiden Völker und unserer beiden Parteien, hat dazu in einem Artikel in „Le Monde“ am 1. Juni geschrieben:

„Die Angelegenheiten der Nachbarn gehen jeden von uns an. Aber viel hängt davon ab, wer spricht, warum er spricht, mit welcher Kompetenz er dies tut.“

Nun, unsere Kompetenz für dies Gespräch ergibt sich aus unseren politischen Mandaten, die wir ja wegen unserer gemeinsamen Zugehörigkeit zur europäischen demokratischen Arbeiterbewegung erhalten haben. Hilfreich für unseren Dialog wäre es, wenn jeder die spezifischen historischen Erfahrungen des Partners respektieren könnte.

Zu unseren Erfahrungen nur wenige knappe Anmerkungen:

- Auf dem VI. kommunistischen Weltkongreß Anfang der 20er Jahre wurde die Sozialdemokratie zum Hauptfeind erklärt und behauptet, eine objektiv revolutionäre Situation werde erst entstehen, wenn der Faschismus ans Ruder gelangt sei.
- Unsere erste demokratische Republik wurde durch die negative Koalition von Kommunisten und Nationalsozialisten zerstört.
- Ohne die Ablehnung der Vereinigung von kommunistischer und sozialdemokratischer Partei durch Urabstimmung unter unseren Mitgliedern hätten wir heute keine demokratische Bundesrepublik in einem Teil Deutschlands.

¹² ^x Vork. anl. d. Bericht französischer sozialist. Abgeordneter im Ludwigshafen, 1976.

Aber auch dies gehört zu unseren Erfahrungen:

- Sowohl 1933 als auch nach dem Ende der Naziherrschaft haben die sogenannten „Bürgerlichen“ verständnislos und tatenlos zugesehen, wie Sozialdemokraten für die Demokratie kämpften.

Heute versuchen die gleichen Gruppen in unserem Land den Wählern zu suggerieren, sie hätten am 3. Oktober sich für Freiheit oder Sozialismus zu entscheiden.

Wir haben unsere Position demgegenüber klar beschrieben

- in unserem „Godesberger Programm“

und durch einen Beschluß unseres vorjährigen Parteitages, in dem es heißt:

- „Es ist der Irrtum des Konservatismus, es könne zwischen Reichen und Armen, Mächtigen und Machtlosen, Wissenden und Unmündigen wirkliche Solidarität geben und man könne die rechtlich-politische Freiheit für alle bewahren, wenn man die ökonomische, soziale und kulturelle Freiheit einer Minderheit vorbehält.“

und

- „Es ist ein Irrtum der faschistischen, der kommunistischen und der sich zu Unrecht ‚sozialistisch‘ nennenden totalitären Bewegungen, es gäbe Gleichberechtigung ohne Freiheit und man könne Solidarität erzwingen.“

Unsere Welt sieht sich nach der partiellen Eindämmung des kalten Krieges vor neue Probleme gestellt. An der Lösung dieser Probleme können wir nur mitwirken, wenn wir in unseren Ländern menschenwürdige soziale Strukturen entwickeln.

In Europa wächst offenbar das Bewußtsein dafür, daß die überholten Strukturen verpflichteten Konservativen auf die neuen Herausforderungen keine Antwort wissen und daß neue Lösungen in Richtung der sozialen Demokratie gesucht werden müssen.

Es gibt insofern Realisationsmodelle von Skandinavien bis Österreich, die sicher nicht vollendet sind, die aber dazu geführt haben, daß in den Staaten Nord- und Mitteleuropas ein Höchstmaß an sozialer und wirtschaftlicher Stabilität erreicht wurde. Die Erfahrungen aus diesen Ländern, zu denen auch die Bundesrepublik gehört, zeigen, daß mehr Gerechtigkeit und Solidarität in der Gesellschaft nicht auf dem Weg über

die Aufhebung der liberalen Demokratie durchgesetzt werden können, sondern nur dadurch, daß diese Ordnung durch Mitbestimmung und soziale Demokratie vollendet wird.

Noch ein Wort zum Thema „Volksfront“; auch hier ohne die Absicht, belehren zu wollen. Das, was wir in Zentral- und Osteuropa an sogenannter Vereinigung der Arbeiterparteien während der letzten 30 Jahre erlebt haben, hat zur Aufhebung der bürgerlichen Freiheiten und zur Vernichtung der Sozialdemokratie geführt.

Da unser wichtigstes Ziel aber die Freiheit des Einzelnen in einer gerechten Gesellschaft bleibt, ist der Weg der Volksfront für uns nicht gangbar. Möglicherweise verändert sich in den nächsten Jahren die Parteienstruktur in den europäischen Demokratien, so daß man später über andere Mehrheitsmodelle diskutieren kann. Derzeit aber sind offensichtlich Freiheit **u n d** Gerechtigkeit nur durch den **demokratischen Sozialismus**, durch soziale Demokratie, realisierbar.

Ich habe vorhin von der Notwendigkeit des Gespräches über unseren gemeinsamen Weg gesprochen. Die Pfalz, dieses alle Grenz- und Durchgangsland mit seiner alten demokratischen Tradition, bietet sich dafür an.

Ich würde es begrüßen, wenn wir solche Begegnungen zu einer ständigen Einrichtung machen könnten.

Kurz notiert

Gespräche in Moskau

Die beiden SPD-Abgeordneten Dr. Hans Bardens aus Ludwigshafen und Gerd Weiskirchen vom Rhein-Neckar-Kreis fliegen heute für eine Woche nach Moskau. Die beiden führen dort mit Professor V. Blochin und anderen sowjetischen Ärzten im Auftrag des Bundes-Gesundheitsausschuß Gespräche, die zu einer verbesserten wissenschaftlichen Kooperation in Fragen der Krebsforschung führen sollen. rpf

Besuch in Moskau verlief unpolitisch

Nach dem Ausbruch der Afghanistan-Krise sind jetzt als erste deutsche Politiker die SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Hans Bardens (Ludwigshafen), Gert Weiskirchen (Rhein-Neckar-Kreis) und Horst Jaunich (Westfalen) einer offiziellen Einladung nach Moskau gefolgt.

Der einwöchige Aufenthalt in der sowjetischen Hauptstadt kam auf Anregung von Professor Blochin im vergangenen Herbst zustande, als der sowjetische Wissenschaftler das Deutsche Krebsinstitut in Heidelberg besucht hatte.

Die Gäste führten damals Gespräche mit führenden Ärzten, die den Boden für eine künftige Kooperation zwischen deutscher und sowjetischer Krebsforschung vorbereiten sollten.

Das von den deutschen Politikern bei ihrem Besuch zunächst erwartete Abgleiten der Gespräche auf eine politische Ebene erfolgte nicht. Die Gastgeber versuchten weder eine Stellungnahme zu dem Einmarsch in Afghanistan von den Besuchern zu erhalten, noch eine Äußerung über die Blockade der Olympischen Spiele. Beide Seiten betonten dagegen die Bereitschaft zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Wissenschaftlern.

„Wir stellten fest“, so Dr. Hans Bardens zur RHEINPFALZ, „daß die sowjetische Onkologie (Geschwulstforschung) in etwa auf dem Niveau der europäischen steht.“ In technologischer und organisatorischer Hinsicht würden sich die Voraussetzungen jedoch erst langsam auf den West-Standard hin entwickeln. is

Rheinpfalz IV/52

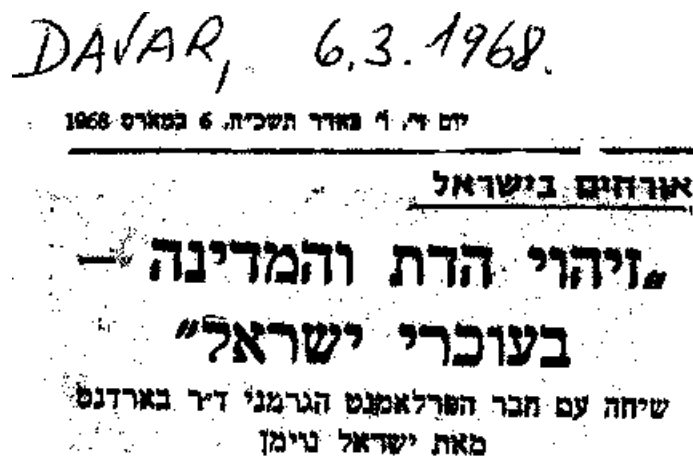
Internationale Begegnungen

Während der letzten Jahre besuchte ich europäische und amerikanische Zentren zu Vorträgen, Verhandlungen und zu meiner Fachinformation. Dabei handelte ich im Auftrag meiner Fraktion, des Bundestages oder der IPU.

Für meine Fraktion und den Ausschuß schrieb ich Berichte über medizinische und soziale Rehabilitation (vor allem auch psychisch Kranker) in England und Schottland, über mass-screening in Schweden (Värmland-Projekt) und über die Praxis des Schwangerschaftsabbruchs in England und in New York.

Wegen Gastarbeiterfragen verhandelte ich in „Jugoslawien“ und in der Türkei. In Ankara sprach ich während der Militärherrschaft mit von Verbot und Haft betroffenen Politikern und mit dem damaligen Präsidenten General Evren. Im Auftrag des Europarates beobachtete ich die ersten Wahlen nach der Militärregierung. Daneben hatte ich den Kontakt zu unserer Bruderpartei, der RVP, zu pflegen und kümmerte mich um einige Entwicklungsprojekte.

Schon früh hatte ich Begegnungen in Israel:



Gespräch mit dem deutschen MdB Dr. Bardens v. Israel Neumann

Dr. Hans Bardens, Mitglied des westdeutschen Parlaments, war diese Woche zusammen mit zwei anderen Mitgliedern des Bundestages in Israel; er ist Arzt, 40 Jahre alt.

Er zeigt beim Sprechen über politische Probleme die einem Arzt gebührende Vorsicht, wenn er sich dem Krankenbett nähert. Er hütet sich vor einer vorschnellen

Diagnose der Probleme Israels: als Deutscher, der die nicht ferne Vergangenheit kennt und der sich selbst in seinem Recht begrenzt fühlt, ein Urteil zu fällen.

Trotzdem: Im Gegensatz zu den anderen konservativen Mitgliedern der deutschen Gruppe ist Bardens Sozialdemokrat. Er sieht mit uneingeschränkter Sympathie die gewerkschaftliche Substanz Israels. Er erzählt als kuriosen Witz die Bemerkung einer christdemokratischen Dame in der Gruppe (früher Deutsche Partei) bei der Besichtigung eines der Kibbuzim. Sie zeigt auf die Hühner im Stall und sagte: »Das sind Sozialisten wie du - genauso halten sie im Kibbuz die Menschen fest.«

Dr. Bardens sieht Israel dem gegenüber als Muster für demokratischen Sozialismus und als Zeugnis dafür an, daß Sozialismus wahrhaft möglich ist unter freiheitlichen, demokratischen Bedingungen...

»Ich bekenne, daß ich erstaunt war über eines der Gespräche im besetzten Gebiet. Einer unserer Gesprächspartner (ich nenne den Namen nicht) sagte: »Wenn nicht innerhalb von höchstens 100 Jahren eine volle Identifizierung zwischen Religion und Staat ermöglicht wird, lohnt es sich nicht, einen israelischen Staat zu errichten.« - Ich sagte offen: Diese Einstellung ist gefährlich. Sie beschränkt die Möglichkeiten Israels, sich in einen breiteren Rahmen einzufügen.

Wie sehen Sie die Frage nach dem Frieden mit den Arabern?

»Auch auf diesem Gebiet gab es für mich eine Überraschung. Ich erklärte, daß das Problem der Beziehungen Israels mit den Arabern ganz wesentlich ein soziales Problem sei und daß eine Lösung gefunden werden müsse durch den Fortschritt der Nachbarstaaten.

Diese meine Einstellung wiesen meine Gesprächspartner zurück. Sie sagten einmütig, daß der soziale Fortschritt der arabischen Staaten nicht Sache Israels sei. Ich füge hinzu, daß ich nach wie vor überzeugt bin, daß der soziale Frieden in den arabischen Staaten eine der Bedingungen für den Frieden für Israel sein wird.

Abschied (1)

Spätestens gegen Ende der 70er Jahre wurde spürbar, daß der bisher noch kraftvoll vorwärtsdrängenden Partei die Kraft verging. Helmut Schmidt sagte am 26. 10. 82 vor der SPD-Fraktion woran es nach seiner Meinung gelegen hatte, daß die SPD knieweich und lendenlahm geworden war. Der »Stoff, aus dem der Machtverlust gewoben war«, so Helmut Schmidt: »Die wirtschafts- und finanzpolitischen Kontroversen; die sozialpolitischen Kontroversen; der Streit um die Nuklearenergie; der Streit um die Möglichkeiten einer radikaleren Umweltschutzpolitik; der Streit um den Doppelbeschluß des Bündnisses und der Streit über die Einheit von Verteidigungs- und Abrüstungsstrategie.«

Die »neuen« Gruppierungen in der Partei wollten keine politische Verantwortung mehr, sie verzichteten großzügig auf Macht.

Im Sommer '82 hatten wir einen pfälzischen Bezirksparteitag in Eisenberg. Die meisten Anträge richteten sich gegen die eigene Regierung und ihren Kanzler. In der Diskussion versuchte ich klarzumachen, daß wir nüchtern entscheiden und handlungsfähig bleiben mußten. Ich bekam starken Beifall, aber bei der Abstimmung über die Anträge gab es knappe Ergebnisse gegen die beschlossenen Politik der Partei und der Regierung.

Bereits im Sommer '81 hatte ich den Unterbezirksvorstand gebeten, meine Nachfolge für das Bundestagsmandat vorzubereiten. Es wurde ein möglicher Nachfolger nominiert (der es dann auch wurde). Nach dem zunehmenden Verfall personaler Strukturen und politischer Verantwortungsbereitschaft in der Partei wollte ich zu einem vernünftigen Zeitpunkt abgelöst werden. - Auch Herbert Wehner verzichtete damals auf eine Wiederwahl »mit Rücksicht auf die eigene Ermüdung und die Krankheit der Partei«.

Als aber am 1. 10. 1982 das konstruktive Mißtrauensvotum gegen Helmut Schmidt Erfolg hatte, und erkennbar war, daß ein sehr harter Wahlkampf bevorstand, bot ich am nächsten Tag dem UB-Vorstand noch einmal meine Kandidatur an; aber Rainer Rund verzichtete dankend.

Inzwischen ist der Wahlkreis verloren.

Stadtrat

1981 kandidierte ich zum ersten Mal zum Stadtrat der Stadt Ludwigshafen. Wesentlich neue Informationsquellen gewann ich dadurch eigentlich nicht; ich stand ja seit vielen Jahren im engen, freundschaftlichen Kontakt mit Werner Ludwig, Edwin Grimm und Günter Janson. Neu für mich war eher die Art des persönlichen Umgangs in der Fraktion und den zugeordneten Gremien der Partei. Es gibt auf dieser Ebene doch recht viel kleinliche Eitelkeit und Neigung zu kleinkariierter Konkurrenz. - Da war die Ordnung und Atmosphäre in der Bundestagsfraktion doch wesentlich freier und großzügiger; menschliche Kontakte über Fraktionsgrenzen hinweg, die im Bundestag selbstverständlich sind, gibt es auf Stadtebene selten. In den 13 Jahren meiner Tätigkeit als Stadtrat war ich Arbeitskreisleiter und Obmann für das städtische Klinikum. Während dieser Zeit hatte ich ein recht gutes Verhältnis zu den verantwortlichen Mitarbeitern im Krankenhaus, aber durchaus auch zum zuständigen Dezernenten, Herrn Tischbein (FDP).

Fast alle Chefarztstellen wurden in diesen Jahren neu besetzt, und ich hatte doch wohl in jedem Fall den entscheidenden Einfluß. Die Kliniken wurden weiterentwickelt, wurden modernisiert und bekamen neue Aufgaben. Erste, seit vielen Jahren geforderte und notwendige Investitionen konnten nach 1989 mit der neuen sozialliberalen Landesregierung vereinbart werden. - Dies ist natürlich nicht in erster Linie oder gar ausschließlich mein Verdienst. Aber ich habe geduldig geworben und, manchmal mühsam, unsere auseinanderstrebenden Ausschußmitglieder bei der Stange gehalten. Daneben war es leider so, daß sich sowohl die Fraktion als auch der ganze Stadtrat nur wenig für Aufgabe, Funktion und soziale Bedeutung des Krankenhauses interessierten; allenfalls wurden wirtschaftliche Probleme, vor allem die Finanzierung des Defizits, etwas engagierter diskutiert.

Ich möchte meinen Kollegen und allen Mitarbeitern im Klinikum, aber auch dem einen oder anderen Ausschußmitglied dafür danken, daß sie alle zusammen ermöglichten, auch unter gelegentlich schwierigen Umständen für die Menschen in unserem Raum ein gutes, modernes, humanes Krankenhaus vorzuhalten.

Für eine integrierte, sozialhygienisch gute Versorgung in der Region fehlen unserem Klinikum immer noch eine psychiatrische Station für Akut- und Kurzzeitbehandlung und vor allem eine geriatrische Abteilung. Zwischen moderner medizinischer Akutbehandlung und finaler Pflege klafft bei uns ein bedenkliches Loch (das auch durch die »Leistungen« der neuen Pflegeversicherung nicht ausgefüllt wird).

Ich habe auf Wunsch der Fraktion einen Entwurf für eine Gemeindegériatrie mit klinischem Zentrum erarbeitet und Literatur zusammengetragen: ohne Ergebnis,

weil der damalige Sozialdezernent sich zuständig fühlte, etwas anderes wollte und deshalb jetzt nichts hat.

Unsere Bundes- und Landespolitiker möchte ich bitten, doch meine Anregungen für eine neue Ausbildungsordnung und berufliche Entwicklungschancen für die Fachmitarbeiter in der medizinischen Pflege und Diagnostik aufzugreifen und weiter zu verfolgen; sie würden meine Arbeit abschließen können, die ich 1972 im Bundestag begonnen habe.

Von meiner Arbeit (die ich ja der Sache nach natürlich ohne publizistische Anstrengungen meinerseits machen mußte) hat die lokale Presse keinerlei Kenntnis genommen. Dies hat mich nicht sehr gestört; abgesehen davon, daß die Bürgerschaft über einige Veränderungen im Bereich wesentlicher Lebensbedingungen doch hätte informiert werden sollen.

Umso mehr hat mich überrascht (und eine gewisse Neigung zum Stolzsein darf auch ich haben), als ich bei den Kommunalwahlen 1988 mit 48.000 Stimmen die höchste Stimmenzahl erreichte, die bis jetzt ein gewählter Stadtrat bekam. Nur Werner Ludwig erhielt deutlich mehr Stimmen, nahm aber sein Mandat nicht an. Sein Nachfolger im Amt hätte eigentlich diesen Test auch riskieren sollen.

1994 verzichtete ich wegen Krankheit auf eine erneute Kandidatur. Trotzdem beschäftigt, freut oder quält mich, was in meiner Partei (ja, ich schreibe immer noch »meiner« Partei), in der Fraktion und im Stadtrat geschieht.

Der sogenannte »Wahlkampf« 1994 war schwach; eigentlich fand er abgesehen von einigen Pflichtübungen (z. B. Plakate kleben) nicht statt.

Ursache ist eindeutig, daß die Parteimitglieder (und wir haben noch einige Tausend in Ludwigshafen) nicht informiert und beteiligt wurden.

Niemand an der »Basis« hatte Einfluß auf den wesentlichen Teil der Kandidatenliste. Und das ein Jahr nachdem die Urwahl des Parteivorsitzenden durch die Mitglieder als Durchbruch, als neuer Anfang begrüßt wurde.

Und nach der Wahl? Angeblich hat die »Basis« entgegen den Intentionen altgedienter Kommunalpolitiker den Vorstand zu dieser rot-grünen Koalition gezwungen. - In Wirklichkeit haben die Mitglieder aus der Zeitung erfahren, daß und wie die unkeusche Verbindung entstanden ist (in der Vertreter der Mini-Minderheit sich anmaßen, im Rat für die Mehrheit zu sprechen).

Ein wenig Nachdenken zum Stichwort »Apparat«.

Eine moderne Partei, die ihren Verpflichtungen nachkommen will, braucht Apparat, moderne Managementtechnik. Es wird aber gefährlich für die Demokratie, wenn der »Apparat« eingesetzt wird um die Mitglieder überflüssig zu machen. Der

»Apparat« ist Handlungshilfe nach außen, aber nicht gegen die eigenen Mitglieder; sonst landen wir im »demokratischen Zentralismus«.

Die Ludwigshafener Wähler werden 1999 erneut entscheiden.

Während der Zeit, in der ich überwiegend in Ludwigshafen tätig war, konnte ich mich auch intensiver als vorher um die Arbeiterwohlfahrt und die Naturfreunde kümmern. Es ist erschütternd, wie wenig die derzeit aktive Funktionärsgeneration begreift, daß es notwendig ist durch eigenes Engagement im mitmenschlichen Dienst zu zeigen, daß man die eigenen gesellschaftspolitischen Programme auch ernst nimmt. Meine Bemühungen um integrationsfähige und integrationswillige Gruppen unter den unter uns lebenden Ausländern, vor allem in unserer türkischen Bevölkerung, konnte ich in dieser Zeit intensivieren. Sie wurden allerdings auch von unserer Verwaltung meist als fehlgeleitete Philanthropie gedeutet, während ich bei den Vertretern der protestantischen Kirche und der Fachhochschule für Sozialarbeit (hier vor allem Prof. Börsch) immer Verständnis fand (die katholische Kirchengemeinde hat sich leider an unserer Kooperation nicht beteiligt). Dabei ging es mir nie um die Konstruktion einer »multikulturellen Gesellschaft«. Es ging (und es wird die nächste Zeit noch mehr gehen) um die Konversion einer heterogenen Gesellschaft. Ganz einfach: unsere Kinder und Enkel sollen menschenwürdig miteinander (möglichst nicht nebeneinander) leben und arbeiten können, sonst werden sie keine Zukunft haben.

Das Städtische Krankenhaus Geschichte - Entwicklung - Bedeutung

Von Dr. Hans Bardens

Die Frühgeschichte des Ludwigshafener Krankenpflege- und Krankenhauswesens ist recht umfangreich und kann im Rahmen dieses Beitrages nicht vollständig dargestellt werden.

Alle älteren Berichte zeigen vor allem, daß schon früh Bürger und Verwaltung ihrer Verantwortung für Kranke und auch auf für deren stationäre Pflege bewußt waren; sie handelten ohne staatlichen Auftrag. Bereits im Jahre 1846, als der Handelsplatz Ludwigshafen noch keine selbständige Gemeinde war und nur ungefähr 500 Einwohner zählte, wurde ein Krankenversicherungsverein gegründet. Er übernahm die „Fürsorge für unterstützungsbedürftige Kranke“. Patienten, „die einer Anstaltsbehandlung bedurften“, wurden aufgrund eines Vertrages im Allgemeinen Krankenhaus Mannheim untergebracht.

Der Verein finanzierte sich aus freiwilligen Beiträgen der Mitglieder und „durch fixierte Beiträge der in Ludwigshafen beschäftigten Handlungsgehilfen, Arbeiter und Dienstboten“.

Die weitergehenden Ziele des Vereins waren schon daran erkennbar, daß sich sein erster Vorstand Hospitalkommission nannte.

Ein Jahr nach der Gründung der Gemeinde Ludwigshafen (1853, 1500 Einwohner) entschloß sich der Verein, mit dem damaligen Polizeidiener Roeder ein Übereinkommen zu treffen, wonach derselbe gegen eine jährliche Vergütung von 900 ft. die Beherbergung und Verpflegung der von Ärzten überwiesenen Kranken übernahm. 1855 wurde Dr. Gutherz als Spitalarzt gewählt.

Bald empfand man die bisherigen Lösungen des Hospitalproblems als unzureichend. In der „Geschichte der Stadt Ludwigshafen 1903“ heißt es: „Nachdem in der Bürgerschaft immer lebhafter der Wunsch geäußert wurde, daß unter Mitwirkung des Krankenversicherungsvereins ein Städtisches Hospital unter dem Schutz der Verwaltung und mit Unterstützung des Stadtrates errichtet werde . . .“, löste sich der Krankenversicherungsverein auf und überwies der Gemeinde sein Vermögen „zur Gründung eines Hospitals“. Der Stadtrat stimmte dieser Regelung am 9. Dezember 1859 zu.

Am 1. Mai 1861 erwarb die Stadt in der Speyerer Straße 160 (heute Ludwigstraße 11) ein dreistöckiges Haus mit Hof, Garten und Ackerland und eröffnete darin am 1. Juni desselben Jahres das erste städtische Hospital. Bereits vorher war mit Dr. Werner der erste städtische Hospitalarzt gewählt worden.

Die junge Stadtgemeinde entwickelte sich so rasant, daß bald nach einer anderen Lösung des Krankenhausproblems gesucht werden mußte. Man erwarb ein Gebäude auf der Gräfenau. Darin wurden 4 Krankensäle, zwei Zimmer für Patienten mit ansteckenden Krankheiten, zwei Zimmer für Geisteskranke, ein Ordinationszimmer für den Arzt und weitere Nebenräume geschaffen.

Bald stellte sich heraus, daß auch dieses Haus auf dauer unzulänglich war. In der Stadtchronik von 1903 heißt es: „Die rasche Zunahme der Bevölkerung und insbesondere auch die durch Reichsgesetz vom 15. Juni 1883 eingeführte Krankenversicherung der Arbeiter ließen keinen Zweifel darüber, daß die Erbauung eines neuen Krankenhauses ins Auge gefaßt werden müsse, dies umso mehr, als die medizinische Wissenschaft in letzter Zeit ganz andere Anforderungen an ein Krankenhaus stelle als früher“.

Der damalige Krankenhausarzt Dr. Ney hatte im März 1886 die unzulänglichen Verhältnisse im Gräfenauer Krankenhaus dargestellt, aber zugleich die Meinung vertreten, daß ein Neubau auf dem bisherigen Gelände ausreichend wäre. Der Stadtrat wollte aber jetzt eine Entscheidung, die der voraussehbaren Entwicklung besser gerecht werden sollte. Er wählte eine Kommission (die Stadträte Oberling, Hauelsen und Dr. Schneider sowie den Krankenhausarzt Dr. Ney und Stadtbaumeister König) mit dem Auftrag, die Kran-

kenhäuser der Städte Frankfurt/Main, Wiesbaden, Magdeburg, Leipzig, Dresden und Berlin zu besichtigen. Die Kommission kam unter anderem zu der Überzeugung, „daß das neue Krankenhaus an der Peripherie der Stadt an einem hochgelegenen Orte“ errichtet werden soll.

(Der Kenner sieht eine gewisse Parallele zu den Auseinandersetzungen der letzten Jahre über die Frage, ob das Städtische Klinikum in Oggersheim neu gebaut oder auf dem alten Gelände saniert werden sollte).

Nach eingehenden Beratungen entschieden sich die Hospital- und Baukommission für den erwähnten Vorschlag. Auch ein Sachverständigenkollegium mit den Mitgliedern Geheimrat Dr. von Kußmaul, Sanitätsrat Dr. Berens und Medizinalrat Dr. Zöller stimmte uneingeschränkt zu.

Das Gelände an der Bremserstraße wurde gekauft, Planung und Bau vorangetrieben. Zusätzlich zu dem dirigierenden Arzt Dr. Welshoven und seinem Assistenzarzt Dr. Wels stellte man noch einen Augenarzt und einen Frauenarzt ein.

Am 2. November 1892 wurde das neue Krankenhaus seiner Bestimmung übergeben.

Damit war für einige Jahrzehnte der Weg bereitet für eine fortschrittliche, den jeweiligen Erfordernissen genügende Entwicklung. Durch bauliche Erweiterung und ständige Verbesserung und Spezialisierung des fachlichen Angebotes wurde diese Chance genutzt.

1927 schrieb Sanitätsrat Dr. Simon (Chefarzt der Chirurgischen Abteilung des Städtischen Krankenhauses): „So dienten den Erbauern der ersten Bauperiode, die von 1890 bis 1892 reichte, und der zweiten Periode von 1901 bis 1902, das Eppendorfer Krankenhaus in Hamburg und das Nürnberger Krankenhaus als Muster . . . Während bisher die Erweiterung des Krankenhauses der fortschreitenden Entwicklung der Stadt angepaßt wurde, trat 1914 infolge des Krieges ein Stillstand ein. Erst im Jahre 1921, als die räumlichen Verhältnisse unhaltbar geworden waren, entschloß sich der Stadtrat, trotz der bekannten nachkriegszeitigen Schwierigkeiten, eine

großzügige Erweiterung vorzunehmen und das Krankenhaus auf eine Bettenzahl von etwa 700 zu bringen, eine Zahl, die für eine Stadt von etwa 100000 Einwohnern nötig ist.“

Die Entwicklung kam mit dem letzten Neubau 1929 (Chirurgie und Röntgenabteilung) zu einem vorläufigen Abschluß.

Diese großartige Entwicklung leistete die Stadt Ludwigshafen unter schwierigsten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen aus eigener Kraft (immerhin sei angemerkt, daß vor dem ersten Weltkrieg die Ludwigshafener Wirtschaft, vor allem die BASF, mit beachtlichen Spenden geholfen hatte).

Auch die laufenden Kosten konnten in dieser Periode nie durch die Einnahmen gedeckt werden. Als Beispiel seien hier nur die Abschlußzahlen der Jahresrechnung 1926 aufgeführt:

Ausgaben	RM 1406430,-
----------	--------------

Einnahmen aus stat. und amb. Behandl.	RM 1024500,-
---------------------------------------	--------------

„Die Mehrausgaben von RM 381930,- = 27% muß durch Zuschuß aus allgemeinen Mitteln der Stadt gedeckt werden“ (Simon).

In der Stadtverwaltung war von 1920 bis zum März 1933 (als er von den Nationalsozialisten entlassen und in sog. Schutzhaft genommen wurde) der zweite Bürgermeister Paul Kleefoot (SPD) Dezerent für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen, also auch für das Krankenhaus. Unter seiner Verantwortung wurde unter schwierigsten wirtschaftlichen Bedingungen eines der modernsten städtischen Krankenhäuser in Deutschland aufgebaut.

Die Nationalsozialisten „säuberten“ aber nicht nur im politischen Bereich; am 20. März 1933 wurde der Chefarzt, Sanitätsrat Dr. Kaufmann, vom Städtischen Krankenhaus entlassen, weil er Jude war.

Danach begann eine lange Periode der Stagnation, die mit der weitgehenden Zerstörung des Krankenhauses im Kriege endete.

Nach dem Krieg mußte die Arbeit in unserem Krankenhaus weitergehen. Die zerstörten Gebäude wurden notdürftig hergerichtet, es mußte an allen Ecken und Enden improvisiert werden. Ich habe selbst noch als Famulus Patienten in Kellerräumen mitversorgt. Was alle unsere Mitarbeiter in dieser Zeit geleistet haben, zum Teil fast ohne Vergütung, kann sich heute kaum noch jemand vorstellen.



Blick auf das Städtische Krankenhaus im Jahre 1930

Der eigentliche Wiederaufbau konnte erst nach der Währungsreform beginnen. Die Pestalozzischule, die während des Krieges als Lazarett und dann als medizinische Klinik genutzt wurde, konnte erst 1968 geräumt werden, nachdem der Neubau an der Bremserstraße fertiggestellt war.

Die Stadt Ludwigshafen brachte von 1950 bis einschl. 1972, d. h. bis zum Beginn der gesetzlich geregelten Krankenhausfinanzierung, mehr als 107 Millionen DM für Investitionen im Städt. Krankenhaus auf. Diese Aufwendungen hatten nicht das Ziel, aus Prestigegründen einen „Bettenberg“ aufzubauen, sondern eine optimale klinische Versorgung der Bevölkerung der ganzen Region sicherzustellen. Und dies in einer Zeit, in der Ludwigshafen noch nicht die

„reiche“ Stadt war, als die sie heute gelegentlich denunziert wird; solange die BASF unter französischer Sequesterverwaltung stand, erhielt die Stadt keinen Pfennig von ihrem potentiell größten Gewerbesteuerzahler.

Um die Gesamtleistung der Ludwigshafener Bürgerschaft für die Sicherstellung der stationären Krankenversorgung deutlich zu machen, seien hier die Zahlen genannt (1950-1987):

Investitionsaufwendungen bis 1972	107000000,- DM
Übernahme der Verluste des Krankenhauses bis 1987	88000000,- DM
An das Land zu zahlende Krankenhausumlage (1973-1987)	<u>94000000,- DM</u>
	289000000,- DM

Die Umlagebeiträge sind unmittelbaren Investitionsaufwendungen gleichzusetzen, das heißt, daß Ludwigshafen von 1950 bis 1987 über 200 Millionen DM für Krankenhausinvestitionen aufgebracht hat. Nach dem gesetzlich vorgesehenen Prinzip der Drittelfinanzierung müßte also in unserem Einzugsgebiet in diesen dreieinhalb Jahrzehnten Krankenhaussubstanz im Wert von rd. 600 Millionen DM entstanden sein. Wo? Es gibt nur eine Erklärung für das Versickern unseres Geldes: Ludwigshafen ist die Kuh, die gemolken wird, und die man mit Magermilch füttert, solange sie dies aushält.

Bis in die siebziger Jahre unseres Jahrhunderts gab es (abgesehen von der Pflicht, Seuchenbetten vorzuhalten) keinerlei gesetzliche Regelung für die Krankenhausstruktur und die Krankenhausfinanzierung.

1964 schrieb ich (Beiträge zur Landespolitik in Rheinland-Pfalz 2/64): „Das Land Rheinland-Pfalz liegt mit 70,6 Betten pro 10000 Einwohner ziemlich dicht beim Bundesdurchschnitt. Die Pfalz bleibt dabei mit etwa 45 Betten pro 10000 Einwohner weithinter der Zahl, die für die nördlichen Landesteile gültig ist, zurück. Trotzdem darf festgestellt werden, daß die Krankenhausversorgung in der Pfalz . . . ebenso gut ihren Zweck erfüllt als die Versorgung in den nördlichen Landesteilen. Die Ursache dürfte darin zu sehen sein, daß im Norden des Landes auffällig viele Klein- und Kleinstkrankenhäuser zu finden sind“.

Ich forderte eine Krankenhausfinanzierungsgesetzgebung. „Die erforderlichen Mittel müssen unter dem Ordnungsgesichtspunkt eingesetzt werden, Krankenhäuser zu errichten, funktionsfähig zu halten in dem geeigneten Einzugsgebiet, in ausreichender Zahl und in der erforderlichen Fächerung nach Disziplinen“.

Zunächst geschah aber nichts. Erst 1966 versuchte die damalige Bundesregierung (Gesundheitsministerin war Frau Dr. Schwarzhaupt) durch eine Änderung der Pflegesatzverordnung auch die Investitionskosten voll auf die Krankenversicherung abzuwälzen. (Das waren die gleichen Leute, die heute durch Leistungskürzungen die Krankenversicherung sanieren wollen).

Wir konnten diese Fehlentscheidung durch einen Antrag im Bundestag verhindern. Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde eine Krankenhaus-Enquête durchgeführt, auf deren Grundlage nach der notwendigen Verfassungsänderung der Entwurf eines Krankenhausfinanzierungsgesetzes eingebracht werden konnte (zuständiger Minister war inzwischen Käthe Strobel, SPD). Das Gesetz sollte sicherstellen, daß alle Investitionskosten von der öffentlichen Hand, die laufenden Kosten eines leistungsfähigen Krankenhauses vom Benutzer gezahlt werden. Aus dieser Darstellung ist erkennbar, daß Sozialdemokraten auf allen Ebenen in Bund, Ländern und Gemeinden gearbeitet haben, um ein leistungsfähiges, modernes Krankenhauswesen in der Bundesrepublik zu sichern.

Aus der abschließenden Debatte über das Gesetz sei hier nur ein kurzer Ausschnitt dargestellt, der Ludwigshafen betrifft. Ich kritisierte die Verhältnisse in Rheinland-Pfalz und sagte: „Aber an dieser Stelle muß ich noch auf etwas eingehen, was Herr Minister Geissler vorhin vorgetragen hat. Herr Minister, Sie kommen aus einem Land, in dem es mit der Krankenhausfinanzierung in der Vergangenheit in mancher Hinsicht gar nicht so gut bestellt war ... Ich weiß aus meiner Heimatstadt, wie das mit der Krankenhausfinanzierung ohne gesetzliche Regelung ausfallen kann. Da war bisher Willkür; darüber gibt es gar keinen Zweifel. Die Stadtgemeinde Ludwigshafen hat ein Krankenhaus mit einem Kostenvolumen von 50 Millionen DM gebaut. Die Beteiligung des Landes lag, obwohl dieses Haus notwendig war, - Sie wissen es, Herr Minister, in der Größenordnung einiger tausend DM. So sah es doch bisher aus.“ Herr Geissler antwortete: „Der Herr Kollege Dr. Bardens hat

mich etwas herausgefordert; deswegen in aller Kürze eine zusätzliche Information, auch für ihn selber . . . Speziell zur Stadt Ludwigshafen möchte ich sagen: Sie haben vergessen zu erwähnen - es ist gut, wenn man das am konkreten Beispiel einmal aufzeigt -, daß es in Ludwigshafen neben dem Städtischen Krankenhaus natürlich noch drei freigemeinnützige Krankenhäuser gibt. Das Land mußte den drei freigemeinnützigen Krankenhäusern selbstverständlich wesentlich höhere Zuschüsse geben - das Städtische Krankenhaus bekam entsprechend weniger“. So war es - und so ist es.

Zu Beginn der sechziger Jahre begann eine lange Periode des Planens mit dem Ziel einer endgültigen Sanierung der Kliniken der Stadt Ludwigshafen. 1967 lagen die fertigen Pläne für einen Neubau der Kliniken und Institute in Oggersheim vor. Wegen der wirtschaftlichen Rezession mußte die Realisierung aber vorläufig zurückgestellt werden. 1973 wurden mit der Landesregierung sowohl Pläne für eine Sanierung auf dem alten Gelände an der Bremserstraße als auch für einen Neubau in Oggersheim erörtert. In Abstimmung mit dem Sozialministerium (Staatssekretär Dr. Schmitz) wurde festgelegt, „daß ein langfristiger Ausbau auf dem Altklinikgelände nicht sinnvoll wäre. Jede Baumaßnahme würde eine für Patienten und Personal nicht zumutbare Lärmbelästigung zur Folge haben. Als weitere Nachteile wurde das Fehlen von Grünflächen und Parkplätzen erkannt.“ Es wurde beschlossen, die baulichen Maßnahmen für die Fernentwicklung schwerpunktmäßig nach Oggersheim zu verlegen.

1974: Baureife Pläne für Oggersheim liegen vor.

1975: Arbeiten werden eingestellt, da die Landesregierung keine Finanzierungsmöglichkeit sieht.

1978-1980: Erneut Untersuchungen und Gutachten (auf Veranlassung der Landesregierung) über die Frage, ob die Sanierung nicht doch auf dem alten Gelände realisiert werden könnte. Das Ergebnis: Es ist durchaus möglich, auf dem alten Gelände zu bauen, aber die Sanierung wäre schneller und auch kostengünstiger in Oggersheim möglich. 1983 fällt schließlich die Entscheidung in Mainz: „Ein neues Städtisches Krankenhaus in Oggersheim wird es nicht geben“ (Staatssekretär Töpfer).

Das ist (nur skizzenhaft dargestellt) die 25jährige Geschichte der Bemühungen des Rates der Stadt und der Stadtverwaltung, eine den Bürgern unserer Region dienende, vernünftige Lösung zu fin-

den. Eine ausführliche Dokumentation ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich, wird aber zu gegebener Zeit folgen müssen, weil die Öffentlichkeit darauf einen Anspruch hat.

Unser Oberbürgermeister Dr. Werner Ludwig, den beiden Krankenhaus-Dezernenten in dieser Zeit, Erich Reimann (SPD) und Karl-Horst Tischbein, den Verwaltungsdirektoren Hermann Schäfer und Hans Vesper sowie den anderen Direktoriumsmitgliedern muß an dieser Stelle gedankt werden für ihre zähen und geduldigen Bemühungen um unser Klinikum.

Wenn über so viele Jahre hinweg über die Sanierung unseres Klinikums verhandelt und gestritten wird, könnte beim interessierten Beobachter der (falsche!) Eindruck entstehen, daß dieses Klinikum in seinen ärztlich-medizinischen und pflegerischen Leistungen unzulänglich wäre.

Dies trifft sicher nicht zu.

Durch die angestrebte Sanierung müssen Mängel der Unterbringung, bauliche (und damit auch organisatorische und wirtschaftliche Unzulänglichkeiten) behoben werden. Den Bürgern eines großen Einzugsgebietes steht heute in Ludwigshafen ein leistungsfähiges klinisches Zentrum zur Verfügung, in dem nahezu alle möglichen und erforderlichen medizinischen Leistungen angeboten werden.

Nach dem zur Zeit geltenden Krankenhausplan sollen in absehbarer Zukunft in unserem Klinikum sowohl eine Klinik für Neurochirurgie als auch eine Klinik für Unfallchirurgie eingerichtet werden (und das bei eventuell reduzierter Bettenzahl).

Unser Wunsch, im Rahmen unseres Klinikums eine psychiatrische Abteilung und möglichst auch eine Abteilung für Alterskrankheiten zu errichten, ist bei der Landesregierung immer auf Ablehnung gestoßen. Dabei ist es unter allen Fachleuten unumstritten, daß es effektiver und humaner ist, die Versorgung akut psychisch Kranker in Wohnort- (und damit in Familien-) nähe sicherzustellen.

Zur Problematik der klinischen geriatrischen Versorgung stellt (u. a.) Professor Strömer fest: „Das Krankenhaus für chronische und geriatrische Patienten stellt das A und O für die Entlastung des Schwerpunktkrankenhauses dar. Diese Abteilungen bedeuten

nicht nur einen Ausweg aus der heutigen Krankenhausmisere, sondern auch die Lösung eines menschlichen Problems, eines alarmierenden Problems".

Unser Klinikum erfüllt, neben den selbstverständlichen diagnostischen und therapeutischen Leistungen, in hohem Maße auch Aufgaben im Bereich Ausbildung, Fortbildung und Weiterbildung aller im Gesundheitswesen notwendigen Fachberufe.

Die Krankenhäuser in Deutschland sind im Zusammenhang mit der sog. „Gesundheitsreform“ zum heftig kritisierten Objekt rein fiskalpolitisch orientierten Denkens geworden. Dabei wird übersehen, daß es keine Ausbildung und Weiterbildung von Ärzten, Pflegekräften und medizinischem Assistenzpersonal geben kann, wenn man die Entwicklungsmöglichkeiten von Schwerpunktkrankenhäusern quantitativ und qualitativ so beschränkt, wie es offenbar beabsichtigt ist. Die Stadt Ludwigshafen und - weil sie seit vielen Jahrzehnten die politische Verantwortung tragen - die Sozialdemokraten in Ludwigshafen - sind ihrer Verpflichtung zur Sicherstellung einer optimalen Gesundheitsversorgung immer nachgekommen.

PS.: Diesen Beitrag habe ich 1989 geschrieben.

Im gleichen Jahr brachten Landtagswahlen einen Umschwung in Mainz. Wir haben seither eine sozial-liberale Landesregierung, die sofort bereit war, mit Ludwigshafen zu kooperieren. Jetzt (1998) ist die bauliche Sanierung unseres Klinikums (Kosten: mehr als 200 Mio.DM) vorläufig abgeschlossen.

H.B .

Teil der grünen Lungen

zum Tag des Gartens, Ludwigshafen, 1975

Ganz am Anfang der Bibel, der Schöpfungsgeschichte, der sogenannten Genesis, stehen folgende Sätze:

(1. Mose 1, 29, 28)

„Sehet da, ich habe Euch gegeben allerlei Kraut, das sich besamt, auf der ganzen Erde und allerlei fruchtbare Bäume, die sich besamen, zu Eurer Speise.“

Und in Vers 28 heißt es füllet die Erde und machet sie Euch untertan“.

Diesem Auftrag sind die Menschen seit mehreren zehntausend Jahren wohl gefolgt, wie uns die Erkenntnisse der Vorgeschichte und der Geschichte lehren. – Mit mehr oder weniger großem Erfolg allerdings. Denn schon im 3. Kapitel der Genesis, das den Sündenfall beschreibt, wird die Möglichkeit aufgezeigt, daß der Mensch von seinem Herrschaftsauftrag über die Erde auch falschen Gebrauch machen könnte.

Sicher hat es schon in der Frühgeschichte der Menschheit Kampf und Mord gegeben, in der Auseinandersetzung um Reviere für das Früchtesammeln und die Jagd. Danach, einige zehntausend Jahre später, begann dann der systematische Anbau von Früchten und die Haltung von Haustieren. Dort liegt, wenn man so will, auch der Anfang des Gartenbaus. Die Gartenbauer wurden im Gegensatz zu den Sammlern und Jägern zu den Bewahrenden, denen Schutz, Sicherheit und Friede wichtig waren. Eine neue Form von Geduld wurde zur wichtigen Lebensvoraussetzung. Nicht mehr die listige Geduld des Jägers, der aus dem Hinterhalt jagen mußte, sondern die Geduld derer, die Samen legten und sorgfältig beobachteten und pflegten, was sie der Erde anvertraut hatten. Der Gartenbauer war und ist der friedliche Mensch, der seine Arbeit und seinen Besitz gegen den Jäger verteidigen mußte.

Nun, Ackerbauer und Gärtner haben sich wohl durch die Jahrhunderte und Jahrtausende nicht sonderlich um Philosophie gekümmert. Eher war es umgekehrt. Machen wir einen Sprung über viele Jahrhunderte. Im 18. Jahrhundert kam von dem französischen Philosophen Rousseau der Ruf, zur Natur zurückzukehren. Er konnte dabei kaum in erster Linie an die sogenannten „kleinen Leute“ gedacht haben, die sich nie von der Natur entfernt hatten, sondern vielmehr an die feudale Oberschicht dieser Zeit, der alles Raffinement des Essens und Lebens keine Befriedigung mehr bieten konnte. So haben die, die seine Bücher lesen konnten, daraus auch nur ein neues Gesellschaftsspiel entwickelt: Sie liebten sich im

Grünen; und träumten so blind ihrem eigenen Untergang in der Zeit der europäischen Revolutionen und der beginnenden Industrialisierung entgegen.

Jetzt wurde die Trennung des Menschen von der Natur wirklich zu einer alle betreffenden sozialen Frage. Millionen von Handwerkern und kleinen Bauern wurden entwurzelt, verschmolzen zum großen Industrieproletariat der europäischen Städte.

„Stadtluft macht frei“, war die Parole, der sie folgten, doch bald waren diese Menschenmassen weniger frei als je zuvor. Sie hatten, wie es 1848 im „Kommunistischen Manifest“ hieß, nichts mehr zu verlieren als ihre Ketten.

In dieser Zeit gab es eine ganze Reihe bedeutender Männer, die sich mit der neu entstandenen sozialen Frage auseinandersetzten. Einer davon, Karl Marx, schrieb in seinen sogenannten „Pariser Frühschriften“: „Die Natur ist der unorganische Leib des Menschen; wer ihn von der Natur trennt, trennt ihn von sich selbst; entfremdet sich der Mensch die ihn umgebende Natur, entfremdet er sich selbst; beutet der Mensch die Natur aus, beutet er sich selbst, den Menschen, aus.“ Wer an dieser Stelle aufmerksam hinhört, der spürt, wie eng dieses Denken dem verwandt ist, aus dem der Auftrag im alten Testament rührt, sich im wohlverstandenen Sinn die Erde untertan zu machen.

Aber in dieser Zeit der frühen industriellen Revolution gab es nicht nur scharfsinnige Analytiker, da gab es auch Praktiker, die gangbare Wege aufzeigten, wie den Menschen geholfen werden könnte, wie sie sich selbst helfen könnten!

Die Anfänge der Kleingartenbewegung sind mit dem Namen eines Mannes verbunden, der in der Großstadt praktischer Arzt war. **Großstadt und Arzt** sind die Kennzeichen für den Ursprung der sozialen Kleingartenbewegung. Im Jahre 1860 veröffentlichte der Leipziger Arzt Dr. Schreber einen Aufsatz in der „Gartenlaube“ mit der Überschrift „Die Jugendspiele in ihrer gesundheitlichen und pädagogischen Bedeutung“. Er schrieb in diesem Aufsatz u. a.: „Die Heilkunde hat die hohe Aufgabe, die körperlichen und geistigen Gebrechen der Menschen nach Möglichkeit zu verringern, und zwar nicht bloß am einzelnen Menschen, sondern als soziale Heilkunde am ganzen Geschlechte.“

Und als ein soziales Heilmittel empfahl er „die Schaffung von gemeinsamen Spielplätzen in freier Natur, von besonders zu diesem Zweck zu bildenden Vereinen“. Solche Vereine entstanden zuerst in Leipzig und die ersten Spielplätze wurden geschaffen. Die Eltern der spielenden Kin-

der pachteten bald neben den Spielplätzen Gelände und legten Gärten an. So entwickelte sich aus der ursprünglichen Jugendspielbewegung die Schrebergartenbewegung.

Daneben gab es noch zwei weitere Fortschritte in der Kleingartenbewegung. Um 1900 bildete sich im Rahmen des Roten Kreuzes eine Gartenbewegung, die aber wegen ihrer etwas feudalen Führungsstruktur keinen großen Anklang unter den Arbeitern fand.

In Berlin hatte sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ein „wildes“ Laubenkoloniewesen entwickelt, das zunächst noch wenig organisiert war. Erst als die privaten Verpächter die Pachten wucherisch steigerten, gründeten die Laubenkolonisten im Jahre 1900 einen Verband und bildeten Landpachtsgenossenschaften, um von den privaten Generalpächtern unabhängig zu werden.

Schließlich schlossen sich im Jahre 1921 alle Gruppen im „Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands“ zusammen. Der Grundstein für die große soziale Leistung dieses Vereins war damit gelegt.

Nun bleibt die Frage nach dem Sinn der Kleingartenbewegung in **unserer** Zeit noch zu beantworten. Von einem entwurzelten Proletariat, dem Schreber helfen wollte, kann heute keine Rede mehr sein. Aber was Schreber über die gesundheitliche Bedeutung des Spielens und Arbeitens im Freien gesagt hat, gilt heute mehr denn je. Und eine sehr wichtige soziale Funktion haben die Kleingärten auch heute. Sie bilden einen wesentlichen gestalteten Teil der sogenannten Grünen Lungen unserer Städte. Die öffentliche Hand könnte schon aus finanziellen Gründen diese Leistung nicht durch eigene Anstrengungen ersetzen.

Deshalb möchte ich diesen Tag auch wahrnehmen, um im Namen aller Mitbürger den Kleingärtnern zu danken. Wir wollen alle helfen, daß das Kleingärtnerwesen weiter gedeihen kann. Die Leistungen unserer Stadt auf diesem Gebiet kennen Sie ja. Dies ist nicht überall so. Erst neulich wurde in der DDR offiziell die „Laubenpieperideologie“ zahlreiche Kleingärtner kritisiert, die ein „neues Spießertum“ entwickelten. Selber gestalten macht eben freier und unabhängiger, und Freiheit und Unabhängigkeit passen eben nicht in jede politische Ordnung. Dies heißt aber zugleich, daß die Kleingärtner unsere freie Ordnung mit entwickeln und erhalten helfen. Tun Sie das bitte bewußt!

Kehren wir zurück zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen:

„Machet Euch die Erde untertan“ heißt nicht, die Erde auszubeuten oder zu zerstören. – Nein, das heißt, die Erde zu pflegen und zu gestalten für die Menschen. Und das heißt schließlich: Gärtnern.

60 Jahre Naturfreundehaus Elmstein - 6. September 1981 (Festansprache in Elmstein-Harzofen)

1921 war nach langer Arbeit das Ludwigshafener Naturfreundehaus in Harzofen fertig geworden. Diese Arbeit und das Fest danach gehörten zu den ersten hoffnungsvollen Zeichen in einer schlimmen Zeit. Kurz nach dem ersten schrecklichen Weltkrieg, mitten in einer Zeit, in der die erste demokratische Republik nach allen Seiten verteidigt werden mußte, stand das Haus da als ein Beweis der Freundschaft unter Genossen. Im Jahr vorher war das demokratische Reich noch hart bedrängt von links und rechts. Der Kappputsch und der Spartakus-Aufstand waren vor allem durch die Disziplin der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zurückgeschlagen worden. Schon am Beginn des ersten Demokratieversuches waren die gleichen Kräfte am Werk wie an ihrem Ende: die Extremisten von rechts und von links.

Unsere Pfalz war durch die Franzosen besetzt; eine Gruppe von Separatisten versuchte, unsere Heimat vom Reich zu trennen. In dieser Zeit bewährten sich die »vaterlandslosen Gesellen«, zu denen auch die Ludwigshafener Naturfreunde gehörten. Sie fuhrten nicht mit der französischen Regiebahn, sondern gingen jedes Wochenende, nachdem sie mit der Rhein-Haardt-Bahn gefahren waren, den Weg zur Arbeit nach Elmstein und wieder zurück.

Bald darauf mußten die Folgen des Krieges durch eine schreckliche Inflation bezahlt werden, die den Spekulanten Vorteile brachte, aber die Arbeiterfamilien an den Rand des Verhungerns drängte.

Ab 1923 begann dann in unserem Land eine vorübergehende Zeit allgemeiner Prosperität, in die auch die eigentliche Blüte in der Entwicklung der Ludwigshafener Naturfreundebebewegung fiel. Aber diese in der Erinnerung unserer Eltern gute Zeit war auch bald zu Ende. Die große Arbeitslosigkeit begann mit ihrer sozialen Not und dem beginnenden Verfall der Demokratie. Die Arbeiterbewegung hatte nicht mehr die Kraft, diesen Verfall aufzuhalten, zumal noch einmal eine Spaltung eintrat. Die kommunistisch orientierten Sportler trennten sich von der Arbeitersportbewegung und gründeten den »Rot-Sport«. Die übrigen Arbeitersportler waren für sie Sozialfaschisten, die angeblich die geheiligten Prinzipien des Sozialismus verrieten: der Schwanz wedelte mit dem Hund.

Die Arbeitersportbewegung, das Reichsbanner und die freien Gewerkschaften gründeten die „Eiserne Front“, um eine letzte große Anstrengung zur Verteidigung der demokratischen Republik zu unternehmen, die von einer größer werdenden Mehrheit von recht und links erdrückt wurde. Aber die negativen Kräfte waren stär-

ker und das Ergebnis war schließlich die brutale Machtergreifung durch die Nationalsozialisten 1933

Die Gewerkschaften und die Arbeitervereine und endlich die demokratischen Parteien wurden verboten, viele ihrer Funktionäre eingesperrt und verfolgt; viele mußten ins Ausland fliehen und viele wurden in den KZ's umgebracht. Das gesamte Vermögen der demokratischen Arbeiterschaft wurde geraubt, und so geschah es auch mit unserem Haus. 12 Jahre lang konnten es Naturfreunde nur von ferne sehen und konnten nicht riskieren, ihr Eigentum zu betreten.

Was die Sozialdemokraten noch vor den letzten Reichstagswahlen 1933 den Menschen klar zu machen versucht haben, trat ein. Die Wahlparole in diesem letzten Wahlkampf lautete: »Wer Hitler wählt, wählt den Krieg.« Viele Millionen Menschen in aller Welt mußten ihr Leben lassen, halb Europa wurde zerstört, weil allzu viele Menschen unsere Warnung in den Wind schlugen

Als diese grauenvolle Zeit endlich vorüber war, begann der Wiederaufbau mit neuen großen Hoffnungen. Auch die Arbeitervereine erlebten eine neue Blüte. Wir erinnern uns daran, wie intensiv und froh allein die Arbeit bei der Naturfreunde-Jugend und bei den Falken sich entwickelte.

Einige Freunde, vor allem aber unser unvergessener Paul Selbach, kümmerten sich um unser Haus und setzten in zähen Verhandlungen mit der französischen Besatzung durch, daß es den Naturfreunden wieder zurückgegeben wurde. Unser Haus war damals eine Stätte freundschaftlicher Begegnung. Hier fand auch z. B. 1948 das erste internationale sozialistische Studententreffen statt, für uns, die wir dabei sein durften, ein unvergeßliches Erlebnis. Aber auch das heutige Familienerholungsheim ist immer noch ein Platz internationaler Begegnung.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben uns immer zu schaffen gemacht und wir mußten immer neue Möglichkeiten suchen, das zu erhalten, was die Generationen vorher geschaffen haben. Um unser Vermögen zu sichern, haben wir vor wenigen Jahren die Arbeitsgemeinschaft der Ludwigshafener Naturfreunde mit der Arbeiterwohlfahrt Ludwigshafen gebildet und dadurch neue Möglichkeiten eröffnet.

Heute ist der Betrieb in unserem Haus in vieler Hinsicht vorbildlich. Ich kenne keine Einrichtung in der Pfalz, in der so selbstverständlich und ohne Reibereien kinderreiche Familien und Familien mit behinderten Angehörigen zusammen Erholung finden können. Wir tun ohne viel Aufliebens mehr für Familien, die Hilfe brauchen, als all die, die dauernd von Familienpolitik reden. Bei der Gelegenheit müssen wir, meine ich, auch einmal Trudel und Richard Landbeck herzlich danken für ihre selbstlose und unermüdliche Arbeit. Auch sie leben uns vor, was eine tätige

und hilfsbereite Familie in unserem Sinne ist: ihre Kinder haben immer ganz selbstverständlich mitgearbeitet und gehören ganz einfach dazu.

Heute ist unser Vermögen einigermaßen gesichert. Aber es muß noch viel getan werden, um es den Anforderungen der Zukunft anzupassen. Wenn wir uns nicht anstrengen, besteht die Gefahr, daß wir Stück um Stück das Vermögen der verschiedenen Zweige der Arbeiterbewegung aufgeben müssen, während die anderen neu und modern bauen mit Mitteln, die uns nicht zur Verfügung stehen. Unsere auch wirtschaftliche Kraft beruht nur auf dem Zusammenhalt und der Opferbereitschaft unserer Mitglieder. Immerhin darf man aber die Öffentlichkeit bei der Gelegenheit aufmerksam machen, daß auch die Naturfreunde und die Arbeiterwohlfahrt eine wesentliche soziale Arbeit leisten, eine Arbeit, die sie für die gesamte Gesellschaft verrichten. Wenn auch die öffentlichen Kassen im Augenblick ziemlich leer sind: im wohlverstandenen eigenen Interesse sollte auch unsere Stadt und sollte auch die Ludwigshafener Industrie für diese soziale Arbeit mehr übrig haben als bisher. Wir rufen alle auf dieses Werk nicht verfallen zu lassen.

Wir dürfen einen solchen Anlaß nicht einfach als Jubiläum feiern, sondern müssen die Gelegenheit nutzen, Schlußfolgerungen aus 60 Jahren Geschichte zu ziehen und uns Gedanken über unsere Arbeit für die Zukunft zu machen. Ich will dazu nur ein paar Thesen vortragen, wobei ich nicht verschweigen will, daß sie auch kritisch gemeint sind gegenüber einigen Tendenzen, wie sie in den letzten Jahren auf Bundeskongressen der Naturfreunde gelegentlich erkennbar wurden:

1. In Erinnerung an die Weimarer Republik und die Abspaltung undemokratischer Sekten von der Arbeiterbewegung in den letzten 60 Jahren und im Gedenken daran, welcher Schaden der Demokratie und der demokratischen Arbeiterbewegung daraus entstanden ist, bekennen wir uns uneingeschränkt zur parlamentarischen Demokratie, wie sie im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgelegt ist.

Wir erinnern uns dabei gerade heute daran, daß die letzte demokratische Koalitionsregierung der Weimarer Republik unter Reichskanzler Müller an den Problemen der Arbeitslosigkeit und ihrer Finanzierung gescheitert ist.

Und wir vergessen auch nicht, daß es in sogenannten sozialistischen Ländern keine Betätigungsmöglichkeit für demokratische Arbeitervereine gibt, auch nicht für die Naturfreunde.

Unser Bekenntnis zur Toleranz, das auch jeden vordergründigen Antikommunismus ausschließt, erträgt auch Gäste anderer Denkungsart in unserer Gemeinschaft; allerdings in der Hoffnung, daß sie noch Demokraten werden könnten!

2. In Erinnerung an die schrecklichen Folgen des NS-Regimes für die ganze Welt, aber auch für uns, die demokratische Arbeiterbewegung, wenden wir uns gegen jeden Fremdenhaß, der in unserem Land wieder aufwächst! Auch der italienische, griechische oder türkische Arbeiter ist für uns ein Bruder. Wir wollen auch ihnen helfen, in ihren Land eine soziale Demokratie zu entwickeln.

Jede Aggression gegen die Ausländer ist Faschismus!

3. Wir arbeiten für die Bewahrung unserer Umwelt, der »Natur«. Wir wissen aber auch, daß es in einer vom Menschen gestalteten Welt keine »unberührte« Natur gibt und geben kann. Natur und Zivilisation müssen in ein optimales Verhältnis zueinander gebracht werden. Naturfreunde sind nicht nur Freunde der unveränderten Natur, sondern treten auch ein für eine soziale, d. h. auch für eine technisch - industrielle Zivilisation, in der Menschen frei leben können.

Karl Marx schrieb in seinem Aufsatz über die entfremdete Arbeit im Jahr 1844 u. a.:

»Die Natur ist der unorganische Leib des Menschen, nämlich die Natur, soweit sie nicht selbst menschlicher Körper ist. Der Mensch lebt von der Natur, heißt: Die Natur ist sein Leib, mit dem er in beständigem Prozeß bleiben muß, um nicht zu sterben. Daß das physische und geistige Leben des Menschen mit der Natur zusammenhängt, hat keinen anderen Sinn, als daß die Natur mit sich selbst zusammenhängt, denn der Mensch ist ein Teil der Natur.«

»Das praktische Erzeugen einer gegenständlichen Welt, die Bearbeitung der unorganischen Natur, ist die Bewährung des Menschen.«

»Zwar produziert auch das Tier. Es baut sich ein Nest, Wohnung, wie die Biene. ... Allein es produziert nur, was es unmittelbar bedarf es produziert einseitig, während der Mensch universell produziert.«

»Eben in der Bearbeitung der gegenständlichen Welt bewährt sich der Mensch als ein Gattungswesen.«

Dieses heißt, daß wir Naturfreunde nicht zu den modernen Maschinenstürmern werden wollen. Wir haben die Welt nicht nur zu erhalten, sondern für den Menschen zu gestalten. Wir haben nichts zu tun mit einer einäugigen „grünen“ Ideologie, die die Bedürfnisse der Menschen gering achtet.

4. Die demokratische Arbeiterbewegung, aus der die Naturfreunde stammen und zu der sie gehören, ist immer für den Frieden in der Welt eingetreten. Es gibt keinen Teil dieser Bewegung, der nicht für den Frieden arbeiten würde.

Dem Frieden in dieser Welt dient weder eine Politik der Drohung mit militärischer Überlegenheit, noch eine Politik der Schwäche und Unterwerfung.

Hüten wir uns vor den einseitig blinden Agitatoren, die uns vergessen machen wollen, daß es **z w e i** militärische Supermächte gibt, die wir zu Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle drängen müssen!

Lassen wir uns nicht in eine neue Spaltung der Arbeiterbewegung treiben. Das Ende wäre entweder die Vernichtung der Menschheit oder aber zum mindesten die Zerstörung der Freiheit, für die unsere Väter gekämpft haben!

Dabei wäre es für uns und unsere Kinder völlig gleichgültig, ob diese Unfreiheit mit roten oder braunen Fetzen dekoriert würde.

Deshalb mein Wunsch am Schluß:

Möge unser Haus noch lange Heimstätte sein, in der sich Menschen in Frieden und Freiheit versammeln können!

Abschied (2)

An meinem 65. Geburtstag (1992) wollten mir die sozialdemokratischen Freunde in einer öffentlichen Versammlung gratulieren. Ich antwortete auf die (wahrscheinlich ehrlich gemeinten) Lobreden:

»Für das individuelle Leben ist so ein formaler Anlaß wie die Vollendung des 65. Lebensjahres kein Grund für besondere Veranstaltungen. Aber es gibt offenbar ein soziales Bedürfnis neben dem gesellschaftlichen auch das Leben des Einzelnen in einen bestimmten Rhythmus zu gliedern. Also:

In diesem Jahr wird eine Generation mehr oder weniger freiwillig abgelöst, die doch ein in mancher Hinsicht außerordentliches Leben zu bewältigen, zu *erleben* und zu gestalten hatte. Die meisten von uns waren schon mit 16 Jahren in paramilitärischen, militärischen Dienst geraten, waren Kriegsgefangene und kehrten heim in völlig zertrümmerte Städte.

Man könnte meinen, daß in diesem Chaos, das das nationalistische und rassistische Wahnsinnsreich (zu dem wir alle so oder so durch Geschichtsablauf gehörten) hinterlassen hatte, daß es in diesem Chaos keine Hoffnung und keinen Mut mehr hätte geben können.

Aber es war anders. - Für uns war es bei aller Not und allem Hunger eine faszinierende Zeit des Aufbruchs.

Wir begannen zu lesen. Die ganze Literatur der 20er Jahre, die Weltliteratur, die während unserer Schulzeit verboten war, haben wir mit Heißhunger aufgenommen. Die Begegnung mit der bildenden Kunst, die vorher als »entartete Kunst« verboten war, öffnete unsere Augen für eine neue Welt menschlicher Zivilisation und Kultur, die wir noch nicht gekannt hatten.

Und noch etwas, was nicht vergessen werden darf: die Arbeiter und Angestellten der Industrie gingen vom ersten bombenfreien Tag an zu ihren Arbeitsplätzen um sie wieder aufzubauen. Wohlgemerkt: es gab damals keine Direktion, keine Führungshierarchie. Die Arbeiter haben damals aus sozialem Pflichtbewußtsein und aus Sorge über ihre eigene Existenz gehandelt; ohne Befehl!

Meinen Abituraufsatz schrieb ich damals bezeichnenderweise über einen Satz aus Goethes »Wilhelm Meister«: »Der Mensch muß in dem Glauben verharren, daß das Unbegreifliche begreiflich sei; er würde sonst nicht forschen.«

Schon aus Zeitgründen darf ich hier nicht versuchen eine Biographie unserer Generation vorzutragen. Deshalb nur einige Stichworte:

Nach meinem Parteieintritt, exakt heute vor 45 Jahren, lernte ich Freunde kennen; ich nenne nur Günter Janson und Hans Lutz (es waren natürlich mehr). Diese Freundschaft hat gehalten.

Gleich nach Beginn des Studiums traf ich Werner Ludwig, dem ich beim Aufbau der sozialdemokratischen Studentengruppen in der französischen Zone helfen konnte. Wir haben damals schon Helmut Schmidt kennengelernt. Gemeinsam haben wir die ersten internationalen Begegnungen organisiert und so Europa für unsere Altersgenossen geöffnet.

Und auch später haben wir soweit irgend möglich Hand in Hand gearbeitet; nicht ohne Erfolg!

Jetzt, zum Zeitpunkt der beginnenden Ablösung, darf ich sicher noch zwei, drei Gedanken äußern, v.a. an meine etwas jüngeren Parteifreunde gerichtet.

1. Da wird seit einiger Zeit vom »Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts« geredet. Ich halte das für falsch. wir leben mitten in einer sozial befriedeten und erfolgreichen Gesellschaft, die stark sozialdemokratische Züge trägt. Aber wir haben täglich nachzubessern und es gibt dauernd neue soziale Herausforderungen.

Der schwedische Finanzminister, ein Sozialdemokrat, hat letztes Jahr auf einem Symposium in Hamburg zu Ehren von Gräfin Dönhoff gesagt: »Es geht nicht um die Humanisierung des Sozialismus. Es geht um die Humanisierung des Kapitalismus; und das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie.«

Diese Welt wird ohne soziales und demokratisches Denken nicht menschenwürdig werden. Wenn die Sozialdemokraten diese Arbeit nicht schaffen, werden es andere tun.

2. Nicht das »Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts« ist erkennbar, sondern das Ende zweier schlimmer ideologiebelasteter Jahrhunderte. Deswegen schwört ab allen Ismen (und auch dem -tum, soweit es Ideologie ist). Dies hat nichts mit meinem persönlichen Glauben zu tun, der mich frei macht. Aber es hat damit zu tun, daß wir ideologische Anmaßung und politische Starrheit nicht dulden dürfen. Und noch eines: Auch die »Partei« als abstrakte Instanz hat nicht immer recht, höchstens per Zufall (dies gilt im Zweifel auch für unseren Stadtverband).

3. Was wirkliche Sozialdemokraten auszeichnet ist ihre grundsätzliche Liebe zu allen Menschen, unabhängig von ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit. Es gibt aktuelle Anlässe genug in diesem Zusammenhang vor billigem Biertischpopulismus (auch in unseren Reihen) zu warnen.

4. Eine so bedeutende soziale Bewegung wie die Sozialdemokratie kann und darf sich nicht im Machtmanagement erschöpfen. Sie ist auf Dauer nur glaubwürdig, wenn sie Mitmenschlichkeit pflegt (Arbeiterwohlfahrt) und Freundschaft erleben läßt.

5 Jahre später: 26. Januar 1997

...

»Ich möchte mich zunächst bedanken bei allen Mitarbeitern und Freunden, die mir in vielen Jahren bei der täglichen Arbeit geholfen haben und mir bei manchmal schwierigen Entscheidungen beistanden oder wenigstens Verständnis für meine Haltung aufbrachten.

Dieser Dank gilt besonders auch meiner Erika, die immer an meiner Seite war.

Wenn man, wie ich und meine Altersgenossen, eine historische Periode mit gewaltigen Umbrüchen überblicken kann, sollte man dies vor allem als Auftrag sehen; als den Auftrag nämlich, unsere Erfahrungen und unsere Erklärungsversuche weiterzugeben.

Dazu kommt, daß ich in vielen Situationen selbständig entschieden habe; zwar war ich offensichtlich dabei immer gedeckt durch das Vertrauen der Bürger in unserer Stadt und ihrer Umgebung. Ich sollte trotzdem versuchen, die Motive für mein politisches Handeln zu erklären.

Vor etwas mehr als 50 Jahren, als wir aus Krieg und Gefangenschaft nach Hause kamen, hatten wir gerade das Ende einer menschenverachtenden Ordnung hinter uns. Unsere Heimat lag in Trümmern. Wir begannen zu suchen, zu suchen nach einer den Menschen achtenden, nach einer mitmenschlichen Ordnung.

Mir half sicher dabei mein Herkommen aus einer seit Generationen sozialdemokratischen Familie.

Dazu kamen aber auch Kriegs- und Nachkriegserlebnisse, das Zusammensein mit guten Lehrern und Gruppen von Freunden zuhause und an der Universität.

Wir erlebten aber auch eine Revolution im grundsätzlichen Denken.

Die Nationalsozialisten hatten ja z. B. die Beschäftigung mit der modernen Physik und ihrer Philosophie weitgehend geächtet.

Die Relativitätstheorie wurde 1940 in den »Physikalischen Blättern« als übler jüdischer Relativismus verurteilt.

Die modernen Naturwissenschaften hatten das materialistische Menschenbild ad absurdum geführt, das die Nazis, aber schon früher auch andere Weltanschauungsgruppen gepflegt haben, um ihre Ideologie zu begründen; diese beschrieb den Menschen als chemische Fabrik und wollte die Welt im Innersten mit Hilfe des Rechenschiebers erklären.

Die neuen Erkenntnisse über die Begrenzung der Möglichkeiten der Menschen, die absolute Wahrheit zu erkennen und exakte Voraussagen zu machen, mußten jeden

ideologischen Hochmut dämpfen. Die Suche nach einem menschlichen Weg zum Menschen trieb uns um.

Dieses Denken führte auch hin zum »Godesberger Programm«.

Adolf Arndt hat in seinem Referat auf dem Godesberger Parteitag darauf hingewiesen (1959).

Ich zitiere:

»Damals, im Zeichen einer Wissenschaftsgläubigkeit unter dem Einfluß des Aufstiegs der Naturwissenschaften meint man noch, das, was das Eigentliche des Menschen wäre, sei wissenschaftlich feststellbar. Man dachte, den wirklichen Menschen als das Ergebnis seiner eigenen Arbeit begreifen, sich eine Selbsterzeugung des Menschen oder ein Durchsichselbstsein des Menschen vorstellen zu können, eine Selbstmächtigkeit, aus der heraus schließlich der Mensch für das eigentlich Wirkliche, das allein Wirkliche gehalten wurde. Diese Deutung war beileibe nicht bloß eine Spielerei des Verstandes, sondern eine im Guten und im Bösen geschichtswirkende Kraft, weil nichts weltbewegender sein kann als ein Gedanke; denn es gibt von diesem Gedanken des als selbstmächtig feststellbaren Menschen nicht nur Entwicklungslinien zum Nihilismus und zu der umwälzenden Behauptung von der reinen Geschichtlichkeit des Menschen, der reinen Geschichtlichkeit seiner Einrichtungen, Ordnungen und Wertsetzungen, sondern dieser im vergangenen Jahrhundert gefaßte Gedanke der Selbstmächtigkeit des Menschen zeugte das explosive Politikum eines Menschen unserer Tage, der unermeßliche Naturkräfte entfesselt und der für sich in Anspruch nimmt, im atomaren Kriege auch seine eigene Sintflut veranstalten zu können und zu dürfen.«

Aber er, einer unserer bedeutenden Lehrer, wies in seiner Rede auch darauf hin, daß menschliche Existenz auch ihre materielle Seite hat, die von der Politik ernst genommen werden müsse; man dürfe nicht »hochmütig geringschätzen, welche Last und welches Leid die Armut aufbürdet und daß nach einem von Kurt Schumacher aufgenommenen Wort Gandhis dem Armen auch im Brot Gott erscheint.«

Meine politische Haltung hat auch mit meinem Beruf zu tun, dem Beruf des Arztes, dem man letztlich nur gerecht wird, wenn man erkennt, daß man für seinen Nächsten da ist. Aus meiner Berufserfahrung wußte ich auch, daß der Einzelne krank werden kann, weil die Gesellschaft krank ist; und die Krankheiten der Gesellschaft können nur behandelt werden mit den Mitteln der Politik.

Denen, die inzwischen in öffentliche Verantwortung nachgerückt sind oder noch folgen werden, möchte ich raten, sich durchaus ihr eigenes Bild zu machen, aber dabei auch nicht die Erfahrungen unserer Generation zu vernachlässigen. Sie sollten nicht

resignieren vor Schlagworten wie dem »Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts« bis hin zur aktuellen Interpretation der sogenannten Globalisierung. Die modernen Industriegesellschaften brauchen inneren Frieden durch sozialen Ausgleich, das heißt, sie brauchen die Sozialdemokraten.

Und noch etwas: Die Demokratie braucht das politische Instrument der Abstimmung, das heißt der Mehrheitsfindung, das ist ungeheuer wichtig. Nur: macht nie euer Gewissen dadurch überflüssig, daß ihr es hinter einer Mehrheit verbergt. Habt den Mut zur persönlichen freien Meinung! Und seid optimistisch. Ich meine: Ihr schafft es schon!

Macht ihr's besser - habt die Menschen gern!«

Am Ende meines Berichts will ich noch einmal den Text eines Festvortrages wiedergeben, den ich am 30. Jahrestag der Wiedergründung der pfälzischen SPD auf dem Hambacher Schloß hielt. In ihm sind wesentliche Elemente unserer Geschichte und unseres sozialen und demokratischen Selbstverständnisses enthalten.

Die Sozialdemokratische Partei und die parlamentarische Demokratie

Ein Unionspolitiker, dessen Namen man bald wieder vergessen haben wird, hat den Sozialdemokraten vor einiger Zeit Geschichtslosigkeit vorgeworfen. Dem Nur-Konservativen kann dieses Fehlurteil unterlaufen, weil er Geschichte nur als einen abgeschlossenen, hinter uns liegenden Zustand, nicht als einen Prozeß, der über die Gegenwart hinaus auch in die Zukunft weist, begreift.

Paul Tillich schrieb 1932 in seinem Buch „Die sozialistische Entscheidung“: „Das Ursprungsmythische Bewußtsein ist die Wurzel allen konservativen Denkens in der Politik“ – und . . . „die Brechung des Ursprungsmythos durch die bedingte Forderung ist die Wurzel des liberalen und demokratisch-sozialistischen Denkens in der Politik“.

Und Ernst Bloch meint dasselbe, wenn er im Vorwort zum „Prinzip Hoffnung“ sagt, daß die Angst nur durch die Hoffnung überwunden werden kann, die Menschen verlangt, „die sich in das Werdende tätig hineinwerfen, zu dem sie selbst gehören“.

Natürlich müssen auch wir – und gerade wir Sozialdemokraten – uns mit Geschichte befassen, um uns selbst und die Linie begreifen zu können, die in die Zukunft weiterführt. Zu dieser unserer eigenen Geschichte gehört übrigens durchaus auch das Hambacher Fest 1832, auf dem zum ersten Mal auf deutschem Boden so nachdrücklich Freiheit und Selbstbestimmung von Vertretern aller Volksschichten gefordert wurden.

Die Pfälzer Sozialdemokraten berufen sich zu Recht auf 1832, wenn sie ihr Herkommen und Selbstverständnis bestimmen. Johann Philipp Becker, einer der Initiatoren des Hambacher Festes, rief zum Hambacher Jubiläum 1882 aus dem Exil in einem offenen Brief die Pfälzer Sozialdemokraten auf, die 32er Ideen tapfer weiter zu vertreten.

Organisatorisch entwickelte sich die pfälzische Sozialdemokratie mit den Vereinen im Reich. Schon ein Jahr nach der Gründung des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ entstanden die ersten lassalleanischen Vereine in der Pfalz.

Schlagkraft und politischen Einfluß gewannen diese Vereine allerdings erst unter der späteren Führung Franz Josef Ehrhart's, an dessen persönlicher Entwicklung und Reifung exemplarisch die innere Entwicklung der Sozialdemokratie bis in unser Jahrhundert abgelesen werden kann. Die Deutsche Sozialdemokratie ist in ihrem Ursprung und in ihrem Wirken nur ganz am Rande von den sozialistischen Utopien des 18. Jahrhunderts oder von marxistischer Doktrin bestimmt worden. Der geistige

Umbildungsprozeß der sozialistischen Bewegung stellt sich auf dem Gebiet des praktischen Wirkens dar als die Entwicklung der sozialistischen Bewegung von der Sekte zur politischen Partei. Solange und in dem Maße, als der Sozialismus utopisch aufgefaßt wird, tritt er als kämpfende Bewegung sektiererhaft auf. Die Sekte aber ist entweder unpolitisch oder direkt antipolitisch. Sie will entweder die bestehende Gesellschaft unvermittelt nach einem vorher ausgedachten Schema in eine andere ummodelln, oder sie will außerhalb des organischen Lebens dieser Gesellschaft eine andere aufbauen. Von solchen Vorstellungen sind die Sozialisten allerorts noch um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert erfüllt. Erst das 19. Jahrhundert sieht sozialistische Parteibewegung entstehen. Als 1862 die Deutschen Arbeitervereine sich erneut mit ihren Forderungen regten, fehlte in ihren Aufrufen noch jeder Hinweis auf eine eigene Parteigründung und die Wahlrechtsforderung. Erst Ferdinand Lassalle wirft diesen Gedanken in die Bewegung und wird so zunächst für Deutschland und dann weiterwirkend für andere Länder der Gründer der Sozialdemokratie als einer durch das Parlament wirkenden politischen Partei. Bedeutungsvoll ist dabei der Satz, den Lassalle dem Sozialpolitiker Rodbertus entgegenhielt, als dieser sich gegen die Wahlrechtsforderung erklärte: „Ohne das allgemeine Wahlrecht, also eine praktische Handhabe, unsere Forderungen zu verwirklichen, können wir sein eine philosophische Schule oder auch eine religiöse Sekte, aber niemals eine politische Partei.“

Eduard Bernstein schreibt dazu 1911: „Dieser Ausspruch zeigt nicht nur, wo die Grenze lag, die Lassalle von Rodbertus trennte, er läßt auch mehr als andere Aussprüche Lassalles die Grenzscheide der Lassall'schen von der Marx'schen politischen Denkart zutage treten.“

Die ist auch aus den Reden Wilhelm Liebknechts ablesbar, die er bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts gegen den Lassalleanismus gehalten hat. Wir treffen hier auf Geringschätzung des allgemeinen Wahlrechts, grundsätzliche Verwerfung des Parlamentarismus und die Idee der revolutionären Eroberung und Ausnutzung der Staatsgewalt. Ich zitiere aus einer seiner Reden:

„Revolutionen werden nicht mit hoher Obrigkeitlicher Erlaubnis gemacht; die sozialistische Idee kann nicht innerhalb des heutigen Staates verwirklicht werden; sie muß ihn stürzen, um ins Leben treten zu können. Kein Friede mit dem heutigen Staat. Und weg mit dem Kultus des allgemeinen und direkten Wahlrechts!“

Die Praxis der sozialdemokratischen Partei war dabei immer lassalleanisch, d. h. demokratisch-parlamentarisch geblieben.

In seiner Kritik am Gothaer Programm hat Karl Marx diese Entwicklung vorausgesehen und übrigens auch bedauert. Er rügt die ihm näherstehenden Eisenacher, weil im Programm so viele lassalleanische Elementen-

te enthalten seien und sagt schließlich verächtlich, das Programm enthielte „nichts außer der alten, weltbekannten demokratischen Litanei: Allgemeines Wahlrecht, . . . Volksrecht, Volkswehr etc.“ Zu seinem offenen Bedauern, war die Deutsche Sozialdemokratie endgültig für die parlamentarische Demokratie entschieden.

Die Diskussion über die Demokratiefrage, über angeblichen Opportunismus, Reformismus und Revisionismus ging in der Folge weiter, konnte Weg und Praxis aber nicht beeinflussen. Immer wieder bildeten sich dabei Gruppen, die sich selbst isolierten und damit automatisch zur politischen Sekte wurden.

Ich habe vorhin von Franz Josef Ehrhart gesprochen, dessen persönliche Entwicklung exemplarisch für die Entwicklung der Partei gewesen sei. Er war Eisenacher und wurde zeitweise von den überwiegend lassalleanisch orientierten Pfälzern mit einigem Mißtrauen beobachtet. 1880 trennte er sich endgültig von radikalen Gruppen und gewann rasch Einfluß in der Pfalz. Großen Einfluß gewannen auf ihn in der Folge vor allem Dreesbach, Auer und Georg von Vollmar. Die pfälzische Partei gewann zunehmend an Geschlossenheit und hatte wachsende Erfolge. 1898 gewann Ehrhart zum ersten Mal den vorderpfälzischen Wahlkreis Ludwigshafen am Rhein. Auf dem Parteitag in Hannover 1899, der sich 5 Tage lang mit Eduard Bernstein und dem Revisionismus auseinandersetzte, wurde er von Bebel und Liebknecht für seinen Erfolg auch noch gerügt. Aber die Kraft der Doktrinäre reichte weder zu einem Verdikt des Revisionismus, noch zu einer Verurteilung Erharts. Auf dem Vorwurf Bebels, das „Endziel“ aus den Augen gelassen zu haben, der politischen Tagesarbeit zu viel Aufmerksamkeit zu schenken, konnte er schallendes Gelächter und breite Zustimmung im Saale ernten, als er sagte:

„Ihr habt uns nun Jahr für Jahr hinhalten wollen mit der Ankündigung des unmittelbar bevorstehenden Endsieges. Wir akzeptieren diesen Wechsel nicht mehr; wir gehen an die Arbeit.“

Nach der Jahrhundertwende wuchs die sozialdemokratische Partei schnell zur größten demokratischen Partei Deutschlands heran. Sie hat in der Zeit seither auch in äußersten Krisensituationen – manchmal leider allein – die Demokratie getragen und verteidigt.

Die erste Bewährungsprobe kommt auf die Sozialdemokraten mit dem Zusammenbruch am Ende des ersten Weltkrieges zu.

Golo Mann beschreibt die damalige Situation: „Sehr stark, politisch und wirtschaftlich, sind jene, die ohne Kaiser, doch das Wesen des Kaiserreiches weiter fortführen wollen:

Industrielle und Gutsbesitzer, Professoren, Richter, Bürokraten. Eine Gesellschaft wie die deutsche, hochzivilisiert und integriert, läßt sich nicht umkehren durch einen Akt revolutionärer Theorie; sie wandelt sich allmählich unter dem Zwang neuer Tatsachen, aber läßt sich nicht durch

freien Entschluß wandeln. Das ist die Position der Konservativen, aber auch die Sozialdemokraten wirken in gleicher Richtung. Denn sie wollen zwar soziale Demokratie, aber sie wollen auch und vor allem Ordnung, ohne die, wie sie es sehen, das furchtbar komplizierte System der Versorgung ganz zusammenbrechen, Hungersnot und Bürgerkrieg Platz greifen müßten; sie wollen das Reich zusammenhalten und zeigen, daß sie regieren können. Das ist ihre Sorge und ihr Wille. Daß dies so ist, und sie jede theoretisch inspirierte Totalveränderung – Sozialisierung oder Enteignung, Sturz der alten Beamtenschaft, „Räte“, anstatt Parlament – verneinen, macht das Treiben der Gruppen links von ihnen nur umso schriller und verwirrender. Ganz „rechts“ schwimmt mit ganz „links“. Ohne Sozialdemokraten wie Ebert, Breitscheid, aber auch Noske, ohne ihren Mut und ihre breite Anhängerschaft unter den organisierten Arbeitern, wäre das Reich, wäre die neue demokratische Republik schon 1919 entweder in der kommunistischen oder aber der faschistischen Barbarei untergegangen. Die anschließende Leidensgeschichte unseres Volkes und seiner ersten demokratischen Republik kennen wir alle. Die letzte Reichstagsrede von Otto Wells, des damaligen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, war das letzte öffentliche mutige Bekenntnis zur Demokratie nach der Machtübernahme Hitlers. Wells war Sozialdemokrat. Die anderen schwiegen!

Kurt Schumacher zog später die Konsequenzen aus diesem Zusammenbruch. Er stellte schon auf einer Reichskonferenz am 5. Oktober 1945 fest, daß der Kampf der Kommunisten gegen die Sozialdemokraten und gegen die Weimarer Republik bereits mit deren Errichtung eingesetzt hat. „Auf dem VI. Kommunistischen Weltkongreß wurde die Sozialdemokratie zum Hauptfeind erklärt und behauptet, eine objektiv revolutionäre Situation werde in Deutschland erst entstehen, wenn der Faschismus ans Ruder gelangt sei. So war die kommunistische Partei in Theorie und Praxis die Todfeindin der Demokratie und des Parlamentarismus. Ohne sie wäre die Arbeitsunfähigkeit der Parlamente nie eingetreten, ohne sie hätte die Frage einer legalen Machtergreifung des Nationalismus nie auch nur zur Diskussion gestanden.“

„Im Sinne der deutschen Politik ist die Kommunistische Partei überflüssig. Ihr Lehrgebäude ist zertrümmert; ihre Linie durch die Geschichte widerlegt. Nachdem ihre Hoffnung, sich zur einzigen Arbeiterpartei entwickeln zu können, von den Tatsachen völlig unmöglich gemacht worden ist, müsse sie nach dem großen Blutspender suchen. Das Rezept ist die Einheitspartei, die einen Versuch darstellt, der sozialdemokratischen Partei eine kommunistische Führung aufzuzwingen. Das aber wäre wiederum eine kommunistische Partei. International ist jeder Schritt auf diesem Wege eine außenpolitische Parteinahme und würde eine Störung des internationalen Gleichgewichts von deutscher Seite bedeuten.“

Danach setzte die sowjetische Kampagne für eine Verschmelzung der SPD mit der KPD ein. Überall, wo sich Sozialdemokraten frei entscheiden konnten, in den Westzonen und in Berlin, auch in Ostberlin, stimmten sie in Urabstimmungen mit überwältigender Mehrheit gegen die Unterwerfung und für die Demokratie. Tausende ostdeutscher Sozialdemokraten wurden vom NKWD verhaftet und verschwanden jahrelang in den Zuchthäusern.

Sozialdemokraten hatten zum wiederholten Male in unserer jüngeren Geschichte die Demokratie verteidigt und gerettet. Wer übrigens vor diesem Hintergrund die Wahlparole der Union gegen die SPD vernehmen muß, es gehe um freiheitliche Demokratie oder sozialistische Gesellschaft, kann sich nur für die Erfinder und Propagandisten dieser Parole schämen. Diese sind die wahrhaft geschichtslosen Leute!

Kurt Schumacher hat die Entwicklung hin zum Godesberger Programm noch stark beeinflussen können.

1946 sagte er:

„Es ist gleichgültig, ob jemand durch die Methoden marxistischer Wirtschaftsanalyse, ob aus philosophischen oder ethischen Gründen, oder ob er aus dem Geist der Bergpredigt Sozialdemokrat geworden ist. Jeder hat für die Behauptung seiner geistigen Persönlichkeit und für die Begründung seiner Motive das gleiche Recht in der Partei.“ Und auf dem Parteitag 1948 stellte er fest: „Eine einheitliche Parteitheorie wäre der Tod der Freiheit.“

Das Godesberger Programm selbst bedeutet eine Entfaltung dieses freiheitlichen und demokratischen Denkens. Und dieses Denken ist in der Sozialdemokratie ungebrochen.

Kennzeichnend dafür ist ein Satz aus dem Orientierungsrahmen, den der Mannheimer Parteitag 1975 einstimmig beschlossen hat: „Es ist der Irrtum der faschistischen, der kommunistischen und der sich zu Unrecht ‚sozialistisch‘ nennenden totalitären Bewegung, es gäbe Gleichberechtigung ohne Freiheit und man könne Solidarität erzwingen.“

Mit den Vertretern dieser totalitären Irrtümer werden Sozialdemokraten niemals paktieren.

Abschließend kann man nach diesem historischen Rückblick und unter Beachtung ihrer aktuellen Politik feststellen:

Die Sozialdemokraten haben die Demokratie in Mitteleuropa erkämpft, entwickelt und verteidigt. Sie haben die Kraft, diese demokratische Ordnung mit sozialem Inhalt zu füllen und weiter zu entwickeln.

Die Sozialdemokratie verkörpert das „Prinzip Hoffnung“ für die reifen europäischen Völker.

Schluß

Während der Arbeit an diesem Bericht merkte ich, daß man wirklich nicht alles mitteilen kann, was wichtig sein könnte. Ich habe per Zufall in meinem ungeordneten »Archiv« Texte gefunden, die wichtiger gewesen wären als die hier abgedruckten, und die manches besser ausdrücken als das, was ich heute schreiben kann.

Das reicht von gründlichen Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus bis zu einer Skizze für eine sozialistische Ethik.

Viel Episodenhaftes wäre wichtig (von Begegnungen mit Kreisky, Pittermann, von der Freundschaft mit Eçevit, bis zu Ota Sik, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten des »Prager Frühlings«, der zwei Tage nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in seine Heimat mich in der Gartenstadt aufsuchte). Dabei waren aber Begegnungen mit manchen unbekannten Menschen zu Hause und draußen genau so wichtig.

Das alles läßt sich eben nicht im Rahmen eines Berichts erzählen. Was ich an wesentlichen Unterlagen noch gefunden habe, gebe ich an das Stadtarchiv der Stadt Ludwigshafen.

Zum Schluß noch einmal zurück zum Anfang. Bei Paul Tillich fand ich eine klare Ethik als Fundament für Demokratie und Sozialismus. Meine Freunde, die »Barthianer«, vor allem aber auch die Lektüre der Arbeiten von Rudolf Bultmann, zeigten mir den Weg zu einem tragfähigen Glauben in unserer Zeit.

Zum Demokraten wurde ich, in die Sozialdemokratie hineingewachsen bin ich ganz selbstverständlich aus der Tradition der Familie, durch meine Eltern.

Ich bin froh, daß meine Kinder Ulla und Dietrich ganz selbstverständlich und aus sich heraus so arbeiten als ob ich dabei wäre. Ich hoffe, daß sie in ihrer Generation nicht allein bleiben.